

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13609.

Inserate kosten die 7gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Der Leipziger Volkszeitung ging ein vertrauliches Rundschreiben zu, das die Gründung eines Komitees unter dem Vorsitz des Grafen Posadowsky zur Zentralförderung der Militärausgleichsammlungen mitteilt.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags wurde gestern ein konservativer Scharfmacherantrag gegen die Arbeiterjugendbewegung beraten, wobei die Konservativen einen glatten Schiffbruch erlitten.

Der Streik im westfälischen Kohlenrevier ist gestern abgebrochen worden.

In Rußisch-Polen wurden wegen der bevorstehenden Kaiserfeier zahlreich Verhaftungen von Sozialdemokraten vorgenommen.

Als neuer ungarischer Ministerpräsident ist der bisherige Finanzminister im Kabinett Kluen-Ödövarny von Salacs ernannt worden.

Dem Arbeitermessenmord in Odessa seien nach neueren Mitteilungen 350 Arbeiter zum Opfer.

Vor den Dardanellen.

Leipzig, 20. April.

Der italienisch-türkische Krieg tritt in eine entscheidende Phase. In Tripolis macht die italienische Flotte einen Vorstoß, indem sie durch die Aufhebung der Operationen im Westen von der Stadt Tripolis versucht, den türkischen Truppen die Zufuhr von Lebensmitteln und Waffen, die sie über die tunesische Grenze bekamen, abzuschneiden. Dadurch soll der Fortschritt der militärischen Operation vor Mai, wo die große, jede Aktion lähmende Hitze beginnt, ermöglicht werden. Gleichzeitig erscheint ein Teil der italienischen Flotte im Ägäischen Meer, beginnt die Beschießung der zur Türkei gehörenden Inseln, während ein zweiter den Eingang zu den Dardanellen, den Weg zu Konstantinopel, beschließt.

Was bedeuten diese Vorstöße, was bezweckt Italien durch sie? Ein strategisches Ziel kann es nicht im Auge haben. Die Beschießung der Inseln des Ägäischen Meeres hat überhaupt keine militärische Bedeutung, da selbst ihre zeitweise Besetzung weder die Quellen der türkischen Macht noch das Ansehen der Türkei schädigen kann. Was aber die Dardanellen betrifft, so würde ihre Erstürmung Italien die Flotte kosten. Seit dem Ausbruch des Krieges wurde die lange Reihe von Forts, die sich zu beiden Seiten der Dardanellen hinziehen, von der Türkei aufs sorgfältigste mit modernen Ge-

schützen ausgerüstet. Nach dem Urteil militärischer Fachmänner würde es der italienischen Flotte nicht gelingen, unter ihrem Feuer die Dardanellen zu passieren, selbst wenn die ankernden Forts, Rum Kaleh und Sid-el-Bahr, die jetzt von Italien bombardiert werden, und die schwächer geschützte sind, fallen würden. Die Forts Kaleh-Sultane und Boghale gelten als stark genug, um die italienische Flotte keinen Schritt weiter zu lassen. Und erst die Minen, die sofort nach dem Beginn der Beschießung in den ganzen Dardanellen gelegt wurden: neben den früher schon in Bereitschaft gehaltenen Kontaktminen, die durch den elektrischen Funken vom Lande zur Explosion gebracht werden, bedrohen die Stahminen, die beim bloßen Zusammenstoß mit den Schiffen explodieren, die italienische Flotte. Würde aber Italien versuchen, unter dem Schutze seiner Flotte Truppen zu landen und Landwärts Konstantinopel zu bestürmen, so würde es von den ebenbürtigen, wenn nicht überlegenen türkischen Truppen ohne weiteres zurückgeschlagen.

Vom militärischen Standpunkt aus ist die italienische Aktion unbegründet und da den italienischen Militärs die oben angeführten und allgemein bekannten Tatsachen natürlich auch bekannt sind, so muß es sich bei dem Vorstoß um etwas andres handeln als um die Stürmung der Dardanellen. Die Großmächte haben in Konstantinopel vor einigen Tagen eine diplomatische Aktion unternommen. Sie fragten an, unter welchen Umständen die Türkei bereit ist, Frieden mit Italien zu schließen. Bevor nun die Türkei auf die Anfrage der Großmächte eine Antwort erteilt hatte, erlitten die Kanonen der italienischen Kriegsschiffe am Eingang der Dardanellen. Sollen die Sprache der Kanonen vielleicht zur Unterstützung der Aktion der Großmächte dienen? Solche Annahme wäre gänzlich unbegründet, denn wenn die Türkei aus Rücksicht auf ihr Ansehen in der islamitischen Welt die Annexion von Tripolis nicht anerkennen will, so würde sie das noch viel weniger können unter dem Druck des Kanonendonners, der ihr keinen wirklichen Schaden bereitet. Denn das würde in den Augen der islamitischen Welt die Türkei noch mehr kompromittieren, da es besagen würde: obwohl stark genug, den Flottenangriff abzuwehren, gab die Türkei nach aus Schreck vor bloßem Kanonendonner. Also auch die „Unterstützung“ der diplomatischen Aktion der Großmächte bildet nicht das Ziel der italienischen Schieberei.

Als Erklärung bleibt nur eins: die italienischen Kanonen sind nicht so sehr gegen die Dardanellen, wie gegen die Großmächte gerichtet. Und diese Annahme findet ihre Bestätigung in der Haltung der Großmächte zum italienisch-türkischen Krieg. Italien ging auf den Raub mit dem englisch-französischen Wechsel auf Tripolis, der ihm für seine französischfreundliche Haltung in der Marokkofrage von den Weltmächten ausgestellt wurde. Aber inzwischen hat das französische Kolonialkapital Marokko schon in der Tasche und es hat absolut gar keine Ursache, sehr erfreut zu sein, wenn Italien durch die Einnahme von Tripolis zu

einem Nachfaktor im Mittelmeer würde. Noch weniger Ursache zur Freude hätte England. Von Gibraltar über Malta geht die englische Tour nach Suez und über Suez nach Indien. Dieser strategisch wichtige Weg wird schon durch das französische Flottenkreuzer Biserta-Korsika-Toulon einmal durchkreuzt. Italiens Festsetzung in Tripolis würde auf einer zweiten Linie den indisch-englischen Weg über Suez bedrohen. Dies ist für England um so gefährlicher, weil es die Möglichkeit in Rechnung ziehen muß, daß die französisch-italienischen Kollaborateure, die aus der Nachbarschaft von Tunis und Tripolis entstehen können, Italien fester an den Dreieinigketten können. Bisher war Italien das schwankende Moment im Dreieinigketten, seine Haltung bei einem deutsch-englischen Kriege war ungewiß. Würde sich aber Italien fester an den Dreieinigketten anschließen, würde sich der Dreieinigketten aus einem Organ der kontinentalen Politik — das heißt als Versicherung der Dreieinigketten gegen Frankreich und Rußland — in ein Organ der Weltpolitik verwandeln, also auch gegen England in Betracht kommen, dann wäre der diplomatische wie militärische Aufmarsch Englands bei einer Auseinandersetzung mit Deutschland sehr erschwert. Aus diesen Momenten ergab sich schon eine kühle Haltung Englands und Frankreichs zu Italien, die durch weitere Momente noch mehr abgekühlt wurde. Der türkisch-italienische Krieg kann sich zur Probe auf die Widerstandsfähigkeit der Türkei auswaschen. Bis es nicht klar ist, auf welcher Seite die Schale sich neigt, suchen die Westmächte in Reserve zu bleiben, um eventuell die siegreiche Türkei nicht in die Arme Deutschlands zu treiben. Wenn alle diese Umstände die Westmächte zur Zurückhaltung gegenüber Italien bestimmten, so ergab sich aus ihren Wirtschaftsinteressen die Forderung an Italien, es solle seine Aktion auf Tripolis beschränken. Ein Krieg im Ägäischen Meer würde den Handelsverkehr mit der Türkei lähmen, was natürlich England, das den größten Anteil am türkischen Handel hat, nicht sehr gefallen konnte.

Aber auch die Verbündeten Italiens, Deutschland und Oesterreich, und das seit der Zusammenkunft des Zaren mit dem italienischen König in Racconigi (1909) „befreundete“ Rußland hatten keine große Lust, sich entschieden für Italien ins Zeug zu legen. Rußland treibt auf dem Balkan konservative Politik, da es in Ostasien und Persien engagiert ist und jede Machtverschiebung auf dem Balkan befürchten muß, damit sich der Schwäche Rußlands Deutschland und Oesterreich gegenüber nicht wieder so kraft herausstellt, wie während der serbisch-österreichischen Krise im Jahre 1908/09. Oesterreich baut nach dem Lehrentschlichen Vorstoß vom Jahre 1908 seine Flotte und Armee aus und möchte den Moment einer Entscheidung über die Geschichte des Balkans verschleppen. Um so mehr, weil der junge österreichische Imperialismus auch im Innern noch viele Widerstände zu bewältigen hat, bis er so aktionsfähig sein wird, um an neue Vorstöße zu denken, die sich ihm aufdrängen

Rüffet zu würdiger Begehung der Maidemonstration des Proletariats!

Feuilleton.

Die Kinder des Jorns.

Eine Geschichte von Jette Kalljaer.
Autorisierte Uebersetzung von Erich Polm.

[Nachdruck verboten.]

Wer war wohl wie ein Gespenst geworden. Seine Hände ätzteten vor Verlangen, etwas zu ergreifen und nach dem offenen Loch in der Wand zu schleudern, durch das sein irdisches Glück ihm entwichen war. Wie, wenn er die Hölle da packte, hineinspränge und sie beide mit einem einzigen Stoß durchbohrte. Sie lagen jetzt verträglich recht bequem dazu da. Seine Faust hatte den Schaft der Heugabel schon fest umfaßt; er schüttelte sie zähneknirschend wild in der Luft, schleuderte sie dann aber in großem Bogen von sich, daß sie weit drinnen auf dem Brachfelde mit den Zinken stecken blieb.

Halb von Sinnen rannte er auf das Feld hinaus, fort vom Hofe; hier warf er sich auf einen Heuschaber und schluchzte.

Seit zehn Jahren hing nun sein Herz an diesem Mädchen wie an einem Heiligum. Sie war die Sonne in seinem grauen, freudlosen Knechtstleben. Ein kleiner unbedeutender Briefchen von ihr hatte ihn zehnmal so leicht den Flug lassen lassen; ja, es brauchte nur einer seiner Arbeitsgenossen zu erzählen, daß er ihr begegnet sei, so weitete sich seine Brust in pochendem Glück. Und er hätte für den Bringer der Nachricht tun können, was nur immer,

Und jetzt lag sie da drinnen hinter der weißen Mauer und ließ sich ans Herz drücken von diesem Schweinehund, der, wenn sie nicht gewollt hätte, in seiner brünstigen Begehrlichkeit selbst mit der ältesten buchtigen Pfänderin vorlieb genommen hätte.

Wieder schoß der Gedanke an Rache in seinem Gemüt auf. Wie, wenn er nach Haus liefe und den alten Vorlader holte, der in der Knechtstammer hing — sie schossen beim Herbstpflügen die Mäwen damit — und einen blinden Schuß in die Luke hineinschleuderte, um alle Geister der Hölle um sie zu wecken. Obgleich, wozu blind schießen? Lag denn nicht ein ganzer Beutel Schrot und eine Menge Zündhütchen auf dem Feuerstrett? Warum also ihnen nicht an der Gasse auf-lauern, bis sie sich satt geherzt und sie dann beide hinter-einander niederknallen?

Wie er brüllen würde im Tode, der feige Frauenräuber! Und sie — Anna — nein, nein! Mörder um einer Meise willen! So weit durfte es nicht mit ihm kommen!

Aber heraus sollte sie aus seinem Herzen, hinausgeschleudert wie eine schmutzige Sau, die in einem unbewachten Augenblick sich in eine frischgelegte Pughstube eingeschlichen. Jede Erinnerung an sie sollte mit der Wurzel ausgerissen werden, wie man am Dachziegel Kletten austreibt und in den Straßentot schmeißt, daß Ochsen und Pferde sie zertreten.

Wo war das Bild, das sie ihm heute nach der Schäferstunde in die Hand gesteckt hatte? Er tastete in die Tasche hinab. Da! da! Mit dem Knöchel der geballten Faust schlug er ihrem Bild ins Gesicht. Er riß es entzwei wie ein betrogener Spieler eine falsche Karte zerreißt, und schleuderte die Stücke weit von sich.

Allmählich ging sein wilder Zorn in Trauer und Wehmut über. Das drückende Bewußtsein bemächtigte sich seiner, daß

er nie imstande sein würde, Anna zu vergessen. Den Schaft konnte er vielleicht herausbrechen, aber der Stachel, die Spitze, würde in seinem Herzen feststehen bis an sein Lebensende.

Anna, Anna! Er bohrte sein Gesicht in das knisternde Heu und schluchzte; doch überall stand sie vor ihm da, schlüß sie ihm mit Küßen und Liebkosungen nach, wie heute am Heuboden. Könnte er sie nicht noch einmal der wüsten Umarmung dieses verfluchten Menschen entreißen und sie wieder an sein blutendes Herz legen? Hatte er nicht unrecht getan, ihr Bild zu zerreißen? Wo waren die Fesseln?

Er kroch im Grafe umher, daß der Tau ihm durch die Hufe hindurch die Knie näßte, und jedes Stückchen des Bildnisses sorgsam aufklaubend, fügte er dieses in seiner hohlen Hand zusammen. Leuchte es dem Mondlicht zu und starrte weinend die zerfetzten Teile an. Du lieber Gott, ein Riß hatte beide Augen verunstaltet.

Seine starke Gemütsbewegung machte ihn endlich schwer und schläfrig, und ehe er sich versah, hatte der Schlaf ihn übermannt.

Als er wieder erwachte, war es weit über Mitternacht. Der Mond hatte seinen Zauberring gesprengt und war um ein großes Stück weiter nach dem Westhimmel gerückt. Die Sterne standen bleich und flimmerten mit ihrem kalten Licht. Per schauerte in seinem dünnen Arbeitsittel, er fand seine Mühe im Heu und wendete sich langsam wieder heimwärts, dem Hofe zu.

Er griff in die Tasche nach der Pfeife, sie war nicht drin. Hatte er sie vielleicht in dem Heuschaber liegen lassen? Nein, er begann sich, daß er sie wohl beim Abendessen drinnen in der Gefindestube in die Banklade gestellt. Da wäre es wohl am besten, hineinzugehen und nachzuschauen, damit nicht

würden, wenn die militärische oder diplomatische Nieder-
ringung der Türkei durch Italien die Orientfrage überhaupt
austragen würde. Was zulezt Deutschland anbetrifft,
so war seine Haltung sehr vorsichtig. Es wollte nicht gegen
die Türkei Stellung nehmen, deren Stärkung Deutschland
gegen England hilft, weil eine starke und mit Deutschland
verbundene Türkei den Weg nach Indien flankieren könnte,
und weil das deutsche Kapital aus dem Verhältnis zur Türkei
große Profite zieht. Aber auf der andern Seite würdigte
Deutschland wohl den Zuwachs an Macht, der sich aus einem
stärkeren Anschluß Italiens an den Dreieck ergebe würde.
Daher war Deutschland nach beiden Seiten „freundlich
neutral“.

Diese Haltung der Mächte machte ihre diplomatischen
Interventionen in Konstantinopel wie in Rom zur Farce.
Der Vorstoß Italiens soll also jetzt besagen: Ruht euch!
Italien spekuliert darauf, daß die Vahmlegung des
internationalen Handels mit der Türkei, wie die
Gefahr eines Aufbruchs am Balkan, wie sie durch
das Verschleichen der Dardanellen wirklich akut wird, die Re-
gierungen nötigen wird, einen Druck auf die Türkei auszu-
üben, der Italien aus der schwierigen Lage in Tripolis
hinaushelfen soll.

Es ist sehr zweifelhaft, aus Gründen, die wir hier vor-
einigen Wochen ausgeführt haben, ob die Araber in Tripolis
sich auch dann ohne weiteres unter das italienische Joch beugen
würden, wenn Konstantinopel mit Rom Frieden schließen
würde. Aber wichtiger als diese Zweifel ist die Möglichkeit,
daß den italienischen Kanonen bei den Dardanellen das Echo
der Gewehre in Albanien und Mazedonien ant-
wortet. Denn dann wäre die Orientfrage
wirklich aufgebrochen mit allen imperialisti-
schen Gegensätzen.

Soziales Friedenseligier.

In der letzten Zeit tauchen wiederholt Vorschläge auf,
die Lohnkämpfe durch obligatorische Schiedsgerichte aus der
Welt zu schaffen. Sozialreformer wie Berleph und Schmö-
ler legen sich dafür ins Zeug und auch den Einigungsämtern
ist die Frage nach der Zweckmäßigkeit eines solchen Gesetzes
vorgelegt worden. Dabei haben sich zumeist die Vertreter
der Unternehmer für, die der Arbeiter gegen diese Idee
ausgesprochen, letztere mit der Begründung, daß eine Regie-
rung, die den Streik der Ruhrbergleute mit Militärgewalt
niederzuschlagen, kein Vertrauen von Seiten der Arbeiter be-
anspruchern kann. Praktisch ist damit die Sache schon erledigt;
dieser Staatsgewalt mißtrauen wir, auch wo sie mit Ge-
schichten kommt. Aber die Frage nach dem Wert einer solchen
Reform an sich, bei einer andern, arbeitserfreundlichen und
demokratischen Regierung, bleibt dabei offen.

Nun klingt es aber höchst sonderbar, wenn diese obligato-
rischen Schiedsgerichte unter die Sozialreformen rangiert
werden. Wie die Sozialreformen die Uebel des Elends, der
Arbeitslosigkeit, der Ueberarbeit, der schlechten Wohnungen
bekämpfen, so sollen sie das Uebel des Streiks beseitigen. Aber
die Streiks sind ein Uebel sehr besonderer Art. Kein Ar-
beiter wird sie als solches bezeichnen; denn sie bilden ja ein
Mittel, oft das einzige Mittel, die wirklichen Uebel, wor-
unter er leidet, zu lindern. Und wenn man ihm davon redet,
daß nicht Gewalt und Macht, sondern daß das Recht in den
Händen unparteiischer Richter über Lohnhöhe und Arbeits-
bedingungen entscheiden soll, so darf er fragen, was das für
eine Justitia ist, die taub und blind bleibt, solange er macht-
los alles Unrecht von der Gewalt des Kapitals erleiden
mußte; aber sobald er zur Selbsthilfe griff und sich wehrte,
einschritt, um ihm die Hände zu knebeln.

Von den Arbeitern ist der Ruf nach dieser Sozialreform
nicht gekommen. Aber auch nicht vom Kapital, das zwar
für ein Streikverbot zu haben wäre, aber nicht für die Fest-
setzung der Löhne durch Schiedsrichter; es will nötig Herr
im Hause bleiben und rechnet darauf, mit den Streiks noch
anders fertig zu werden. Woher die obligatorischen Schieds-
gerichte kommen, erhebt am besten aus folgender Darlegung
ihrer Grundgedanken von einem der eifrigsten Apostel dieses
Friedenseligiers, Mr. Edward Tregear, dem früheren Ar-
beitsminister von Neuseeland:

„Das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren bedeutet,
daß eine „dritte Partei“, die Gemeinschaft, in das indu-
strielle Leben tritt. Wir, das Publikum, sagen zu Unter-
nehmern und Arbeitern: ihr dürft uns nicht länger mit euren
endlosen kleinen Streitigkeiten und Störungen ärgern und
schädigen. Eure Streiks und Aussperrungen, euer Posten-

streiken und eure Boykotts tasten die Sicherheit und Wohl-
fahrt von Tausenden von Menschen an, die mit dem Streit
selber nichts zu tun haben. Daher sollt ihr die Streitigkeiten
vor ein unparteiisches Schiedsgericht bringen und solange
unter den alten Bedingungen weiterarbeiten, bis die neuen
festgesetzt sind. Wenn unsere Richter befähigt sind, über Mil-
lionen ar Wer zu entscheiden, wenn sie in unsere intimsten
Beziehungen eindringen, wenn in Kriminalfällen Leben und
Freiheit in ihrer Hand liegt, dann sind sie auch sicher be-
fähigt, zu entscheiden, ob der Tagelohn eines Zimmerers
oder Maurers um eine Mark erhöht werden soll. Jedenfalls
dauern wir nicht, daß ihr, zu unserem Schaden, euer Streit
durch Faustrecht entscheidet. Unser Gemeininteresse ist wich-
tiger, als irgendein individuelles Interesse, und das Indi-
viduum hat der Gemeinschaft zu gehorchen.“

Ein Publikum als dritte Partei, wie Herr Tregear es
darlegt, findet sich nur dort, wo eine dritte Klasse neben
Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht und das gesellschaft-
liche Leben beherrscht — das Kleinbürgertum. Das Klein-
bürgertum hat und führt den Klassenkampf. Es empört
sich über den brutalen Herrenstandpunkt der Kapitalisten
wie über die schlechte Behandlung der Arbeiter, um so mehr,
als es selbst unter der Konkurrenz dieser Kapitalisten zu
leiden hat; aber noch mehr empört es sich über die Selbst-
hilfe, über den trohigen Kampf der Arbeiter. Das Klein-
bürgertum ist die Klasse, die die Streiks zu den Uebeln rech-
net, denen durch Reformen abgeholfen werden soll. Es will
den sozialen Frieden, es will nach beiden Seiten den Res-
mittler spielen, und sein Organ ist dabei die demokratische
Staatsregierung.

Nur in unentwickelten Kleinbürgerlichen Ländern kann
die Praxis des Schiedsgerichtsverfahrens aus der Theorie
der dritten Partei emporkommen. Australien und Neusee-
land, die jungen Kolonialländer, bilden ihre Heimat, wäh-
rend der Versuch Millerauds, sie in das kleinbürgerliche
Frankreich zu verpflanzen, an dem energischen Widerstand
der Arbeiter scheiterte.

Der Arbeiterklasse bringt das obligatorische Schiedsgericht
nur Nachteile. Schon das Verfahren an sich hat für den
Arbeiter etwas Unangenehmes Herabwürdigendes. Ein Schieds-
richter, ein Bürgermeister oder sonstiger hoher Herr, der täg-
lich 100 Mk. und mehr zu verzehren hat, stellt fest, daß ein
Arbeiter mit 20 Mk. pro Woche auskommen kann und keine
21 Mk. braucht. Er rechnet die notwendigen Ausgaben zu-
sammen, soviel für Brot, soviel für Kartoffeln, soviel für
Margarine; er beurteilt, ob und wieviel Zigarren oder Bier
dem Arbeiter zuzukommen. Jeden Wunsch, jeden Anspruch,
über die sonst ein Mensch selbst verfügt, muß der Arbeiter
vor dem gestrengen Herrn verteidigen oder ihm abtroteln.
Seine Nation notwendiger Lebensmittel wird ihm zuge-
messen wie einem Zuchthäuser. Das ist die Praxis der Lohn-
festsetzung durch Schiedsrichter. Sie widerspricht aber auch
völlig der Natur des Lohnes. Der Wert der Arbeitskraft,
die Frage, wieviel zum Leben notwendig ist, kann nur vom
Arbeiter selbst beurteilt werden; seine Ansprüche steigen mit
seinen kulturellen Bedürfnissen, und die Kraft, womit diese
Schnuschnus nach besseren Lebensverhältnissen und mehr Kultur
sich in ihm als Energie, sie zu erkämpfen, durchsetzt, bestimmt,
wieviel er davon verwirklichen kann. Wird ihm dieser Kampf
abgeschnitten, so bedeutet das die Hemmung jedes Aufstiegs
zu einer höheren Stufe; es bedeutet, die Lage des fortschritts-
losen Arbeitstiers gewaltam festzuhalten.

Scheinbar mag ein Vorteil darin stecken, daß man mit-
unter kampflöse Vorteile bekommt. Aber dieser Vorteil ist
in Wirklichkeit ein Nachteil. Das Friedenseligier ist für
das Proletariat lähmendes Gift. Nur der Kampf schafft
die Vorbedingung bleibender und weiterer Errungenschaften.
Ist kein Kampf nötig, entscheidet „das Recht“ und nicht die
Macht, so fehlt aller Anlaß, die proletarische Macht zu här-
ten. Dann verkümmern die gewerkschaftlichen Organisa-
tionen, dann schwinden Disziplin und Solidarität dahin,
dann bleiben die Arbeiter beschränkte, machtlose Eingänger.
Aber durch die kleinbürgerliche demokratische Illusion läßt
sich die Wahrheit, daß die Macht über das Verhältnis der
Klassen und ihr Recht gebietet, nicht beiseite schieben. Je
machtloser die Arbeiter bleiben, um so ungünstiger werden
die Gerichtsentscheidungen für sie, um so weniger können sie
auch die notwendigsten Lohnhöhungen durchsetzen, um so
mehr wirkt das Schiedsgerichtsverfahren als ein einfaches
reaktionäres Streikverbot. Die bürgerliche Utopie wird
immer mehr zu einer Waffe des Kapitals gegen die Arbeit.
Das zeigte sich in dem letzten Jahrzehnt in Australien immer
deutlicher. In dem Maße, wie sich dort der junge Kapitalis-
mus weiter entwickelt, brechen überall Streiks aus, trotz des

Schiedsgerichtsgesetzes, das sie mit Geldstrafen ahndet, und
die Beseitigung dieses Gesetzes, das sich immer mehr als eine
unhaltbare Fünfliteret erweist, ist nur noch eine Frage der
Zeit.

Und jetzt, nachdem diese primitive Utopie in ihrem
Heimatland durch die erst beginnende kapitalistische Entwik-
lung selbst Schiffbruch gelitten hat, jetzt kommen die Herren
Sozialreformer in dem Lande des höchstentwickelten Kapita-
lismus damit, wo die schärfsten Klassenkämpfe toben. Wissen
sie nicht, daß ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren sich
nur unter Zustimmung der Arbeiter durchführen läßt? Oder
glauben sie das kampftrothige deutsche Proletariat einreisen
zu können? In einem Lande, wo die Masse der Bevölkerung
aus Lohnarbeitern besteht, fehlt die dritte Partei, das un-
beteiligte Publikum; da fehlt die Klasse, die dem Kapital-
interesse so frei gegenübersteht, daß sie selbst unparteiliche
Schiedsrichter stellen könnte. Da könnte ein solches Gesetz
daher nur als Streikverbot wirken, als ein Mittel, nicht die
Arbeiterkämpfe zu verhindern, sondern sie mit der ganzen
Gewalt des Staates zu unterdrücken und zu bestrafen.

Die Herren kommen fünfzig oder hundert Jahre zu spät
mit ihrer Auegung. Man kann sie daher nur als Symptom
dafür ansehen, wie furchtbar die Entwicklung des Kapitalis-
mus den Intellekt feigsten Leuchten angetaet hat,
nur als einen Ausfluß seniler Altersschwäche der bürger-
lichen Sozialreform. Der Kathedersozialismus, der vor
vierzig Jahren stolz den Kampf für Reformen aufnahm, steht
hier an Gehirnerweichung dahin. Oder — vielleicht ist es
auch anders. Vielleicht soll der Wüßhann nur als Deckmantel
reaktionärer Ziele dienen. Es ist möglich, daß die Reaktion
nur unter dieser scheinbar harmlosen Form eines Schieds-
gerichtsgesetzes den Arbeitern die mächtige Waffe des Streiks
nehmen zu können glaubt. Aber auch dann gibt sie sich einem
eiteln Wahn hin. Auch unter diesem Narrenkleid wird das
Proletariat jeden Anschlag auf ihr wichtigstes Kampfmittel
zu erkennen und abzuwehren wissen.

Gewerkschaftsbewegung.

Keine Blüten der Nation.

Infolge des Ziegeleiarbeiterstreiks in Hühneim bei
Straßburg, der durch das Eintreffen von 50 „Arbeits-
willigen“ aus Hamburg, die teils bewaffnet sind, einen für
die Streikenden und die Bevölkerung gefährlichen Charakter
angenommen hat, sah sich die sozialdemokratische Fraktion
des elsass-lothringischen Landtags veranlaßt, eine Inter-
pellation an die Regierung einzubringen. Im Gegenjah zum
Reichstag kann im Reichsland das Parlament eine sofortige
Beantwortung der Interpellation verlangen. Abgeordneter
Genosse Fuchs verlangte Auskunft, welche Maßnahmen die
Regierung zu treffen gedente, um einen genügenden Schutz
der Bevölkerung und der ausgeworbenen Ziegeleiarbeiter
vor den mit Revolvern bewaffneten Hühneimern zu ge-
währleisten und wie sich die elsass-lothringische Regierung zu
der Abwendung von Gefangenen in die bestreikten
Ziegeleien verhalte. Die Heranziehung von Gefange-
nen zu Streikarbeiten ist nach Vorstelligwerden einer Kom-
mission wieder aufgehoben worden. Von der Bewaffnung
der Arbeitswilligen wußte die Regierung nichts, da die Gen-
darmen bisher keine Revolver bei den „nützlichen Elementen“
gefaßen hätten. Jedoch mußte die Regierung zugeben, daß
einigen dieser Hühneimern bereits ein Revolver abgenommen
wurde. Festgehalten zu werden verdient das Geständnis der
Regierung, sie wußte, daß die Arbeitswilligen keine Blüten
der Nation sind und ferner die Befähigung des muster-
gültigen Verhaltens der bereits seit drei Wochen im Streik
stehenden Zieglar. Unter dem Druck des vom Interpellanten
vorgebrachten Tatsachenmaterials mußte die Regierung ver-
sprechen, bei der ersten ungefaßlichen Handlung der Arbeits-
willigen einzuschreiten.

Leipzig und Umgebung.

Zur Lohnbewegung der Leipziger Bäcker.

In einer gut besuchten Versammlung in den Drei Eilen nahmen
die Bäckerhelfen Stellung zu ihrer diesjährigen Lohnbewegung.
Der Verbandsvorsitzende Kilmann aus Hamburg, der über die
Forderungen der Gehilfen sprach, schilderte die großen Erfolge,
die von den Kollegen im vorigen Jahre im deutschen Reich er-
rungen worden sind. So sind in den verschiedenen Orien 187 Tarife
abgeschlossen worden und außerdem 17000 Kollegen haben eine
Lohnhöhung von 20000 Mk. erzielt, was im Durchschnitt für jeden
daran beteiligten Kollegen eine Erhöhung seines Lohnes um 1,70 Mk.
pro Woche bedeutet. Der Redner wies auf den großen Zellerfolg

jemand anders sie nehme. Er rieb ein Zündhölzchen an und
trat über die Schwelle in den großen offenen Raum; ein
kaltes Dugend Katzen kugelten über Hals und Kopf über
die schwanenenden Dielen hin und verschwanden in den Löcher
der Winkel, wie die Kugeln auf dem Billardtisch. Per fand
auf einem Leuchternecht ein Kerzenstümpchen, das er an-
zündete. Das Licht warf einen trüben Schein über die von
Schweiß- und Speiseabfällen dunkel und klebrig gewordenen
Wände.

Wie Per sich durch das Zimmer bewegte, zog der Licht-
streifen sich ruckweise über den mächtigen grauen Eichentisch
hin, an dem es nicht einen Quadratzoll gab, der nicht bedeckt
gewesen wäre von Joten und unflätigen Zeichnungen, in
mühsamen Stunden mit dem Schnitmesser eingegraben.

Per hatte jetzt seine Pfeife gefunden und schon den Mund
gespißt, um das Lichtlein auf dem Leuchternecht auszu-
blasen, als er ein tockelndes Holzschuhgellapper vernahm.

„Guten Abend! — Na, du bist, Per, ich hab schon ge-
bangt, daß es Diebe sein möchten.“ Scholl jetzt eine schlättrige,
schlaufelnde Stimme in der Gangtür. Es war einer der
Ruhherten des Hofs, der den Spitznamen „Pipihendel“ hatte.

„Wißt das Licht noch nicht aus; es ist vielleicht noch ein
Tropfen Bier im Krug; meine Kehle ist ganz ausgedorrt.
Per guckte in die Kanne. „Ja, ein Tropfen ist noch drin;
aber es ist ja abgehanden.“

„Macht nichts, Per, es löst sich deswegen doch den Durst.“

Das Pipihendel trank, als wäre ihm seit vielen Tagen
keine Flüssigkeit durch die Kehle geronnen. Als er getrunken,
versuchte er seinen nassen, hängenden Schnurrbart abzu-
trocknen, aber er vermochte nur einen schweren Zeigefinger
in einem Viertelkreis unter die äußersten Haarspitzen hingu-
zuführen. Seine Augen lagen wie ein paar Rüssel in seinem
Kopfe. Ki, Ki, lachte er durch die Nase, auf einen der
jäuslichsten Ausdrücke auf der Tischplatte deutend. „Das
sieht schon beinahe so aus, wie wenn man an einem gewissen
Ort wäre!“

„Ja,“ sagte Per, „man sollte meinen, da sitzen alle Tage
Schweine zu Tisch.“

„Und das liebe Vieh tut ihnen aufwarten,“ ergänzte das
Pipihendel. „Es ist noch keine zwei Jahre her, daß sie ihn
abgeholt haben, aber jetzt hat er den Hobel schon wieder
nötig. Damit blieb aber, meiner Seel, nicht mehr viel da-
von übrig. Sie haben ihn so schon beinahe durchgehöhlet.
Aber, fallerment, jetzt müssen wir hinein zu der Lustbarkeit
drüben bei den Weibseuten. Denn heute nacht tun sie an-
ständig mithalten. Die Gran Luzie, die ist dir eine Pracht.“

Per hieß ihn sich zum Teufel scheren.

„Geh, laß dich nicht auslachen. — Das wär! Mit mußt
du! Red nichts weiter. Wir kriegen Branntwein, so viel
als nur hinuntergeht. Alle haben wir zusammengehöhlet,
dem Jakob seinen Geburtstag zu Ehren; willst du nicht
Kamerad sein mit uns andern? Der Verwalter, heißt es,
ist nicht zu Haus; da solls fidel hergehen. Das wäre, daß
du nicht mitläufst. Zeht solls einen Hauptpaß geben. Die
Gran Luzie, das ist eine!“

Per antwortete, er würde schon nachkommen.

Wieder strich er hinter der Scheune hin und her, um mit
seinem Kummer allein zu sein.

Jetzt vernahm er rohes Gebrüll und Gelächter, das aus
dem Kellerinnen-Häuschen herüberdrang, einem Anbau,
rückwärts des Viehstalls, aus dem ein Eingang hineinführte.
Dort also hatten sie das Gelage ab, dachte Per, es wäre doch
nicht so übel, zu wissen, wer dabei ist und was sie treiben.
Er trat an die Mauer heran, um einen Blick durch die Fenster
zu tun. Bald hatte er eine Stelle gefunden, wo er unbemerkt
stehen konnte, dort hinter der Tauchpumpe, die einen
schweren Schatten über die schmutzigen Scheiben warf. Die
Pumpe war so widerlich, daß selbst ihr Schatten einem ver-
pöfelte schien.

Unmittelbar vor dem Fensterrahmen breitete sich ein
großer Ampferwald, durch dessen Mitte ein festgekämpfter

Steig lief und zu dem einzigen Fenster der Mädgekammer
führte, das bewegliche Angeln hatte. Das war ein Liebes-
psal, ausgetreten von nächtlichen Buhlen, teils aus dem
Hofe selbst, teils aus der bäuerlichen Nachbarchaft.

Per sah, daß heute nacht die Besucher ausschließlich die
Schnitter des Hofs waren, meistens ledige Leute, doch auch
ein paar Familienväter, die sich von dem geliebten Brannt-
wein hatten locken lassen. Er kannte nur zu wohl diese Hölle
hier, die zwölf bis vierzehn Feldarbeiterinnen zur Nacht-
herberge diente.

Von allen Gefindehölle, die er in seiner ganzen langen
Dienstzeit gesehen hatte, war diese unbedingt die ärgste. Im
Vergleich hierzu war der Zammerraum mit den kinkenden
Doppelbetten, der die Knechtstammer des Hofs hieß, noch
erträglich zu nennen; denn hier in der Mädgekammer war
es nicht damit abgetan, daß je zwei in ein Bett gelegt wur-
den (wenn man nicht zu dritt, gar zu viert drin lag, wovon
dann natürlich zwei mit Amors Partout-Billet versehen
waren, Eingang durchs Fenster), man hatte, um Platz zu
ersparen, zwei Reihen Betten wie die Borde in der Misch-
kammer übereinander angebracht. Um in die oberen zu
gelangen, mußten die entleierten Frauen über eine Leiter-
treppe steigen, an der stets eine oder mehrere Staffeln schlen-
den und die von Bett zu Bett geschoben wurde, je nachdem seine
Inlassen mit dem Entleiden fertig waren.

Der Platz dort oben unter der undichten Bretterdecke war
in jeder Beziehung schrecklich, besonders in den heißen Som-
mernächten, wenn der Gestank des äppig gefütterten Viehs
drinnen im anstehenden Kuhstall und der schwüle Atem der
andern Schlaferrinnen schwer wie eine Stürze über dem Ge-
sichte lag. Daher wurde immer den zulezt Gefommenen der
Platz dort oben angewiesen, während die länger im Hofe
Bediensteten sich der unteren Lagerstätten bemächtigten.

(Fortsetzung folgt.)

hin, den die Bäcker im vorigen Jahre in Leipzig erkämpft haben. So sind zu den 215 Meistern, die mit dem Verband im Tarifverhältnis stehen, noch gegen 50 Unternehmer zu rechnen, die im Anbetracht der Verhältnisse freiwillig ihren Kassen und Löhnen außer dem Haupte gewähren, ohne offiziell mit der Gewerkschaft in Verhandlungen einzutreten, so daß gegenwärtig am Orte 270 Betriebe mit 845 Kollegen außer Kasse und Löhnen sind. Die Forderungen sind die gleichlautenden wie im vorigen Jahre, jedoch erhöht sich der Mindestlohn ab 1. Mai von 23 auf 24 Mk. Nachdem eine der Hauptforderungen, den wöchentlichen Ruhetag betreffend, fallen gelassen worden ist, was eigentlich im Anbetracht der schweren gesundheitlichen Nacharbeit doch selbstverständlich wäre, so stellt sich der Stundenlohn bei einer Arbeitszeit von 84 Stunden pro Woche auf 20 Pfennige, eine Forderung, die als sehr bescheiden zu nennen ist und bei der Einwohnerschaft wohl als nur zu gerecht beurteilt werden wird. Ein Antrag, aus der Mitte der Versammelten gestellt, die Forderungen der Innung unverzüglich zu stellen, fand einstimmige Annahme und wurde mit großem Beifall aufgenommen. Am nächsten Donnerstag soll dann wieder in den drei Villen eine öffentliche Gehilfenversammlung stattfinden, die sich mit der Antwort der Innung beschäftigen wird. Weiter wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Innungsleitung nun endlich die Einsicht besitzen werde, auf dieser Basis die Lohnbewegung zu einem friedlichen, für beide Teile erträglichen Abschluß zu führen. Sollte das aber wider Erwarten nicht der Fall sein, so werde der Kampf erneut mit aller Schärfe entbrennen und nicht eher Ruhe und Frieden in das Gewerbe eintreten, bis das von den hiesigen Vätergehilfen gestellte Ziel erreicht sein werde. Die Verantwortung für die Wunden, die dann dieser entfesselte Kampf für das Gewerbe schlagen werde, falle einzig und allein auf die Scharfmacher in der Innung zurück. Erwähnt soll noch werden, daß für die bereits geregelten Betriebe der Kampf nicht in Frage kommt und daß in einer ganzen Reihe von Bäckereien Vereinbarungen getroffen sind und sie sich bereit erklärt haben, dem Verband jede gewünschte Anzahl von Frühstücksgebäuden zur Verfügung zu stellen, so daß der Verband in der Lage sein wird, in allen Stadtteilen, wo es sich nötig macht, das Publikum in ausreichendem Maße mit dem Bedarf an Frühstücksbrötchen zu versorgen.

Verband der Bäcker, Zahlstelle Leipzig.

Deutsches Reich.

Der Streik im westfälischen Kohlenrevier abgebrochen.

Obwohl bisher der Kampf der Bergarbeiter alle Möglichkeiten des Erfolges gezeigt hat, ist plötzlich ein Umschwung in der Situation eingetreten. Ein großer Teil der Bergarbeiter hatte bestimmt auf einen Erfolg der Vermittlungsverhandlungen der Regierung gerechnet. Diese Verhandlungen haben den Erfolg nicht gebracht, und es mehren sich die Anzeichen, daß die Enttäuschung über das absehbende Verhalten der Regierung einen erheblichen Teil der Streikenden ins Wanken gebracht hat. Aus diesem Grunde ist die am Donnerstag in Jülich veranordnete Konferenz der Vertrauensleute zu dem Entschluß gekommen, einer Abschwächung des Kampfes zuzustimmen und den Streik auf voller Höhe, wie im Ruhegebiet gesehen, abzubrechen. Nach langer und scharfer Diskussion wurde zur Abstimmung geschritten. Von den anwesenden Vertretern waren 13 für und 21 gegen die Fortsetzung des Streiks. Die zur Fortführung des Streiks nötige Mehrheit war somit nicht vorhanden. Gegen vier Stimmen wurde dann eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß diesmal zwar kein Erfolg erzielt wurde, daß es aber jedenfalls nur wenige Jahre dauern werde, bis die Bergarbeiterorganisation derart gestärkt ist, daß ihr auch das brutale Unternehmertum nicht mehr widerstehen kann. Diese Resolution wurde am Freitag nachmittag den Streikenden in zehn Versammlungen vorgelegt. Dort machte sich ein außerordentlich lebhafter Widerspruch gegen den Abbruch des Streiks bemerkbar. Diese Tatsache widerlegt wohl am besten die von den Bergherren und der bürgerlichen Presse verbreitete Behauptung, daß der Streik nicht durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bergarbeiter, sondern lediglich durch die Verbandsleitung provoziert worden ist. Schließlich kam aber in den Versammlungen die Ansicht zum Durchbruch, daß in dieser Situation ein anderer Schritt als die Vertagung des Streiks nicht übrig blieb. In den Versammlungen gelangte schließlich überall die Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme, nur in einigen Versammlungen stimmte eine größere Majorität dagegen.

Die Versammlungen haben dann beschlossen, sich am Freitag nachmittag 4 Uhr auf den Schächten zum Arbeitsbeginn für Montag zu melden.

In dem Ausgang des Streikes trägt die sächsische Regierung ein gerüttelt Maß von Schuld; ein erhebliches Verdienst werden die Bergherren sagen. Sie hat die Interessen der Fehdenbarone aufs beste wahrgenommen und wieder einmal bewiesen, daß die moderne Staatsgewalt tatsächlich nichts anderes ist als nur ein Ausschuß, der die Geschäfte der Bourgeoisie verwaltet.

Aufreizende Taten der Streikjustiz.

Eine ungeheuer hohe Strafe verhängte die Dortmunder Sonderkammer über Streikvergehen über den Bergmann Johann Schumacher aus Horkmar, der am 12. März zwei Arbeitswillige mit seinem Spazierstock mißhandelt hatte. Obwohl die Geschlagenen keine Verletzungen erlitten hatten, erkannte das Gericht gegen Schumacher auf zwei Jahre Gefängnis. Der Arbeitswillige, der in Unna auf den Benbarmen geschossen hatte, bekam bekanntlich zwei Wochen Gefängnis. Das ist die bekannte Gleichheit jedes Staatsbürgers vor dem Gesetz. Die Justizhausvorlage ist wirklich nicht mehr nötig.

Der Bergarbeiter Siegel nach Deutschland zurückgekehrt.

Einer der Führer des Bergarbeiterstreiks von 1889, der mit Schröder und Bunte die sogenannte Kaiserdelegation bildete, August Siegel, ist vom Ausland nach Deutschland zurückgekehrt. Für Siegel bestand bei dem verhängten Essener Meineidsprozeß die Gefahr, daß er auf Jahre hätte ins Gefängnis wandern müssen. Da nahm er Abschied von den deutschen Landen und ging nach Schottland. Jahr für Jahr erneuerte der Staatsanwalt den hinter ihm erlassenen Steckbrief. Nachdem Schröder und die übrigen Freunde vom Essener Meineidsprozeß glänzend gerechtfertigt worden sind, hat der Dortmunder Staatsanwalt auch auf weitere Verfolgung Siegels verzichtet und den Steckbrief gegen ihn nicht mehr erlassen. Nach über zwanzigjährigem Aufenthalt im Exil kehrt Siegel zu seinen deutschen Kameraden zurück, um sich wieder in ihre Reihen, in die Reihen der Kämpfenden zu stellen.

Ausland.

Der Arbeitermord in den sibirischen Goldbergwerken.
Die fürchterliche Mordmordelung von Arbeitern der sibirischen Goldbergwerke hat weit mehr Opfer gefordert, als gestern gemeldet wurde. Aus Petersburg wird darüber berichtet:
Petersburg, 20. April. Nach der Weidnerneja Wremja sind bei Unruhen in den Goldwäschereien der Penagewerkschaft nach Angaben des Generalverwalters dieser Werke 150 Arbeiter getötet und 200 verwundet worden.
Währenddessen Soldateska hat also „gute Arbeit“ geleistet und wird damit die stille Sehnsucht unserer Scharfmacher nach ähnlichen Abschachtungen deutscher Arbeiter wecken. Ueber die Ursachen des Massenmordes schweigen sich die Offiziellen noch aus.

Die Forderungen der nordamerikanischen Lokomotivführer abgelehnt.
Newport, 18. April. Die Ostbahnen haben die Lohnforderungen der Lokomotivführer abgelehnt. — Die verläutet, plant die Baltimore- und Ohio-Bahn die Elektrifizierung der Strecke Baltimore-Pittsburg. Es wird die Ausgabe von Bonds in Höhe von mehreren Millionen erwartet.

Die Katastrophe der Titanic.

Die Berichte der Ueberlebenden.

Eine ganze Anzahl von Berichten Ueberlebender von der Titanic werden jetzt bekannt. Doch ist ein klares Bild über die Katastrophe deshalb noch nicht zu gewinnen. Denn die Berichte widersprechen einander. Der eine behauptet, daß die Ausbootung der Geretteten in aller Ruhe erfolgte. Andre berichten von fürchterlicher Verwirrung und Panik. Nach der einen haben Zwischenpassagiere Boote zu stürmen versucht, so daß mehrere von ihnen erschossen wurden, nach einer andern haben gerade die Kajütenpassagiere sich rücksichtslos in die Boote gedrängt. Möglich, daß diese verschiedenen Darstellungen alle zutreffen, daß die Verschiedenheit sich aus den Umständen erklärt, daß sie zeitlich verschiedene Vorgänge enthielten. Soviel scheint sicher, daß sich neben Akten großen Heldennutzes auch Handlungen brutaler Rücksichtslosigkeit der Stärkeren abgespielt haben. Bestehen bleibt die Tatsache, daß von den Kajütenpassagieren ein weit größerer Teil als von den Zwischendeckern gerettet wurde.

Aus den vielen Meldungen heben wir die folgenden heraus:

Paris, 19. April. Der Matin veröffentlicht einen Bericht zweier Franzosen, die sich unter den Geretteten von der Titanic befinden. Diese beiden, Jeanand Emont und Pierre Marchall, erklären, daß nach dem Zusammenstoß in allen Etagen des Schiffes eine fürchterliche Panik geherrscht habe. Eine Dame, die sich mit der Frage, was denn eigentlich geschehen wäre, an einen der Offiziere gewandt hatte, erhielt die Antwort, daß der Dampfer auf einen Wasserfisch aufgefahren wäre und daß die Passagiere nichts zu befürchten hätten. Nach dieser Auskunft legte sich die Aufregung wieder etwas, da jedermann davon überzeugt war, daß die Titanic gar nicht untergehen könne. Kapitän Smith selbst aber befand sich in hochgradiger Nervosität, da er sofort die gefährliche Lage des Schiffes erkannt hatte. Er ließ sofort an alle Passagiere Rettungsringe verabsorgen. Kurz darauf ließ er die Rettungsboote in das Wasser hinab bringen. Währenddessen spielte die Schiffskapelle lustige Weisen. Dadurch kam es, daß zuerst niemand die Boote besteigen wollte, weil keiner der Reisenden an die Gefahr glaubte. Viele der Passagiere gingen sorglos auf dem Promenadendeck spazieren, bis sich endlich einige der Rettungsboote mit englischen Personen gefüllt hatten. Nun erst hielten es an Bord andern für nötig, an ihre Sicherheit zu denken.

Newport, 19. April. Der zweite Marconitelegraphist an Bord der Titanic, F. Bride, sagt, er hätte gerade Phillips, seinen ersten Kollegen, im Dienste ab, als Kapitän Smith in der Tür der Funkstation erschien und befahl, den Hilferuf an alle im Bereich der Station liegenden Schiffe auszulassen. Phillips lachte und scherzte, als er das Hilferuf S. O. S. in alle Windrichtungen hinaus sandte, da er wie alle an die Unstärkbarkeit der Titanic glaubte. Bald jedoch trat Bride wie Phillips die ganze Fürchterlichkeit der Katastrophe vor Augen. Die letzten 15 Minuten am Apparat waren fürchterlich. Zwar mußten sie, daß die Rettung nahe, doch konnten sie mit völliger Sicherheit berechnen, daß die Hilfe zu spät kommen würde. Bride legte Phillips den Rettungsring um. Als er in den Neberraum ging, sprang ein Mann in die Telegraphenstation und versuchte, Phillips den Rettungsring zu entreißen. Phillips ließ diesen nieder, dann lief er mit Bride auf Deck. Bride sprang in ein Rettungsboot, doch dies schlug um. Mit vielen andern versuchte er in eins der andern Boote zu klettern, doch die meisten ertranken in dem eiligen Wasser. Schließlich wurde Bride von einem der Stewards, die ihn kannten, in eins der Boote gezogen.

Newport, 20. April. Lady Duff-Gordon, die in einem der letzten Boote die Titanic verließ, teilte mit, die Panik habe einige zurückbleibende Passagiere erst in dem Augenblick ergriffen, als ihr Boot abgelassen wurde. Alles schien sich auf das Boot zu stützen. Einige Männer drängten in das Boot, wurden aber durch den Revolver des Kapitäns Smith zurückgetrieben. Verlebene mußten niedergeschlagen werden, bevor die Ordnung wieder hergestellt werden konnte. Als das Boot klar war, stürzte sich ein Mann in das Fahrzeug, um an Bord zu kommen; er wurde erschossen, der Körper fiel in das Boot vor die Köpfe der Insassen. Niemand machte den Versuch, ihn zu entfernen. Er blieb im Boot, bis die Passagiere von der Carpathia aufgenommen wurden.

Newport, 19. April. Ueberestimmend wird von den Ueberlebenden die Disziplin der Mannschaften der Titanic lobend hervorgehoben. Einem Teil der Zwischendecker war es gelungen, auf Deck zu gelangen. Mit Eisenketten und Messern bewaffnet versuchten sie, die Rettungsboote im Sturm zu nehmen. Mit dem Revolver in der Hand mußten die Stewards und Heizer die Wahnwünsche zurücktreiben, die die Rettung aller gefährdeten. Wie die wilden Tiere versuchten die Italiener und Kroaten, die sich unter den Zwischendeckern befanden, immer wieder, sich der Boote zu bemächtigen. Es war ein fürchterliches Ringen in der dunklen Nacht auf dem schlüpfrigen Deck. Wer fiel, wurde zertreten und in die Wellen gestoßen. Endlich gelang es, die Wütenden zurückzutreiben und für die Frauen und Kinder eine Gasse zu den Rettungsbooten zu bahnen. Fürchterlich war auch das Krallen und Schreien der im Raum eingeschlossenen und an Bord befindlichen Tiere, die den Tod nahe fühlten. Das zwischenlang der helle Ton des Verließes der Eisbühnen und das unablässige Klammern des Marconiteleskopars.

Newport, 19. April. Am Quai spielten sich bei der Landung der Ueberlebenden der Titanic ergreifende Szenen ab. Männer weinten und schluchzten, Frauen brachen ohnmächtig zusammen und Kinder wurden durch die Umarmungen der sie Erwartenden fast erdrückt. Die Zahl der Schwerverletzten war nicht so groß, wie man bestrafte hatte. Aber bei allen hatte der fürchterliche Kampf um das Leben unverwundbare Spuren in den Gesichtszügen hinterlassen. Einige der Gelandeten konnten kaum sprechen, andere klagten laut und ununterbrochen. Den erschütterndsten Anblick aber boten die Frauen des Zwischendecks: blühende Leiber, stierend vor Kälte, mit vom ständigen Weinen geröteten Augen und mit dem harren Ausdruck der Verzweiflung, der Unruhe und der Furcht in den Gesichtern.

Sieben der Geretteten starben infolge der Entkräftung und wurden auf hoher See begraben. Zwei Frauen wurden wahnhaft, als sie hörten, daß ihre Angehörigen den Tod in den Wellen gefunden hatten und sie allein gerettet worden seien.

Die Zahl der Geretteten der Titanic.
Newport, 19. April. Die White Star Line hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach von der Titanic 202 Passagiere der ersten, 115 der zweiten und 175 der dritten Kajüte gerettet worden sind. Von der Mannschaft wurden 208, von den Offizieren 4 gerettet. Die Gesamtzahl der Geretteten beträgt 705, die der Umgekommenen 1635.

Das Ende des Kapitäns Smith.
Der Augenzeuge George Braden schildert das Ende des Kapitäns Smith: Der Kapitän stand ganz allein auf dem Deck. Er wurde einmal von einer Welle niedergeworfen, erhob sich aber wieder. Als das Schiff sank, wurde er wieder von einer Welle zu Boden geworfen und nicht mehr gesehen.

Ein anderer Passagier der Carpathia behauptet, daß sich Kapitän Smith auf der Kommandobrücke erschossen habe. Nach einem andern Bericht beging der erste Offizier Selbstmord. Gerettete Leute von der Mannschaft wiesen jedoch diese Berichte zurück. Der Kapitän wurde unmittelbar, bevor das Schiff sank, noch auf der Kommandobrücke gesehen.

Die Erklärung des geretteten Präsidenten der White Star Line.

Vor der Untersuchungskommission des Senats soll der Präsident der White Star Line erklärt haben, daß er in dem Rettungsboot, welches zuerst den Dampfer verließ, einen Platz fand. Versteht, ob in diesem Augenblick noch Frauen und Kinder an Bord gewesen seien, erklärte er: „Das kann ich nicht sagen.“ Von anderer Seite wird behauptet, daß Mr. Jasmay andauernd an der Seite des Kapitäns der Carpathia geblieben wäre und einer der ersten war, der sich ins Rettungsboot flüchtete, um sein Leben in Sicherheit zu bringen.

Wie ein weiteres Telegramm meldet, erwiderte Jasmay, als er von der Untersuchungskommission des Senats über die Umstände befragt wurde, unter denen er die Titanic verlassen habe, fast im Flüsterton, eins der Boote habe sich mit Offizieren gefüllt, die aufgerufen wurden. Er wisse nicht, ob noch Frauen vorhanden gewesen wären, die in das Boot hätten gehen können. An Deck sei keine Frau und kein Passagier gewesen, als das Boot hinabgelassen wurde und er in das Boot gestiegen sei.

Newport, 20. April. Direktor Jasmay gab vor dem Senatsschlichter zu, daß die Titanic vor dem Zusammenstoß mit dem Eisberg mit einer Schnelligkeit von 21 Knoten fuhr. Der Quartiermeister Mochy erklärte, der erste Offizier Wilde habe sich auf der Kommandobrücke erschossen.

Newport, 20. April. Es ist jetzt bekannt, daß nicht weniger als 85 Passagiere der Titanic in die hiesigen Krankenhäuser gebracht worden sind.

Beste Nachrichten u. Depeschen.

(Telephonische Meldung der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 20. April. Im Reichstage wurde ein Antrag Krenndt (freikons.) verhandelt, der Erhebungen über die Sicherheitsvorrichtungen auf den deutschen Schiffen forderte. Es besteht die Vermutung, daß es sich bei der Einbringung dieses Antrages weniger um die Sicherheit der Passagiere handelte, als um einen Schachzug im Interesse der Schiffahrtsgesellschaften. Die Katastrophe der Titanic hat natürlich das Mißtrauen des Publikums in bedeutendem Maße gesteigert. Es ist also erklärlich, wenn sie jetzt versuchen, dieses Mißtrauen nach Möglichkeit zu beseitigen. Die Begründung, die Krenndt seinem Antrag gab, bestärkte diese Vermutung ganz erheblich. Auf einige entsprechende Zwischenrufe warf Krenndt der Linken vor, daß sie einer so hochwichtigen Sache nicht den nötigen Ernst entgegenbringe, worauf sich ein lebhafter Tumult im Hause ergab. Die Regierung versicherte, daß alles geschehen solle, was im Interesse der Sicherheit der Reisenden nötig sei. Als dann Abg. P. a. s. e. (Soz.) beantragte, den Antrag Krenndt von der Tagesordnung abzulegen, zog Krenndt unter stürmischer Belächerkeit des Hauses seinen Antrag zurück.

Berlin, 20. April. Im Reichstage hielt heute bei der Beratung des Antrages Weisklein (Zentr.) auf Befreiung einiger Parteien im Strafrechtbuch der Abgeordnete Krenndt eine Oppositionsrede. Er beantragte sodann, den Antrag einer Kommission zu überweisen; Der Reichstag lehnte diesen Antrag ab.

Die Ereignisse in den Dardanellen.

Rom, 19. April. Die Agenzia Stefani meldet: Aus dem amtlichen Bericht des Kommandanten des italienischen Geschwaders, der bei der Regierung eingetroffen ist, geht hervor, daß das Geschwader seine Fahrt durch das Ägäische Meer mit großer Schnelligkeit ausgeführt hat. Die Operationen des Geschwaders hatten nicht den Zweck, die Dardanellen anzugreifen oder zu forcieren oder zu Truppen auszuschießen; es waren für diesen Zweck gar keine Truppen an Bord. In der Nacht vom 17. auf den 18. April wurden die Kabel zwischen Imbros und den Dardanellen und zwei Kabel von Lemnos durchschnitten. Ein Teil des Geschwaders erhielt den Befehl, sich vor die Dardanellen zu begeben, da man hoffte, hierdurch die osmanische Flotte zur Ausfahrt und zum Angriff zu veranlassen. Während die italienischen Schiffe vor dem Dardanelleneingang kreuzten, erschien ein türkischer Torpedojäger in der Einfahrt, gegen den unsere Flottenabteilung vorging, zu gleicher Zeit eröffneten zwei Küstenforts aus großer Entfernung ein Feuer gegen sie. Dieses zwang die italienischen Schiffe, das Feuer zu erwidern und etwa zwei Stunden lang wurden die äußeren Festungswerke bombardiert, während der türkische Torpedojäger schleunigst wieder in die Meerenge verschwand. Auf italienischer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen. Diese Flottenabteilung hat ihr Ziel erreicht und hat die Küstentreife nach Italien angetreten. Der Bericht des Geschwaderkommandanten aus dem südlichen Ägäischen Meer ist noch nicht eingetroffen.

Konstantinopel, 20. April. Vom Schwarzen Meer kommt die Nachricht, daß die russische Flotte sich wenige Kilometer von Koflow am Dnieper befindet. Die türkische Regierung hat gestern in später Abendstunde die Nachricht erhalten, daß ein zweites italienisches Geschwader sich auf dem Wege nach den Dardanellen befindet.

Rom, 19. April. Die Nachricht, daß bei der Flottenmanifestation im Ägäischen Meer ein italienisches Schiff beschädigt worden sei, wird amtlich entschieden dementiert.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Siebmann in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:
Friedrich Piller in Norddorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 32 Seiten.

Auf zur Maifeier!

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem größten proletarischen Kampfes-
tage, dem 1. Mai. Notwendiger denn je ist es, daß in diesem Jahre die ge-
waltigste Kraftanstrengung gemacht wird, um diesen Tag würdig zu begehen.
Die Klassenkämpfe nehmen an Schärfe von Tag zu Tag zu. Vor einigen
Wochen noch hielt ein Streik der Bergarbeiter Deutschlands und Englands
die Welt in seinem Banne. Ein einfacher Gewerkschaftskampf, aber einer
von jenen, die schon durch ihren riesenhaften Umfang wie durch ihre grund-
legende Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben der Gesellschaft die
schlichte Frage zu einer sozialen und politischen Katastrophe im Staat ge-
stalten. Der Wille zum Menschentum wurde unterdrückt mit allen staat-
lichen Machtmitteln, mit Hilfe des Militarismus. Und doch werden dem
deutschen Volke annähernd 900 Millionen Mark neuer Lasten für mili-
tärliche Zwecke für die nächsten sechs Jahre in Aussicht gestellt. Diese
neuen unerhörten Forderungen gehen gewissen Kreisen noch nicht weit genug.

Der Imperialismus steigert die Rüstungspolitik bis zur Siedehitze.

Durch diese durch das Großkapital geschaffene Situation wird der Frieden
der Völker auf das äußerste gefährdet, zudem wird die Last des sich immer
höher steigenden Militarismus für die breite Masse des Volkes immer
unerträglicher, trotzdem sie in ihrer übergroßen Zahl für eine Politik des
Friedens ist.

Der 1. Mai gilt dem Kampf gegen dieses Spiel mit dem Kriegsbrand. Es
gilt aber auch für die großen Forderungen zu demonstrieren, die das Volk
hinausführen sollen aus der heutigen Zeit der Sorgen und Bedrückungen
in eine freie und glückliche Zukunft, für den Ausbau des Arbeiterschutzes,
für gründliche Sozialpolitik. Es gilt die feindlichen Mächte der Kultur zu-
rückzuschlagen.

**Arbeiter, Arbeiterinnen! Gestaltet den 1. Mai
zu einer wuchtigen Kampfesansage an die
herrschende Klasse!**

Politische Uebersicht.

Der Aufstand in Marokko.

Während die französischen und spanischen Diplomaten noch über die Aufstellung Marokkos schachern, ist der Krieg entbrannt, das Volk erhebt sich gegen die französischen Eroberer. Im Augenblick ist es noch schwer zu übersehen, welchen Umfang dieser Aufstand annehmen wird, doch wird man gut tun, die französischen Meldungen, wonach Frankreich die Mittel besitze, ihn „im Keime zu unterdrücken“, mit einigem Mißtrauen aufzunehmen. Wie es heißt, sollen 20 000 Mann französischer Truppen in Marokko vorhanden sein. Angenommen, diese Zahl stimmt, so ergibt sich aus dem Standort dieser Truppen, daß durchaus nicht ohne weiteres überwältigende Kräfte im ganzen Lande zur Verfügung stehen. 6000 Mann sollen in Fez und in Meknes stationiert sein. Die beiden Städte liegen annähernd 100 Kilometer voneinander entfernt. Weitere 3200 Mann sollen 100 Kilometer von Fez entfernt und dann 11 000 Mann „im Gebiete von Rabot“, d. h. an der Küste, sein, von wo aus es einen Marsch von annähernd 250 Kilometer auf schlechten Wegen zurücklegen gilt, ehe man bis Fez kommt. Dieser französischen Militärmacht stehen nur erstens die „scherifischen Truppen“ in Stärke von 6000 bis 8000 Mann gegenüber, zweitens aber die kriegerischen Stämme. Die bisher eingelaufenen Nachrichten besagen, daß die „scherifischen Truppen gemeutert haben“. Es sind das die Truppen des Sultans, die nach europäischem Muster ausgebildet und von französischen Offizieren befehligt werden. Gleichzeitig geht indessen aus den Telegrammen hervor, daß die Bevölkerung von Fez auf Seiten der „Neuterer“ steht und — was nicht minder wichtig ist —, daß die Berberstämme sich auf dem Marische befinden. In Wahrheit scheint es sich also um einen allgemeinen bewaffneten Aufstand des marokkanischen Volkes zu handeln. Ist dem so, dann kann es freilich mit dem „Protectorat“ gute Wege haben. Wir sehen in Tripolitaniens, was es bedeutet, in diesen afrikanischen Ländern Krieg zu führen. Allerdings stehen den Italienern Krieger gegenüber, die von türkischen Offizieren befehligt werden, und diese Führung fehlt den Marokkanern, dagegen aber gelten die Berberstämme im allgemeinen als noch viel kriegstüchtiger wie die Araber von Tripolitaniens, und vor allem können sie bei weitem mehr Menschen ins Feld führen. Somit dürfte es leicht möglich werden, daß die Franzosen jeden Fußbreit Landes mit blutigem Kampfe erobern müssen, ehe sie Herr über Marokko werden.

Nach den Ursachen des Aufstandes braucht man wahrlich nicht erst zu forschen. Die Bevölkerung sieht, daß der Sultan, der sich schimpflich den Franzosen unterworfen hat, ein nichtsnutziger Verräter ist. Gleichzeitig aber auch fühlt sie sich bedrückt von den Eindringlingen, die alle Mittel anwenden, um zur wirtschaftlichen Herrschaft zu gelangen. Bereits vor der Verkündung des Protectorates, schon bei dem „Zuge der“ französischen Truppen nach Fez im vergangenen Jahre, fiel ein Schwarm französischer Agenten über das Land her. Diese Leute „kauften“ enorme Ländereien für französische Gesellschaften an, wobei die Verkäufer, die Beamten des Sultans und die „Scheifs“ (Stammeshäuptlinge) Land verkauften, das gar nicht ihnen, sondern den Bauern gehörte. Es ist bekannt, daß diese skandalösen Machenschaften sogar zu scharfen Zusammenstößen zwischen den französischen Militärs und den französischen Zivilbeamten und Konjulen führten. Ebenso führten die Wucherpraktiken französischer Kaufleute, die den sorglosen Marokkanern weitgehenden Kredit gaben, um sie dann bis aufs Hemd auszuräumen, zu Konflikten. Daß diese Dinge den Haß wachriefen, versteht sich ganz von selbst. Doch auch, abgesehen davon ist es verständlich, daß aus rein idealen Gründen, aus Patriotismus, aus dem Hang zur Unabhängigkeit der Widerstand der Marokkaner entstehen mußte. Man darf eben dieses Volk nicht als „Wildes“ betrachten, denen der Sinn für die politische Freiheit fremd ist. Auf der andern Seite freilich handelt es sich auch um die Auflehnung barbarischer Stämme gegen die Franzosen aus ganz andern Gründen. Diese Berberstämme, die niemals die Autorität des Sultans anerkannten, lebten zum nicht geringen Teil vom Raub, vom Tribut, den sie der ansässigen Bevölkerung in der Nähe der Städte auferlegten, indem sie von Zeit zu Zeit aus ihren Steppen heroverdröhen. Sie fühlen genau, daß mit der Befestigung der französischen Herrschaft im Lande dieses Räuberleben aufhören würde und wenden sich gegen die Eindringlinge. Schließlich ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Krieg in Tripolitaniens den mohammedanischen Fanatismus auch in Marokko entfacht hat. So ist es nicht unwahrscheinlich, daß ebenso wie Italien sich in Tripolitaniens festgebissen hat, auch Frankreich in Marokko einen Krieg von langer Dauer und mit enormen Opfern an Gut und Blut zu führen haben wird.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 19. April. Es mag ja eine verdammt saure und unangenehme Aufgabe sein, die deutsche Justiz, besonders soweit sie mit der modernen Arbeiterbewegung in Berührung kommt, vor dem Parlament zu vertreten zumal wenn so gewandte und scharfe Kritiker auftreten, wie vorgestern Genosse Stadhagen und heute Genosse Heine. Und Staatssekretär Dr. Lisco, der sicherlich ein Virtuose bei der Handhabung von Akten und bürokratischem Formelwerk ist, präsentiert sich als ein bedauernswert hilfloser Verteidiger vor dem Forum der Volksvertretung. Außerdem fehlt ihm zum Redner so ziemlich alles. Dazum beschränkt er sich gewissermaßen auf die pflichtschuldige Offizialverteidigung und sichert sich durch ein paar Bekennnisse zur reaktionären Juristerei die Sympathien der Junker, Pfaffen und Nationalliberalen. Aber auch ein Demosthenes müßte die Verteidigung der Klassenjustiz aufgeben, wenn so hagelbild die durch aufreizende Tatsachen belegte Kritik einsetzt, wie es durch die Genossen Stadhagen und Heine geschehen ist. Da hilft kein Drehen, Wenden und Deuteln mehr: die Klassenjustiz in ihrer abstoßenden Nacktheit und mit all den zahlreich ungeschwehlichen Urteilen ist da. Die Bemühungen einiger bürgerlicher Redner, durch Beteuerungen und Versicherungen die Blüten der Madame Justitia zu bedecken, sind

vergebliche. Wer jahrelang den Verhandlungen über den Justizetat beigewohnt hat, muß in diesem Jahre konstatieren, daß selbst durch die Reden der Konservativen ein Ton des Mißbehagens klang. Das scheinen die Herrschaften doch zu kapieren, daß das Gebahren der Madame Justitia gegen angeklagte streikende Arbeiter und politisch mißliebige Personen nicht geeignet ist, bei den Massen das Vertrauen in die Einrichtungen unfres sogenannten Rechtsstaats zu stärken. Und dadurch wird der Bestand dieser Ordnungsgerechter innerhalb und außerhalb des „hohen“ Hauses erheblich gefährdet, während sie der Justitia doch die Aufgabe stellen, in ihrem Partei- und Klasseninteresse tätig zu sein. Auch nicht ein bürgerlicher Redner hat den ernstlichen Versuch gemacht, die Anklagen unserer Genossen zu entkräften; sie begnügten sich vielmehr mit Entschuldigungen. Aber auch hier gilt das Wort: Wer entschuldigt, klagt an. Die deutsche Justiz wird deshalb aus der diesjährigen Etatberatung nicht mit Ruhm bedeckt hervorgehen. Um so schärferer Kampf muß gegen die Verjuche geführt werden, bei der Schaffung eines neuen Strafgesetzbuchs und der Strafprozeßordnung listig reaktionäre Fuhangeln zu legen. Genosse Heine kündete heute auch einen solchen Kampf an und betonte, er könne begreifen, daß die Regierung angesichts der 110 Sozialdemokraten keine Neigung hat, die Entwürfe vorzulegen.

Herr Lisco wagte es gar nicht, dem Genossen Heine zu antworten, und begnügte sich mit einigen Bemerkungen zu verhältnismäßig geringfügigen Wünschen. Von bürgerlicher Seite sprachen Dr. Pfeiffer vom Zentrum, der Nationalliberale v. Richtigosen, dem Volksrichter sehr unsympathisch sind; ferner der Fortschrittler Aliaß, der alljährlich ziemlich energisch gegen die Mißstände in der deutschen Rechtspflege zu Felde zieht. Die Ausführungen der übrigen Redner waren ohne Belang. Die Generaldebatte fand sodann ihren Abschluß; einige Resolutionen über Bekämpfung der Schundliteratur usw. wurden angenommen, ebenso debattelos der gesamte Justizetat.

Mit Volkswamp in die Flugzeug-Sammelerei!

In verschiedenen Teilen Deutschlands finden zurzeit, meist durch reklameflüchtige Zeitungsverleger eingeleitet, Sammlungen für die Beschaffung von Militärflugzeugen statt. Hier in Leipzig hat diese „patriotische Begeisterung“ bekanntlich zu einem ergötzlichen Konkurrenzkampf zwischen den beiden größten bürgerlichen Mäthern geführt, der allerdings zur Befriedigung aller Gutgesinnten schließlich zu einer Vereinigung der beiden streitenden Teile geführt hat. Die Bereitwilligkeit nun, mit der die bürgerlichen Kreise bei dieser Gelegenheit ihr Geld für die Zwecke des Massenmordes spenden, hat gewisse Leute auf die Idee gebracht, den Nordpatriotismus noch besser als bisher auszunützen, die Sammlungen zu verallgemeinern und zu zentralisieren. Der bekannte glückliche Wind hat uns folgendes vertrauliche Rundschreiben zugezogen:

National-Flugspende.

Geschäftsstelle: Berlin NW, 6, Luisenstraße 33/34. Telegramm-Adresse: Nationalflugspende.

Berlin, den 18. April 1912.

Unter dem Protectorat Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen und meinem Vorhitz ist ein Komitee in der Bildung begriffen, welches es sich zur Aufgabe gestellt hat, die zurzeit in Deutschland vorhandenen Sammlungen und anderweitigen Bestrebungen zugunsten des Flugwesens zu einer einheitlichen Organisation unter dem Namen „National-Flugspende“ zusammenzufassen. Das Komitee beabsichtigt in aller nächster Zeit mit einem Aufruf in die Öffentlichkeit zu treten. Nachdem ich in dieser Frage mit dem Verbands der Zeitungsverleger bereits Fühlung genommen und mich deren Zustimmung versichert habe, beehre ich mich, auch die geehrte Redaktion um Ihre Mitarbeit an dieser nationalen Aufgabe zu bitten. Am

Donnerstag, den 18. April 1912, nachmittags 2 Uhr

findet eine Besprechung in dieser Angelegenheit im Reichstagsgebäude, Zimmer 1, Obergeschloß, Eingang Portal V, statt.

Ich beehre mich die geehrte Redaktion mit der Bitte einzuladen, sich bei der Besprechung vertreten zu lassen. Um die Wirkung des Aufrufs nicht zu beeinträchtigen, darf ich bis auf weiteres um vertrauliche Behandlung ersuchen.

Ueber das Ergebnis der Besprechung wird der Redaktion Mitteilung gemacht werden. gez. Graf Posadowsky.

Man sieht, es fehlt nichts mehr, um den nordpatriotisch-flugtechnischen Rausch des deutschen Bürgers gehörig auszubeuhen. In aller Form wird ein tüchtiger Aderlaß seines Veniens vorbereitet. Ein Komitee mit hochklingenden Namen, eine Geschäftsstelle, alles ist schon da! Solange unsere Nordpatrioten bei dieser Sammelerei unter sich bleiben, geht und die Sache nicht viel an. Protest hätten wir zu erheben, wenn etwa mit dem bekannten sanften Druck in Schulen und Fabriken gesammelt werden sollte. Ansätze zu Schulsammlungen sind in Leipzig schon zu verzeichnen. Und wenn die Lehrer auch bei der Aufforderung betonen, daß niemand gegen seine bezw. seiner Eltern Willen zu spenden brauche, so wird dadurch die Sache doch nicht viel besser. Denn manches Kind sieht sich gedrückt, wenn es sich bei solchen Gelegenheiten ausschließen muß. Derartige Sammlungen in den Schulen sind deshalb zu unterlassen.

Nebenbei bedarf die Frage einer ernstlichen Untersuchung, ob das Reich bezw. der Militärstatus solche Geschenke anzunehmen berechtigt ist. Es ist das eine etatsrechtliche Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung!

Was der Reichskanzler dem Reichstag zumutet.

Zu der von uns wiedergegebenen Feststellung des Sozialdemokratischen Pressebüros, daß man im Seniorenonvent des Reichstags empört gewesen ist über die Art, wie der Reichskanzler dem Reichstag die Zurdeppschung des Arbeitspensums zumutete, nimmt die Kreuzzeitung das Wort. Das Blatt versucht in bekannter Manier, den Sachverhalt zu verschleiern, indem es behauptet, es seien nur die Sozialdemokraten, die das Verlangen des Reichskanzlers unerhört finden, weil sie befürchten, ihr Schwabedictum nicht befriedigen zu können.

Dagegen sei festgestellt, daß in der Sitzung des Seniorenonvents gerade von bürgerlicher Seite die Antreiberei des Reichskanzlers scharf verurteilt wurde und daß von bürgerlicher Seite der Präsident ersucht wurde, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß man seine Zumutungen als des Reichstags unwürdig empfinde. Die Konservativen haben dieser Auffassung nicht widersprochen!

Von der bayerischen Zentrumsreaktion.

Am bayrischen Landtag hielt der Ministerpräsident am Freitag endlich seine lange angekündigte sozialpolitische Programmrede. In weitläufigen Darlegungen brachte er nichts wie inhaltslose Allgemeinheiten und platte Selbstverherrlichungen vor. Nur zwei Bemerkungen verdienen Beachtung. Erstens deutete er in einem allerdings dunkeln Satz auf gewisse Pläne der Regierung über die Ausnutzung der Wasserkräfte hin. Es scheint, als ob die Regierung im Gegensatz zu der vorherigen beabsichtigt, die Wasserkräfte nicht dem Staate zu erhalten, sondern dem Privatkapital auszuliefern. Herr v. Hertling billigte außerdem ausdrücklich den Angriff eines christlichen Arbeiterssekretärs gegen monopolistische Tarifverträge von der Art des Buchdruckersarbeits. Auch diese Haltung des Zentrums ist ein Zeichen seiner Abneigung auf Anhebung der freien Gewerkschaften; man will nur konfessionelle Tarifverträge erlauben.

Prinzipielles über das Recht zu Versammlungen unter freiem Himmel.

Für eine Versammlung unter freiem Himmel in Ober-Nieder-Preißerodorf (Regierungsbezirk Posen) hatte Jakob Köhler aus Goldberg am 28. Oktober 1911 beim Amtsvorsteher die Genehmigung beantragt. Die Versammlung sollte auf dem Grundstück von Bachmann stattfinden. Der Amtsvorsteher verweigerte die Genehmigung mit der Erklärung, das müsse er tun, nachdem der Besitzer Bachmann ihm erklärt habe, daß er sein Grundstück nicht zu der Versammlung hergebe.

Der Landrat und der Regierungspräsident zu Posen wiesen aus denselben Gründe die Beschwerden Köhlers ab.

Das preussische Oberverwaltungsgericht gab der hiergegen gerichteten Klage Köhlers statt und erklärte das Verbot für ungesetzlich. Nach der Begründung ging der Senat von folgenden Erwägungen aus:

Nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes müsse der Veranstalter einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel Ort und Zeit der Versammlung angeben. Die Angabe sei unerlässlich und müsse so bestimmt erfolgen, daß die Polizeibehörde sich davon überzeugen könne, daß die Versammlung tatsächlich an dem angegebenen Orte stattfinden. Die Angabe des Ortes verfolge den Zweck, der Polizeibehörde rechtzeitig Gelegenheit zu geben, zu prüfen, ob der Wahl des Ortes keine Bedenken im Interesse der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Sicherheit des Verkehrs oder im Interesse der persönlichen Sicherheit der Versammlungsteilnehmer entgegenstünden. Dagegen spreche das Gesetz nicht vor, daß der Nachweis erbracht werden müsse, daß das in seiner Anlage oder in seinem Antrage angegebene Grundstück dem Veranstalter für die Versammlung in rechtmäßiger Form zur Verfügung stehe. Es könne daher aus dem Fehlen dieser Angabe oder dieses Nachweises für sich allein kein Grund entnommen werden, die Genehmigung zu verweigern. Aus denselben Gründen sei es auch unzulässig, die Genehmigung von der Angabe des Standes oder Berufs des Antragstellers, oder von dem verwirklichten Zweck der Versammlung oder der vermittelten Zahl der Teilnehmer abhängig zu machen. — Auf jeden Fall könne unter gewöhnlichen Verhältnissen die Genehmigung des § 7 nicht von der Vorbringung des Nachweises der Verfügungsbefugnis über den Versammlungsort abhängig gemacht werden. Und sie könne nicht lediglich deshalb verweigert werden, weil der Versammlungsort dem Veranstalter nicht zur Verfügung stehe. — Trotzdem könne der Mangel der Verfügungsbefugnis zu einer Verlangung der Genehmigung führen. Dies aber nur unter ganz besonderen Umständen. Insbesondere dann, wenn im gegebenen Falle im Falle der Verweigerung des Platzes unter besonderen sich hieran anschließenden Umständen die Vermeidung des öffentlichen Sicherheitsgefährdet werden könne, gerechtfertigt erscheine. Allgemeine Grundsätze dafür liegen sich natürlich nicht aufstellen. Es müsse das immer nach Lage des Einzelfalles entschieden werden. Die Polizeibehörde müsse den entsprechenden Nachweis erbringen. Solche besondere Umstände habe aber hier die Polizeibehörde nicht nachgewiesen. Das Verbot müsse deshalb außer Kraft gesetzt werden.

Der Parteisekretär Genosse Lunde aus Königsberg i. Pr. wollte auf einem Privatgrundstück in Alexen eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Der Amtsvorsteher in Wilkauen verweigerte auf Grund des § 7 des Vereinsgesetzes die Genehmigung, indem er geltend machte, es wäre eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten. Unter andern verließ er sich darauf, daß der Versammlungsplatz nur über einen Interessentenweg zu erreichen sei, und daß die Interessenten erklärt hätten, sie gestatteten die Benutzung des Weges nicht. Ferner verwies der Amtsvorsteher noch darauf, es sei einmal in dem benachbarten Schalkischledimmen bei einer Versammlung zu Störungen gekommen, und es wäre anzunehmen, daß dieselben Leute zu der Versammlung nach Alexen kommen würden. So sei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten.

Landrat und Regierungspräsident erwarteten aus denselben Gründen die Beschwerden Einbeleg.

Das preussische Oberverwaltungsgericht gab jedoch der hiergegen gerichteten Klage Lundes statt und setzte das Versammlungsverbot außer Kraft. Zur Begründung wurde angeführt:

Die Tatsache, daß ein Weg zum Versammlungsplatz ein Interessentenweg sei und daß mit dem Widerspruch der Interessenten gerechnet werden könne, berechtige nicht zum Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel. Denn die Frage, ob Wege öffentliche seien oder Anliegerwege oder Interessentenwege, sei eine privatrechtliche Frage, um deren Entscheidung die Polizei sich nicht zu kümmern habe. Sie könnte in solchem Streitfall die Genehmigung der Versammlung allerdings dann, aber auch nur dann verweigern, wenn sie durch besondere Umstände nachweisen könne, daß aus dem Widerspruch der Interessenten eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit entstehe. Dafür sei aber seitens der Polizei hier nichts erbracht. Auf die Vorkommnisse in der Versammlung in Schalkischledimmen könnten sich der Amtsvorsteher und der Regierungspräsident ebenfalls nicht berufen, weil die Versammlung bereits 1 1/2 Jahre zurückliege. Bei der Länge dieses Zwischenraums sei es nicht möglich, zuverlässig darauf zu schließen, daß dieselben Personen, die dort störten, auch hier stören würden.

Der Grenzkommissar als Spion? Die russische Regierung gibt jetzt die offizielle Erklärung ab, der deutsche Grenzkommissar Dreßler aus Eydtkuhnen, der in Uniform über die Grenze ging sei wegen Spionage verhaftet worden. Dreßler wird beschuldigt, seit sechs Jahren einen regelrechten Spionagedienst eingerichtet zu haben. Seine häufigen Besuche in Rußland wurden schon lange scharf beobachtet. Nachdem genügendes Material gesammelt war, veranlaßte das Wilnaer Militärbezirksgericht Dreßlers Verhaftung. In Rowno wurden sechs Personen, die angeblich in Dreßlers Diensten stehen, ebenfalls verhaftet. Die deutsche Regierung hat Schritte in dieser Angelegenheit eingeleitet.

Kleine politische Nachrichten. Bei der Erstausswahl zum englischen Unterhaus für den Unionisten Morrison, der sein Mandat niedergelegt hat, erhielt Rees (Unionist) 6482, Dehon (Liberal) 5188 Stimmen. Die Wahl ist als erste seit Einbringung der Pomernebill von besonderer Bedeutung. Die Majorität der Unionisten im Dezember 1910 betrug 1470.

Oesterreich-Ungarn.

Der neue Mann.

Wien, 10. April. Die Neue Freie Presse meldet: Der Finanzminister im Kabinett Khuen-Hedervary, von Lukacs, ist heute vom Kaiser zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt worden. Er fährt morgen früh nach Budapest, um die einleitenden Schritte zur Bildung des Kabinetts zu unternehmen, das ausschließlich aus Mitgliedern der Arbeiterpartei gebildet werden soll.

Eine weitere Meldung der N. Fr. Pr. besagt: Die heutige Audienz des ungarischen Finanzministers Lukacs beim Kaiser hat noch zu keinem Resultat geführt.

Russland.

Die Angst vor der Kaiserin.

Warschau, 10. April. In der letzten Nacht wurden hier, in Lodz und in zahlreichen Industriestädten Russisch-Polens Verhaftungen vorgenommen. In Warschau wurden in der letzten Nacht allein 30 Aktivatoren der sozialdemokratischen Partei verhaftet. Die Verhaftungen sollen angeblich mit Vorbereitungen der sozialdemokratischen Partei zur Kaiserin in Verbindung stehen. Die polnische sozialdemokratische Partei hat einen Aufruf erlassen, in dem die Arbeiterschaft aufgefordert wird, den 1. Mai festlich zu begehen.

Vielleicht erwägen die vorderrussischen Schergen, ob es nicht angängig sei, nach gleichem Rezept zu verfahren. Die Meinung haben sie jedenfalls dazu.

Belgien.

Will der Pfaff ein Länglein wagen...

Ein belustigender Zwischenfall, der sich kürzlich in Lüttich abgespielt hat, kam in der Verhandlung der Kammer zur Sprache.

In einer Kirche zu Lüttich stand ein Redemptorist (den Jesuiten verwandter Orden) auf der Kanzel und erzählte seinen gläubigen Hörern gar groteske Scherzgeschichten über die Freimaurerei. Dabei beging er in dem Eifer der Rede die Unvorsichtigkeit, die etwa anwesenden Freimaurer zur Widerrede aufzufordern und ihnen zu versprechen, ihnen hierfür die Kanzel einzuräumen. Sein Schicksal wollte nun, daß einige Freimaurer zufällig in der Kirche waren, und einer von ihnen — den der Minister Herrner bei Erwähnung der Sache in der Kammer als einen lebenswürdigen Kollegen von der Advokatenzunft bezeichnete — meldete sich unverzüglich zum Wort. Die Gemeinde war hoch entsetzt, als der Herr sich anschickte, wie es gewissermaßen ausgedrückt war, die Kanzel zu bestiegen. Als ihm dies verweigert wurde, wollte er von einem Stuhl sein „Disputation“ beginnen, doch auch damit war die Gemeinde nicht einverstanden, es gab einen lärmenden Aufruhr, doch ohne böse Eßbrunn, weil die Gegner sich hinausbegaben und das Ende des Gottesdienstes abwarteten, um draußen auf öffentlichem Plage unter großem Jubel Reden zu halten, deren Kosten der vorlaute Mönch zu tragen hatte, wie man sich wohl denken kann.

Serbien.

Panlawawische Kundgebungen.

Belgrad, 10. April. Anlässlich der heute erfolgten Ankunft von 100 Studenten der Agrar-Universität kam es hier zu großen Kundgebungen für Kroatien. Die Kundgebungen begannen am Bahnhof und setzten sich durch die Straßen der Stadt, die zu Ehren der Gäste gespart waren, fort. Die Manifestanten zogen vor das königliche Schloß. Der König erschien auf dem Balkon und dankte für die Ovationen. Er wurde mit stürmischen „Wito“-Rufen und mit dem Rufe „Doch der südslawische König“ begrüßt. Die Studenten werden mehrere Tage hier verweilen und einige Kundgebungen in das Innere des Landes unternehmen.

Portugal.

Kämpfe auf Timor.

Lissabon, 10. April. Telegraphische Meldungen aus privater Quelle berichten, daß es am 20. und 30. März in Timor zu Kämpfen gekommen sei. Landtruppen und Matrosen des Kanonenbootes Parra wurden angegriffen, zerstört aber unter dem Schutze der Fregate die Feinde. Von den Portugiesen wurden einige Mann außer Kampf gesetzt, während der Feind zahlreiche tote und verwundete hatte.

Lissabon, 10. April. Angehts der Vorgänge auf Timor wird die portugiesische Regierung 4000 Mann europäischer Truppen nach Timor senden.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 10. April.

Ein konservatives Fiasko.

Schwarz müssen die Konservativen den heutigen Tag anstreichen. Ihr ohnehin gesunkenes Ansehen hat gestern wieder eine empfindliche Einbuße erlitten. Am die Jugend vor dem sozialdemokratischen Gift zu bewahren, hatten sie einen Antrag eingebracht, durch den die Regierung gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung scharf gemacht werden sollte. Und gleich als wenn die Herren um Opitz sich sehenden Auges einer tolscheren Blamage aussehen wollten, hatten sie ausgerechnet den Abg. Dr. Mangler, dieses onant torriblo der Konservativen Partei, zur Begründung des Antrages ausgesucht. Der Antrag verlangt kurz von der Regierung ein verfürtes Eingreifen für die nationale Jugendpflege und gegen die Arbeiterjugendbewegung. Beraten wurde der Antrag in Verbindung mit Kap. 101 des ordentlichen Etats, bei dem auch 100 000 Mk. jährlich zur Förderung der nationalen Jugendpflege eingestellt sind. Doch diese von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel genügen dem Heißsporn Mangler nicht. Er verlangt nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Unterdrückung der Arbeiterjugendbewegung, denn diese ist sozialdemokratisch, die Sozialdemokratie aber will die Revolution, und die Revolution ist Blut, und Blut ist rot, alles aber, was rot ist, haßt Herr Dr. Mangler wie ein gewisses Tier. Und wie dieses gewisse Tier stürmte auch Herr Dr. Mangler gegen die Sozialdemokratie an mit einer Unmasse von Zitate und platten Selbstverständlichkeiten — zum Beispiel die, daß es bei der Arbeiterjugend unzweifelhaft anständig hergehe —, deren Verlesung bei der Sozialdemokratie fröhlichste Heiterkeit auslöste, die Konservativen aber und die Minister in die tödlichste Verlegenheit versetzte. Eine halbe Stunde hatte Herr Dr. Mangler bereits ein Duzend Folioblätter seines Konzepts verlesen, da verschwand sein Nachbar Schmidt, weil auch er das Lachen nicht mehr unterdrücken konnte. Herr Opitz sah wiederholt verzweifelt nach der Uhr, doch Herr Dr. Mangler las und las und las wie ein aufgelegter Automat, ohne auch nur eine einzige, vorher gewissenhaft in das Konzept eingetragene Apostrophe zu vergessen. Der Abg. Spieß biß die Zähne zusammen, um schließlich — zu verschwinden. Doch Herr Dr. Mangler las und las... Da steckte der Abg. Schmidt den Kopf zur Tür herein, um ihn ebenso schnell wieder zurückzuziehen, als er bemerkte, daß der Redestrom seines Freundes und Nachbarn noch ungeschwächt zur Erheiterung der Sozialdemokratie dahinsprudelte. Und als dieser Ritter Georg,

der durchaus den Drachen Sozialdemokratie töten wollte, endlich nach zwei langen Stunden mit der Aufforderung an den Polizeiminister schloß, einmal mit den von ihm vorgelegten Mitteln einen Versuch zu machen und der sozialdemokratischen Jugendbewegung den Garaus zu machen, und dabei mit dem ganzen Gesichte die Sozialdemokratie anlachte, als wollte er sagen: Es ist natürlich nicht so schlimm gemeint! Da tönte ihm lautes Bravo entgegen — von den Bänken der Sozialdemokratie.

Nach Dr. Manglers „Bier“rede erhoben sich nacheinander der Kultus- und der Polizeiminister, der eine, um Dr. Mangler für seine „von hohem vaterländischen Geiste getragenen Ausführungen“ zu danken und um zu erwidern, daß das Kultusministerium im Rahmen der Schulacht bereits das Menschenmögliche im Sinne der Erziehung der Jugend im nationalen Geiste getan habe; der andere, um sich gegen den Vorwurf zu verwahren, daß die Polizei nicht scharf genug hinter der sozialdemokratischen Jugendbewegung her sei und um festzustellen, daß sein Wille und seine Macht an dem Vereinsgesetz eine Schranke habe. Für die Nationalliberalen erklärte sich der Abg. Wappler mit der Einsetzung von 100 000 Mk. zur Förderung der sogenannten nationalen Jugendbewegung einverstanden, im übrigen aber rühte er nach der Begründung, die Dr. Mangler dem Antrage seiner Parteifreunde gegeben, von den Konservativen in deutlicher Weise ab. Die Nationalliberalen wollen keine Gewalttätigkeit, erklärte Herr Wappler, sie sind aber für die Bewilligung aller Mittel, die für die nationale unpolitische Jugendpflege gefordert werden. Dann hing Genosse Keimling der Rede die Schellen an. Er zeigte in einer gründlichen Rede, daß auch die sogenannte unpolitische Jugendpflege, wie sie die Regierung und die Nationalliberalen wollen, nur eine Kampfororganisation gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung sei und bewies dies durch verschiedene Beispiele an dem Vorgehen der Polizei und an Urteilen der Klassenjustiz. Gegenüber Dr. Mangler führte er treffend aus, dessen Scharfmacherei laufe hinaus auf das Verlangen des Junkers Jordan v. Kröcher nach dem dummen aber starken Mann, der die Arbeiter nicht als Subjekt, sondern nur als Objekt der Gesetzgebung betrachtet wissen will. Aber, rief Keimling aus, macht was ihr wollt, löst unsere Jugendorganisationen auf, die Jugend gehört doch uns, dafür sorgen die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zustände! Zum Schlusse protestierte Keimling energisch gegen die Verwendung von Mitteln aus dem Steuerjäckel zur Bekämpfung der Arbeiterklasse, die den größten Teil der sächsischen Bevölkerung ausmache.

Nach Keimlings Rede hatten die Konservativen übergenug. Herr Opitz bemühte sich eifrig, einen Antrag auf Schluß der Debatte über den eignen konservativen Antrag zustande zu bringen. Nach Keimling kam nur noch Genosse Lange zum Worte, um den geringen Betrag zu bemängeln, den die Regierung für das Museum für Völkertunde in Leipzig zur Verfügung gestellt hat. Darauf wurde der Schlußantrag angenommen, der unter vielen andern eingezeichneten Rednern auch dem Redner der fortschrittlichen Volkspartei, dem Abg. Günther das Wort abhändigt. In seinem Schlußwort bedauerte Johann Herr Dr. Mangler, daß die Nationalliberalen bei dieser wichtigen Frage die Konservativen im Stich gelassen hätten, und schließlich sprach er der Regierung seine Anzufriedenheit über ihre Erklärungen aus. So war die große konservative Aktion schon in ihrem Anfange zusammengebrochen. In den Deputationen aber dürfte die Manglersche Scharfmacherei ein ähnliches Schicksal erleiden wie die Böhmischen Verjuche zur Anebelung des Koalitionsrechts. Es will eben nichts mehr gegen die Sozialdemokratie gelingen.

Aus der Schulgesetzdeputation.

Die kirchliche Aufsicht über den Religionsunterricht in der Volksschule, die der Schulgesetzentwurf als Teil der jetzt geltenden geistlichen Schulaufsicht weiterbestehen lassen will, führte in der letzten Deputationsdebatte zu wichtigen Auseinandersetzungen. Die Regierungsvorlage lautet: 1. Die der kirchlichen Oberbehörde zuzustehende Aufsicht über den Religionsunterricht ist zunächst der Ortspfarrer aus. Unter mehreren Orts Pfarrern bestimmt die kirchliche Oberbehörde den zuständigen. Sie kann auch an Stelle des Orts Pfarrers einem anderen Geistlichen die Aufsicht über den Religionsunterricht übertragen. 2. Der ausführenden Geistliche ist berechtigt, dem Religionsunterricht beizuwohnen. Er soll aber während des Unterrichts und vor den Schülern Bemerkungen über den Unterricht unterlassen, auch Anweisungen dem Lehrer nicht geben, vielmehr etwaige Ausstellungen dem Bezirksschulinspektor mitteilen. Der Bezirksschulinspektor hat solche bei ihm angebrachte Wünsche und Beschwerden in sorgfältiger Erwägung zu ziehen und seine Entscheidung daraus dem Lehrer mitzuteilen. Der Bericht erstatter beantragte, es solle nicht der Ortspfarrer, sondern für jede Eparchie der Superintendent oder in dessen Vertretung ein von der kirchlichen Oberbehörde ernannter älterer Geistlicher den Religionsunterricht beaufsichtigen. Der Antrag der Sozialdemokratie ging dagegen gerade aufs Ziel und verlangte, die bestehende Aufsicht über den Religionsunterricht ist aufzuheben. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittler abgelehnt. Für den Antrag des Berichterstatters stimmten nur die Nationalliberalen, so daß auch er fiel. Bei der nun folgenden Abstimmung über Punkt 1 der Regierungsvorlage zeigte sich abermals die Verschiedenheit und Unentschiedenheit der Nationalliberalen. Ein Teil von ihnen stimmte mit den Konservativen der Regierungsvorlage zu, vermochte sie aber nicht zu retten: sie fiel mit acht gegen sieben Stimmen. Damit besteht zurzeit eine „Lücke“. Auch die Abstimmung über Punkt 2 der Regierungsvorlage wurde durch die Ablehnung hinfällig — vorläufig wenigstens, bis ein Weg gefunden sein wird, die „Lücke“ auszufüllen.

Einen Fortschritt bedeutet die Annahme eines vom Bericht erstatter gestellten Antrags: „Wo die Verhältnisse es gestatten, ist ein Schularzt anzustellen, dessen Pflichten und Rechte werden durch die Schulordnung festgelegt.“ Der Entwurf der Regierung ließ die Schulfrage völlig unberührt. Auch in der Deputation machten die Regierungsvertreter allerhand Einwände. Sie hatten aber kein Glück dabei, denn die Deputation war in diesem Falle einmütig für den Antrag.

Ungehobene Wirkungen.

In dem östlichen Sachsen passieren seit einiger Zeit die merkwürdigsten Dinge. Die Nichtbefähigung Dr. Noths als Oberbürgermeister in Zittau hat gewiß berechtigtes Aufsehen erregt. Wie weit die hiermit in Zusammenhang gebrachten Dinge reichen, ahnt man gar nicht. Bekanntlich weilt der sächsische König alljährlich in dem Zittauer Gebirge, um der Auerhahnjagd obzuliegen. Das ist auch jetzt wieder der Fall. Da wird nun aber nicht allein gejagt, sondern auch gut gefühlhakt. Ein Jagdschützling führt die Herrschaften zu gemüthlicher Runde zusammen und hierzu sind alljährlich auch die Spigen der Zittauer Stadtverwaltung, der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher, geladen gewesen. Da nun Zittau gegenwärtig nur einen nichtbefähigten Oberbürger-

meister hat, so erging einige Tage vor der geplanten Auerhahnjagd diesmal die Einladung an den Bürgermeister und Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Das galt als selbstverständlich. Nicht aber als selbstverständlich galt, daß die Einladung nach drei Tagen wieder rückgängig gemacht worden ist.

Gegen die Nichtbefähigung Dr. Noths zum Oberbürgermeister von Zittau hat bekanntlich das gesamte Staats- und Stadtverordnetenkollegium Widerspruch erhoben. Darunter befindet sich auch der Bürgermeister Müllers. Ob man nun eine andere Begründung für ein solches Verhalten hat oder nicht, es gibt nichts mehr, was diesen für die daran beteiligten Kreise bedeutungsvollen Schritt sonst noch begründen könnte. Das Vorkommnis spricht Bände, wie weit abwärts es mit dem Selbstverwaltungsrecht und der damit verbundenen freien Meinungsäußerung in Sachsen gekommen ist. Die Stadt Zittau hat übrigens einen materiellen Vorteil von diesem Vorkommnis, denn bisher kosteten die Jagdschützlinge der Stadt Zittau immer eine hübsche Menge Geld.

Arbeiterwohnungsfrage und Landesversicherungsanstalt.

Die Landesversicherungsanstalten können bis zur Hälfte ihres Vermögens ihre Gelder für solche Zwecke hergeben, die ausschließlich oder überwiegend der versicherungspflichtigen Bevölkerung zugute kommen. Von dieser Bestimmung ist in den letzten Jahren wachsender Gebrauch gemacht worden. Die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen hat diese Bestimmung in besonders umfangreicher Weise in Anwendung gebracht. Bis zum 1. Januar 1912 hat sie 31 700 000 Mk. für Arbeiterwohnungsfrage hergegeben. Der größte Teil davon, nämlich 20 802 800 Mk., ist direkt zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen ausgeteilt worden. 28 200 210 Mk. erhielten Genossenschaften, gemeinnützige Vereine etc., 1 111 500 Mk. erhielten Gemeinden und Gemeindeverbände, 288 120 Mk. wurden direkt an Arbeitnehmer gegeben und 3 004 000 Mk. an Arbeitgeber. Von den ganzen Summen befanden sich 7 128 320 Mk. außerhalb der Landesgrenzen. Die Verzinsung geschah zu 3 bis 4 Prozent, nur die Arbeitnehmer mußten 1/2, bis 4/5, Proz. bezahlen. Zum Bau von Ledigenheimen, Erbbergen usw. wurden 927 500 Mk. hergegeben. Auch hier ging der größte Teil, nämlich 678 500 Mk., an Genossenschaften und gemeinnützige Vereine, Johann 200 000 Mk. an Gemeinden usw. und 40 000 Mk. an Arbeitgeber. Die Verzinsung geschah zu 3/2, bis 2, Prozent. Von den gesamten für die Wohnungsfrage hergegebenen Geldern sind inzwischen 2 370 088 Mk. wieder zurückgezahlt worden, so daß am 1. Januar 1912 noch 29 420 802 Mk. ausgeteilt waren.

Von der Versicherungsanstalt Sachsen sind ferner noch hergegeben für den Bau von Kranken- und Genußhäusern, Invalidenheimen usw. 8 477 788 Mk., zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege (Vollbäder, Schlachthäuser usw.) 29 008 404 Mk., für Erziehung und Unterricht, Hebung der Volksbildung 28 008 404 Mk., für sonstige Wohlfahrtszwecke 27 521 785 Mk. Im ganzen hat die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen bis zum Beginn des Jahres 1912 hergegeben für gemeinnützige Zwecke 128 131 019 Mk. Dabei ist der Begriff „Gemeinnützigkeit“ freilich etwas sehr weithergig ausgelegt worden.

Für eigene Veranstellungen hat die Anstalt bis jetzt 5 371 507 Mk. aufgewendet. Es handelt sich dabei insbesondere um Lungenheilstätten, Genußheime usw. Diese eigenen Unternehmungen könnten noch weiter ausgedehnt werden. So wäre es sehr zu wünschen, daß die Versicherungsanstalt selbst Arbeiterwohnhäuser errichtet. Die Arbeiterpensionskasse der sächsischen Staatsbahnen hat 5 Doppelwohnhäuser mit 128 Familienwohnungen errichtet. Diesem Beispiel kann doch die Landesversicherungsanstalt auch folgen.

Gelbst milderwertig und dienstuntauglich, aber doch in Uniform!

Im Falle, daß gelbst milderwertige junge Leute beim Militär eingestellt, aber hinterher, nachdem das Unglück über sie hergebrochen ist, wegen Dienstuntauglichkeit entlassen werden, mehren sich in erschreckender Weise. In sachsenischer Sprache erklären in der Verhandlung gegen solche bedauerndwerte Geschöpfe die ärztlichen Sachverständigen, der Angeklagte ist zwar gelbst milderwertig und dienstuntauglich, aber für seine Vergehen beim Militär verantwortlich! Also erst noch ins Gefängnis und dann wieder ins Berufsleben! Vom Dresdner Kriegsgericht wurde jetzt der Soldat Frach von Infanterieregiment Nr. 102 wegen Fahnenflucht zu der geringsten Strafe von sechs Monaten Gefängnis und Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt! Er hatte sich krank gemeldet, der Arzt hielt ihn aber für gesund und schickte ihn sähig zum Dienst! Aus Angst darüber lief er fort und wollte nach dem Auslande, aber schon nach 24 Stunden wurde er verhaftet. Der ärztliche Sachverständige bezeichnete Fr. als einen haltlosen gelbst milderwertigen Menschen, der an einem krankhaften Wandel leidet und deshalb dienstuntauglich sei. Bei seiner Entfernung sei Fr. vermindert rechnungsfähig gewesen, aber im allgemeinen verantwortlich! — Nach Verlesung seiner Strafe lehrte dann der junge Mann ins Erwerbsleben zurück — als Opfer des Militarismus.

er. Dresden. Die Stadtverordneten beschloßen die Errichtung von Versuchsklassen in 15 städtischen Volksschulen, in denen im Sinne der Arbeitsschule unterrichtet werden soll.

Freiberg. Eine Beseitigungsklage wegen eines Vorgangs im Stadtverordnetenversammlungsaale spielte sich vor dem hiesigen Schöffengericht ab. Wegen der von dem früheren Stadtverordneten Professor Dr. Pähler in der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Dezember 1911 in bezug auf eine drei Jahre vorher erfolgte Beschwerde des Mittelstandsbundes Freiberg an die Kreisbauernschaft gebrachten Äußerung: „Diese Beschwerde komme schon mehr einer Denunziation gleich“, hatte der Vorsitzende des Bundes, Stadtb. Kaufmann Gotthardt, Privatbeseitigungsklage erhoben. Dr. Pähler wurde zu 30 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Gleichzeitig wurde die Beschlusse zur Veröffentlichung des Urteils ausgesprochen.

Chemnitz. Wegen Beseitigung einer Frau durch schamlose Medendarten, die er in der Betrunkenheit geführt, hatte sich ein Handarbeiter A. vor dem Landgericht zu verantworten. Vom Schöffengericht war A. wegen dieser Beseitigung mit zwei Monaten Gefängnis belegt worden. Nun hatte sich die Verurteilung des Landgerichts mit der Sache zu beschließen. Nachdem das Urteil der ersten Instanz zum Vortrag gebracht worden war, bemerkte der Vorsitzende in großer Erregung zu dem Angeklagten: „Und da wagen Sie auch noch, Verurteilung einzulegen? Schade, daß es keine Prügelstrafe mehr gibt; hier wäre die Prügelstrafe angebracht!“ Die Verurteilung wurde, wie nach dieser richterlichen Äußerung vorauszusetzen war, natürlich verworfen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Sägewerksbesitzer Wöhning in Obercarsdorf wurde verhaftet. Sein Sägewerk wird auf 60 000 Mk. taxiert, während es ihm von seinem Freunde Wilhelm aus Mitteln der verfallenen Vereinsbank in Dippoldiswalde mit 275 000 Mk. befohlen wurde. Er sah auch mit Willkomm im Aufsichtsrat der Firma Mann u. Willkomm in Heidenau. — Im Kleidergeschäft der Theatergärberin in Bad Eifel erkrankte sich der Gelegenheitsarbeiter Melchior Stüb. Er wurde bereits seit vier Monaten vermisst und jetzt bei dem vor Eröffnung der Saison stattfindenden Grobvernehmen zur Mitternacht zusammengetroffen gefunden. — Den achtjährigen Sohn des Bäckermeisters Froll in Celsnitz traf ein anderer Knabe beim Spiel mit einem Pfeilgeschloß so unglücklich in das linke Auge, daß es sofort auslief. Die Sehkraft des andern Auges ist gefährdet.

Aus den Nachbargebieten.

Meineidurteil gegen einen Streikbrecher.

In Finsterwalde kam es im vorigen Jahre zu einem größeren Streik in einer Webstifterei. Aus Anlaß dieses Streiks wurde eine Anzahl ausländischer Arbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie einen Streikbrecher Krüger belästigt und bedroht haben sollten. Die Arbeiter legten Berufung ein. Die Strafkammer Kottbus sprach die Verurteilten frei, weil sich herausgestellt hatte, daß der Belästigungszeuge, der genannte Arbeitswillige Krüger, falsche Angaben vor dem Schöffengericht gemacht hatte. Es wurde ihm nachgewiesen, daß seine eidlichen Aussagen, die Streikenden hätten ihn bedroht, vollkommen aus den Fingern gezogen waren; ferner, daß er falsche Angaben unter seinem Eide vor der Strafkammer gemacht hatte. Das Schwurgericht in Kottbus verurteilte nun Krüger wegen falscher Angaben und wegen Meineides in zwei Fällen zu anderthalb Jahren Zuchthaus.

st. Aus Sachsen-Weimar. Ein Opfer deutscher Unabuldsamkeit ist der Wirt des Gewerkschaftshauses Vorwärts in Apolda geworden. Martinus Nielsen, geboren in Ålborg in Dänemark, wanderte als Tabakarbeiter von Kopenhagen nach Preußen aus. In Preußen wurde er später wegen angeblicher sozialistischer Umtriebe, als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen. Er mußte deshalb auch Nordhausen verlassen, wo er sich zu verheiraten gedachte. Vor nunmehr bald zehn Jahren siedelte er nach Apolda über, verheiratete sich dort und betrieb die Gastwirtschaft im Gewerkschaftshaus. In diesen zehn Jahren hat er viermal nachgesucht um Aufnahme als weimarer Staatsbürger. Obwohl die Gemeindebehörden sich immer für die Naturalisation erklärten, wurden Nielsen alle Gesuche rundweg, ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Dies hat auf das Gemüt des krafttrotigen Mannes so eingewirkt, daß jetzt, wo ihm auch noch seine Frau durch den Tod entzogen wurde und das drohende Unheil einer eventuellen Ausweisung auf ihn einwirkte, seine Nerven so zertrümmert waren, daß er in die Nervenklinik nach Jena überführt werden mußte, wo er nach einigen Tagen bereits von seinem Leiden durch den Tod erlöst wurde.

g. Halle a. S. Diesen Freitag beschäftigte sich zum ersten Male die Berufungsinstanz mit dem am 12. Januar beanstandeten Wahlplakat. Bekanntlich wurden die Plakate fast in allen Städten Deutschlands unbeanstandet angesehen und umhergetragen. Das Amtsgericht verurteilte hier jedoch mehrere Genossen wegen Verstoßes gegen § 9 des alten preussischen Pressgesetzes vom 12. Mai 1851, da das Plakat mit einem andern, als den nach § 9 jenes Gesetzes zugelassenen Inhalt versehen gewesen sei. Es trug die Aufschrift: „Wählt Fritz Aumer, nieder mit den Volkshausbeutern“ usw. Unsere Genossen beriefen sich vor der Strafkammer auf die Gendarmenordnung, nach der an Wahltagen zum Verteilen von solchen Druckschriften eine Polizeierlaubnis nicht erforderlich sei. Die Strafkammer stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß die Gendarmenordnung hierbei nicht in Frage komme, da es sich nicht um ein Verteilen, sondern um ein Aushängen und Herumtragen von Druckschriften gehandelt habe. Es soll also bei der Bestrafung unserer Genossen bleiben.

Gotha. Der vor einigen Monaten wegen Sittlichkeitsverbrechen an Schulmädchen verhaftete Lehrer Friedrich Stollberg in Eckardtsleben wurde vom hiesigen Landgerichte zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Für die einzelnen, zahlreichen gleichartigen Straftaten waren zusammen sechs Jahre und zehn Monate Zuchthaus beantragt. Der laubere Volkshausbeuterei hat die ihm anvertrauten Schulmädchen — bei elfen ist es nachgewiesen worden — zum Teil mehrmals in der Schule und auch in der Kirche mißbraucht.

Weida. Zur Reichstagswahl hatte der Wahlvorsteher A. ein Plakat mit der Aufschrift: Wählt Reuters! vor der Tür der Metzgereiwirtschaft abgerissen. Die Partei stellte wegen dieser Tat Strafantrag gegen A. Jetzt ist dem Genossen Reuters der Beschluß des Amtsgerichts in dieser Sache zugegangen, worin gelangt wird, daß das Abreißen von Plakaten keine Sachbeschädigung und mithin das Verfahren gegen A. eingestellt worden ist. Das Fernunterziehen des Wahlplakats war in diesem Falle also keine Sachbeschädigung.

Aus der Umgebung.

Vorsicht, Parteigenossen!

In letzter Zeit suchen Hausierer mit Bildern und sogenannten proletarischen Haussegen auf den Dörfern Geschäfte zu machen, indem sie durch allerlei Schwindelmandover unsere Kassierer zu bestimmen versuchen, ihnen die Adressen der Mitglieder auszuhändigen, oder gleich selber mit von Haus zu Haus zu laufen. Teils zeigen die Reisenden auch Empfehlungsschreiben von irgendeinem Ortsverein, um bessere Geschäfte zu machen. Dadurch werden die Arbeiter in den Glauben versetzt, die Partei sei an der Verbreitung derartiger Bilder interessiert.

Wir warnen unsere Mitglieder ausdrücklich, auf diesen Schwindel hineinzufallen. Die Partei hat mit derartigen Unternehmungen nichts zu tun. Unsere Funktionäre sind angewiesen, das Verlangen nach Bekanntgabe der Adressen zurückzuweisen.

Handschriftliche Empfehlungen sind unter falschen Angaben, nicht für diesen Bilderhandel, von einigen Funktionären ausgestellt worden.

Wir warnen überhaupt vor diesen Agenten, die sich zirka 2 Mk. als Anzahlung geben lassen. Um diese Summe bezahlen die Mitglieder das betreffende Bild teurer als in einem realen Geschäft, das ist der Verdienst der Verkäufer. Teils ist unsern Funktionären auch ein Teil des Gewinnes versprochen worden. Auch wird nach der Methode gearbeitet, daß der Reisende erklärt, er komme direkt vom Vorsitzenden der selber keine Zeit habe, mitzugehen, aber bestimmt habe, daß ein anderer an dessen Stelle die Mitglieder mit besuchen solle. Das Parteimitgliedsbuch wird stets vorgezeigt.

Wir ersuchen Funktionäre und Mitglieder, die Reisenden abzuweisen, ihnen die Empfehlungsschreiben sofort abzunehmen und zur Prüfung in das Parteisekretariat einzuschicken. „Legitimationen“ mit Unterschriften oder Stempeln von Gewerkschaften sind sofort dem Arbeitersekretariat zu übermitteln.

Da uns eine ganze Reihe Anfragen von auswärtig übermittelte sind, bitten wir die auswärtige Arbeiterpresse, diese Warnung den Parteigenossen zugänglich zu machen.

J. A.: Parteisekretariat Leipzig.

Vom Bezirksausschuß.

In der letzten öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Leipzig wurde das Regulative über die Aufbringung der Quartier- und Naturalleistungen in der Gemeinde Reichenbach bedingungsweise genehmigt. Das Ortsgesetz über das Offenhalten der Schaufenster an Sonn-, Fest- und Ruhetagen in Paunsdorf wurde bestritten. Ebenso die Beschwehelsabgabenordnung für Dreiskau. Die Einquartierungsordnung und der VII. Nachtrag zum Ortsstatut für die Gemeinde Seebenisch, sowie die Ortsbeschlüsse über die Pensionberechtigung der Gemeindebeamten und ihrer Hinterbliebenen in Panitzsch und Kleinmiltitz wurden genehmigt. Die Aenderung des Bedarfsplanes Sommerfeld Süd-Ost wurde gutgeheißen. Das Gesetz der Firma Hermann Frenkel in Ritzkau um Genehmigung zur Errichtung einer Lackfabrik wurde unter Vorbehalt genehmigt. Gegen das Gesetz von Zitta in Weinaundorf um Genehmigung zur Errichtung einer Schweißschlößerei wurde kein Widerspruch erhoben. Dem Gesetz der Thüringer Gasgesellschaft um Genehmigung zur Verlegung der Ammoniakgewinnungsanlage in der Gasanstalt zu Bühlis-Chrenberg wurde entsprochen. Bedingungsweise genehmigt wurde das Gesetz des Schmiedemeisters Kunze in Thella um Genehmigung zur Aufstellung eines Federkrasthammers. Die Bekanntmachung über das Verbot, auf öffentlichen Straßen und Plätzen Flaschen wegzuworfen, soll erneuert werden. Der VII. Nachtrag zur Sparkassenordnung der Gemeinde Schönefeld und der I. Nachtrag zur Ordnung für die Gemeindeverbandsparisse Markleeberg wurden genehmigt. Der Bedarfsplan B für Paunsdorf und die dazu gehörigen Bauvorschriften wurden bestritten. Dem Gesuche der Firma Meier & Weichert in Großschöcher-Windorf um Genehmigung zur Errichtung von Sicherungsneubauten wurde entsprochen. Der Abtrennung von Grundstücken in Bühlis, Naalsdorf, Seebenisch, Großwiederitzsch und Mookau wird zugestimmt. — Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Paunsdorf. Ein Mordling. Heute früh 1/7 Uhr wurde der Lehrling Schindler von hier am Schönefelder Wege von einem etwa 40jährigen großen kräftigen Manne vom Fahrrad gestoßen und dabei an Armen und Beinen derart verletzt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Nathanscheinung. Heute nachmittag findet die offizielle Einweihung des Rathauses statt. Für den Abend hat die Gemeindeverwaltung einen Komers für die Einwohnerchaft im Alten Rathaus veranstaltet. Morgen Sonntag von 1/11 bis 1/11 Uhr ist das Verwaltungsgebäude für die Beschäftigten freigegeben.

Mookau. Vermist wird der Mechaniker Oswald Paul Kögler, geboren am 4. Februar 1881 in Poldnitz, Kreis Waldenburg. Er hat sich am 28. Februar 1912 von seiner in Mookau wohnenden Familie entfernt, ohne bis jetzt etwas von sich hören zu lassen. Mitteilungen über den Aufenthalt Köglers werden an den Gemeindevorstand in Mookau erbeten.

Für unsere Frauen.

Das Frauenstimmrecht in Newyork.

Am 19. März hatten die Staatssenate von Newyork und Newjersey — die ebenso wie die „untere“ Kammer aus direkter Wahlen hervorgegangen — „Oberhäuser“ der Staatsparlamente — über Frauenstimmrechtsvorlagen zu befinden, und wie zu erwarten war, ist die Entscheidung in beiden mittelatlantischen Industriestaten gegen das Stimmrecht der Frau ausgefallen. Dennoch hatte der 19. März bei näherer Prüfung der Umstände dieser Entscheidungen nichts Entmutigendes für die Freunde des Frauenwahlrechts, wenn auch die insbesondere von den bürgerlichen „Suffragisten“ gehegte Hoffnung, nach ihrem überraschenden Erfolg in Kalifornien nun den Staat Newyork, den „Empire State“ der Union im Sturm nehmen zu können, unerfüllt geblieben ist. Im Newjersey Senat wurde die Frauenstimmrechtsvorlage mit 17 gegen 3 Stimmen abgelehnt, im Newyorker Senat dagegen blieben die einem gleichen Entwurf günstigen Gesetze gegenüber dem reaktionären Element nur mit 19 gegen 21 Stimmen in der Minderheit, und der Senatsbeschluß läßt hier die Möglichkeit offen, daß bereits die nächste Session sich wieder mit dem Frauenstimmrecht zu beschäftigen hat. In diesem Falle sind die Frauen ihres endgültigen Triumphs auch im „Empire State“ beinahe gewiß, hat sich doch die Assemblée — das Unterhaus — bereits mit beträchtlicher Mehrheit für ihre Sache entschieden. Jedenfalls sind sie dem Siege im Staate Newyork noch nie so nahe gekommen, wie am 19. März, trotzdem die Berufspolitiker beider bürgerlicher Parteiorganisationen — der sogenannten politischen „Maschinen“ — von der Verleihung des Wahlrechts an 1/2 Millionen weiblicher Bürger durchaus nichts wissen wollten. „Jetzt noch“, halluzinierte Senator McClelland, „höre ich das Zerklirren des Fensterglases unter den Hammerschlägen der saufen Suffragetten auf der andern Seite des Ozeans.“ Diese dumme Bemerkung konnte nur die wohlüberlegte Taktik der amerikanischen „Suffragetten“ unterstreichen, die sich von den sporadischen revolutionären Feteien ihrer Londoner Schwestern glücklich ferngehalten haben.

Bei manchen europäischen „Amerika-Kennern“ steht die Legende von der bevorzugten Stellung der amerikanischen Frau noch ebenso hoch in Ehren, wie etwa die Fabel von den billigen Lebensmitteln und den kolossalen Arbeiterlöhnen in der amerikanischen Autokratie-Republik. Aber bei sonst besser unterrichteten Leuten in Amerika selber glaubt man vielfach, die Gesetzgebung des Staates Newyork, dieses wirtschaftlich-kulturell entwickeltesten Staates der Union, werde auch den Frauen in besonders hohem Maße gerecht. Tatsächlich ist auch die Newyorker Frau nicht nur in bezug auf politische Rechte, sondern ebenso in manchen andern rechtlichen Beziehungen um nicht besser daran, als der Rest der weiblichen Kulturmenschenheit. Von der in jedem europäischen Kulturstaat unerhörten Recht- und Schutzlosigkeit weiblicher Arbeiter in Fabriktrieben — man denke der hundert und mehr Opfer des „Triangle“-Brandes! — von ihrer un-

menschlischen Ausbeutung, ihrer gewohnheitsmäßigen Mißhandlung in Streitfällen, der hartenweiligen Kurteilung weiblicher Streikposten zu langen Arbeitshaus-Terminen etc. soll hier nicht weiter die Rede sein; denn darüber haben die Reifstreichs weiblicher Arbeiter, die Newyork in den letzten Jahren erlebt hat, vor aller Welt Aufklärung verbreitet, so daß selbst bürgerlich gefinnte amerikanische Gewerkschaftsjahrer sich heutzutage mehr als noch vor einigen Jahren hüten müssen, den europäischen Arbeiter Hymnen auf die Sternendanner-Republik vorzutragen, wo eine politische Arbeiterbewegung überflüssig sei. Aber nicht nur als Arbeiterin, auch als Weib schlechthin ist die so glücklich gepriesene Newyorker Frau schlimmer unterdrückt, als die Gegner ihrer politischen Gleichberechtigung wahrhaben wollen. Eine Newyorker Anwältin, Frau Johnston Wood, hat dies vor nicht langer Zeit in einer Schrift, deren Inhalt in der Tagespresse wiedergegeben wurde, im einzelnen nachgewiesen. Für Ehefrauen gilt beispielsweise noch immer die gesetzliche Bestimmung, daß ihre häuslichen Arbeitsleistungen dem Manne in jedem Falle unbezahlt gehören, so daß die Frau eines Tunichtguts, wenn sie sich und ihre Kinder ehrlich ernähren will, dies nicht etwa durch Aufnahme von Kostgängern oder irgendwelche Heimarbeit bewirken kann — sie muß vielmehr ihr Geld außerhalb des Hauses erwerben, wenn der Verdienst ihr gehören soll. Vereinarbte Ansprüche der Frau auf Bezahlung gewisser Arbeiten durch den Ehemann sind nicht einklagbar, wohl aber kann der Mann ähnliche Ansprüche an die Frau, wenn diese etwa Inhaberin eines Geschäfts ist, dem er seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, gerichtliche einklagen, da ein derartiger Kontrakt vom Gesetze als bindend anerkannt wird. Gut, das beide Eheleute durch gemeinsame Arbeit erworben haben, gehört dem Manne. Im Todesfalle einer Frau, die kein Testament gemacht und keine direkten Nachkommen hinterlassen hat, fällt ihr ganzes Vermögen an den Mann — im umgekehrten Falle erhält die Frau nur ein Drittel der Hinterlassenschaft. Noch standalöser ist das Newyorker „Recht“ aber in der Verteilung elterlicher Ansprüche. Die Frau, die sich von ihrem Manne gerichtlich trennen (nicht scheiden) ließ, muß ihre Kinder fahren lassen — das Gesetz erkennt dem Manne in solchem Falle das Vorrrecht auf die Kinder an. Sogar der geschiedene und für schuldig befundene Mann behält unter gewissen Bedingungen die Kinder — die Frau unter umgekehrten Umständen aber hat nicht einmal das Recht, die Kinder, die sie unterm Herzen getragen, je wiederzusehen.

Das sind die Zustände, für die die McClellands schwärmen, die bekümmert das ganze deutsch-amerikanische Philistertum hinter sich haben!

Soziale Rundschau.

Die Mutterschaftversicherung in Italien.

I. e. Am 6. April ist endlich das Gesetz über die obligatorische Mutterschaftsversicherung der Fabrikarbeiterinnen in Kraft getreten. Das Gesetz macht es jeder industriellen Arbeiterin zwischen dem 15. und dem 50. Lebensjahre zur Pflicht, sich bei der Mutterschafts-kasse zu versichern. Die jährliche Versicherungsquote beträgt für die Arbeiterinnen unter 20 Jahren 1 Lire und für das Alter von 20 bis 50 Jahre 2 Lire. Die Hälfte des Beitrags hat der Unternehmer zu tragen, der auch für die Zahlungen der Arbeiterinnen verantwortlich ist und diese in zwei Jahresraten einbehalten kann. Bei jeder Entbindung oder Fehlgeburt hat die Arbeiterin das Recht auf eine in zwei Malen zahlbare Unterstützung von 40 Lire. Als ein großer Fehler des Gesetzes ist es anzusehen, daß die Unterstützung erst nach erfolgter Entbindung gewährt wird, während die Arbeiterin ihrer gerade bedarf, um die Anschaffungen für die Geburt zu machen. Im Falle des Todes der Wöchnerin fällt die Unterstützung dem Kinde zu; wenn Kind und Mutter sterben, bleibt die Unterstützung den Angehörigen, die beweisen können, daß sie der Mutter beigegeben haben. Die Unterstützung ist nicht pflanzbar, und jede Abmahlung, die darauf hinausgeht, sie der Arbeiterin vorzuenthalten, ist unglücklich. Das Gesetz macht keinen Unterschied zwischen ehelicher und unehelicher Mutterschaft.

Auf dieses Gesetz, das kümmerlich genug ist, hat die italienische Arbeiterschaft fast 10 Jahre warten müssen. Als sein größter Fehler ist die Nichtberücksichtigung der Landarbeiterinnen zu betrachten, für die die Versicherung nur fakultativ ist. Durch Staats-zuschuß wird die Unterstützung, die im Entwurf nur 30 Lire betrug, auf 40 Lire erhöht.

Bermischtes.

Königlich preussische Steuerfreiheit. An der Ruhr liegt ein hübscher Ausflugsort Blankenstein, das Ziel vieler Städler aus dem Industriebezirk, die einmal freie Luft schöpfen wollen. Am Fuße der Burg steht ein kleines Wäldchen, nur etwa fünf Fuß breit. Es ist mit nicht allzu großer Mühe zu überspringen. Ueber das Wäldchen führt jedoch auch ein kleiner Steg, um es leichter passieren zu können. Das ist schon seit langer Zeit so. Aber das Steglein zu passieren kostet Geld, 2 Pf. Ein Mann ist dort postiert, der von jedem Passanten des Stegs 2 Pf. einfordert. Und das ist auch schon seit langer Zeit so. Denn an einem Baume neben dem Steg haftet eine preussische Regierungsverordnung, aus dem Jahre 1852, durch die die Erhebung der Passergebühr angeordnet wird. Jeder Passant legt interessiert die Regierungsverordnung von 1852 und sein Interesse wächst, wenn er ganz am Schluß steht, daß diese Verfügung im Jahre 1903 eine Ergänzung erfahren hat. Denn aus dem Jahre 1903 datiert die Ergänzung, daß der preussische König und die Mitglieder des königlichen Hauses von der Entrichtung der 2 Pf. Wegengebühr befreit sind. Das will heißen, daß endlich nach 51 Jahren ein gewissenhafter Regierungsmann das dem König und seinem Hause zugesagte Unrecht entdeckt und wieder gutgemacht hat. Wie konnte man aber auch im Jahre 1852 so leichtfertig sein, und die Steuerfreiheit des Königs bei der Einführung eines Stegvolles von 2 Pf. pro Person vergessen? Wenn der preussische König im Verlaufe der Zeit einmal das Blankenstein besucht und diesen Posten passiert hätte, wären ihm 2 Pf. Wegzoll abgenommen und damit sein vertriebes Recht der Steuerfreiheit in größtlicher Weise verletzt worden. Unerhört, so etwas nur anzudeuten in Preußen.

Unsere braune Freundin in Weiß:

Jasminatz!

Elmas-Cigarette

3 Pfg. 4 Pfg. 5 Pfg. par Stück

Elmas ganz Exquisites in Qualität und Aroma!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. April.

Geschichtskalender. 20. April 1822: Der Chirurg Karl Thiersch in München geboren († 1895). 1832: Der Mediziner Ernst v. Leyden in Danzig geboren († 1910). 1860: Der Komponist Karl Löwe in Kiel gestorben (* 1796). 1882: Der Pädagog Rudolf Ziller in Leipzig gestorben (* 1817).

Sonnenaufgang: 4,54, Sonnenuntergang: 7,5. Mondaufgang: 5,58 vorm., Monduntergang: 11,40 nachm.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 21. April.

Nordostwind, meist heiter, Temperatur wenig geändert, vorwiegend trocken.

Scharfmacher im Holzgewerbe und Malzeier.

Wo eine Klassenbewusste Arbeiterschaft vorhanden ist, da werden jetzt die Vorbereitungen für eine wirksame Malzeierdemonstration geschaffen. Aber auch die Unternehmer — rüsten zur Malzeier. Je mehr die Arbeiter das Bestreben haben, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und damit der Feier das würdigste Gepräge zu geben, um so mehr verzweifelt das Unternehmertum die Arbeiter einzuschüchtern und sie von der Feier fernzuhalten.

Den Mitgliedern des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Deutsche Holzgewerbe ging jetzt dieses Zirkular zu:

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Den verehrlichen Mitgliedern unseres Verbandes bringen wir hiermit in Erinnerung, daß nach dem Beschlusse der Generalversammlung zu Dresden

jeder Arbeiter, der am 1. Mai feiert, zu entlassen ist und vor Montag, den 6. Mai, nicht wieder eingestellt werden darf.

Da aus tatsächlichen Gründen für dieses Jahr die sonst üblichen Plakate nicht zum Ausdang gebracht werden, hat jeder Arbeitgeber die Pflicht, entweder persönlich oder durch Beauftragte spätestens am 30. April die Arbeiter seines Betriebes in Kenntnis zu setzen, daß eine etwaige Verweigerung der Arbeit am 1. Mai mit Entlassung geahndet wird.

Vom Donnerstag, den 2., bis Sonntag, den 4. Mai, ist jede Einstellung neuer Arbeiter zu vermeiden.

Der Bezirksvorstand.

Hermann Thurner, Vorsitzender.

Noch jedes Jahr haben die Unternehmer die Drohung ausgesprochen, die auch das diesjährige Zirkular enthält. Das hat aber die Arbeiter nicht abgehalten, trotzdem für die Durchführung der Arbeitsruhe zu wirken. Im vorigen Jahre saßen die Holzarbeiter auf die Drohung der Unternehmer den Beschluß: In den Werkstätten, wo drei Viertel der Kollegen organisiert und zwei Drittel der Mitglieder für die Arbeitsruhe stimmen, sind die Verbändemitglieder verpflichtet, die Arbeit ruhen zu lassen. Und in diesem Jahre werden die Holzarbeiter kaum anders handeln.

Sollen Arbeiter Stenographie lernen?

In Nr. 88 der Leipziger Volkszeitung hat ein Genosse vom Arbeiter-Stenographenverein Vorwärts, Leipzig, auf den Artikel „Sollen Arbeiter Stenographie lernen?“ in Nr. 84 des Blattes entgegnet. Der mir unbekannt Genosse hat aus diesem Artikel herausgelesen, daß ich der Ansicht wäre, daß die Stenographie überhaupt nicht von Nutzen für die Arbeiter wäre, und hat demgegenüber seine Meinung dahingehend geltend gemacht, daß ein jeder Arbeiter Stenographieren lernen müsse, da Stenographie für jeden Arbeiter — ohne Ausnahme — von Nutzen sei. Denn das bedeutet doch Ihr glattes „Ja!“

Wie wird nun aber der Beweis für diese Ansicht erbracht? Da haben nun zwei Genossen aus dem Arbeiter-Stenographenverein Vorwärts kürzlich das „Glück“ gehabt, in einem Kontor Anstellung zu erlangen. Also ist die von mir geäußerte Ansicht, daß die Stenographie allein den Kaufmann nicht mache, sondern daß dazu noch andere Kenntnisse gehören, widerlegt und bewiesen, daß man mit Erlernen der Stenographie Anwartschaft auf eine Kontorstelle habe. Der Genosse vom Stenographenverein hat aber wohl selbst gefunden, daß der Beweis ziemlich anfechtbar ist. Um ihn gangbarer zu machen, mußte er schon meine Worte, der Arbeiter solle sich keinen Illusionen hingeben, so deuten, als ob ich meinte, der Arbeiter hätte überhaupt keine Aussichten. Diese Deutung ist zwar etwas gewaltsam, aber immerhin, nun hatte der Beweis doch Hand und Fuß: Genosse C. sagt, es ist unmöglich, daß ein Arbeiter in einem Kontor angestellt wird; zwei Arbeiter sind aber angestellt worden, also hat Genosse C. unrecht.

Hinterher ist dem Genossen dann natürlich eingefallen, daß jene Genossen nicht nur auf Grund ihrer stenographischen Kenntnisse angestellt wurden, daß man außerdem in den Geschäftsbetrieben Bewerber bevorzugt, die sich von vornherein auf den Beruf vorbereitet haben, daß sowieso schon ein Ueberangebot in diesen Berufen besteht und noch mehr. Darum schrieb er: Zwar wird sich nicht jedem dieser Weg öffnen... Mit dem Beweis, daß die Stenographie jedem Arbeiter nütze, ist es also bis jetzt nicht.

Ist also der direkte Nutzen der Stenographie für den Arbeiter nicht zu beweisen, so doch vielleicht der indirekte. Sehen wir nun zu, wie der Stenographiebegeisterte Genosse das unternimmt. Sein erstes Argument ist: „Die Stenographie ist ein notwendiger Bestandteil der allgemeinen Bildung.“ Der Genosse muß aber schon erlauben, daß ich diesen Satz als eine Phrase ohne jeden realen Untergrund bezeichne, die rein gar nichts beweist. Und nun sein zweites Argument: „Die Stenographie ist ein ausgezeichnetes Hilfsmittel zur Erwerbung anderer Kenntnisse.“ Aber inwiefern ist die Erwerbung anderer Kenntnisse, und welcher Kenntnisse, erleichtert, das sagt er uns nicht. Vielleicht aber meint er, derjenige, der z. B. die Vorträge des Arbeiterbildungsinstituts stenographisch nachschreibt, lerne mehr als der Kurrentschreiber. Nun ist aber allgemein bekannt, daß der Stenograph in den Fehler verfallen muß, mechanisch nachzuschreiben, während der Kurrentschreiber das Gehörte durchdenken muß, ehe er es zu Papier bringt, da er eben nur das Wichtigste, nicht alles, nachschreiben kann. Unser Stenographiefreund empfiehlt nun den Teilnehmern der Parteischule, zu stenographieren. Ich rate ihnen dringend davon ab, und verweise sie auf die Methode, die in der Studentenschule beim Nachschreiben des Kollegen fast allgemein üblich ist, nur das Wichtigste in Stichworten und prägnanten Sätzen überflüchtig in Kurrentschrift unter Freilassung eines weissen Randes von halber Breite des Textes — der beim Durcharbeiten zu Bemerkungen dient — zu Papier zu bringen, also den Vortrag gewissermaßen zu skizzieren. Ich weiß aus eigener Erfahrung — nicht vom Hörensagen, wie der Genosse vom Arbeiter-Stenographenverein — daß die übergroße Mehrzahl der Studenten, die überhaupt stenographieren können (und das sind gar nicht so viele), die Kollegen kurrent, und nicht stenographisch nachschreibt. Das zweite Argument war also auch nicht gerade durchschlagend.

Als drittes Beweismittel führt er nun ins Feld, daß bei Erlernen der Stenographie der Arbeiter im allgemeinen geistig wache, seine Rechtschreibung, seinen Stil verbessere. Ich habe das bei meiner Lehrtätigkeit nicht bemerkt, da ich aber nicht über eine

10jährige Lehrtätigkeit zurückblicken kann wie der Genosse vom Verein Vorwärts, so will ich hier nicht gegen ihn streiten. Inbesseren tritt diese Nebenwirkung nicht nur beim Erlernen der Stenographie auf. Wenn ein Arbeiter z. B. Mehrjähres Geschichte der Sozialdemokratie durcharbeitet, wird er entschieden auch seine Rechtschreibung, seinen Stil verbessern, wird er auch im allgemeinen geistig wachen. Das Lesen des Mehrjähres Werkes hat aber für jeden Arbeiter großen Nutzen, während sich unter Stenographiebegeisterten Freund bisher vergeblich abmüht, den Augen, den die Stenographie jedem Arbeiter bringen soll, nachzuweisen. Ob überdies der Erfolg der Unterrichtskurse des Arbeiterbildungsinstituts größer wird, wenn alle Teilnehmer vorher stenographieren lernen, oder wenn sie alle vorher die Mehrjähres Geschichte durcharbeiten, diese Rechnung brauche ich wohl nicht erst anzumachen. Mit dem dritten Argument war es also auch nicht weit her.

Nun noch einige Worte über den Systemkampf. Gewiß, es muß rühmend hervorgehoben werden, daß gerade der Arbeiter-Stenographenverein Vorwärts-Leipzig Verdienste auf dem Gebiet der inter-systemalen Verständigung hat. Ich habe mich ja auch gar nicht gegen diesen Verein wenden wollen, wie der Verfasser der Entgegnung anzunehmen scheint. Dieser Verein ist doch nicht allein auf der Welt! Sonnabend, den 18. April 1912, erschien in der Volkszeitung ein Zirkular vom Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund, Ortsgruppe Leipzig, das einen Kursus in Martenstädt ankündigt; Unterricht gratis. Wo ist da die inter-systemale Verständigung? Und gibt es in Deutschland nicht noch andere Arbeiter-Stenographen-Bünde und -Vereine der verschiedensten Systeme, die sich Konkurrenz machen? Und wo war die inter-systemale Verständigung auf dem Berliner Kongress vom 7. u. 8. April d. J., auf dem am zweiten Tag die erregten Gemüter aufeinanderprallten, so daß der Kongress in Unfrieden auseinanderging? Das Hamburger Echo, in dem ich den ausführlichsten Bericht über den Kongress gefunden habe, schreibt dazu in Nr. 86: „So sind denn Zeit und Geld unnütz verwendet. Nach wie vor stehen sich Arbeiter eines Schriftsystems halber feindselig gegenüber.“ Wo also war da die inter-systemale Verständigung?

Nach alledem ist das glatte „Ja!“ auf die Frage: „Sollen Arbeiter Stenographie lernen?“ doch wohl nicht so selbstverständlich. Ich übrige aber ist mir nicht eingefallen, diese Frage strikt mit „Nein!“ zu beantworten, was der Genosse aus meinem Aufsatz herausgelesen haben will. Ich habe nur ausgedrückt, daß diese Frage wohl überlegt werden muß. Und das muß sie auch — wie die fassen, wenn vielleicht auch „modernen“ Anschauungen des Verfassers der Entgegnung beweisen.

Vom Kreisaußschuß.

In der öffentlichen Sitzung des Kreisaußschusses, die am Freitag stattfand, wurde beschlossen: Dem Gesuch des Gastwirts Bernhard Pöppich in Boitzsch um Erlaubnis zur Abhaltung öffentlicher Tanzmüll an außerreguliertem Sonntagen die Genehmigung zu verweigern. Das Gesuch des Schankwirts Friedr. Jul. Kunze in L.-C. u. r. i. g. um Erlaubnis zur Abhaltung öffentlicher Tanzmüll an allen Sonn- und Montagen in seiner Wirtschaft Gosenstraße wurde genehmigt, ebenso das Gesuch des Direktors einer Schauspielschule Bruno Tuerkman hier, um Erlaubnis zum Betriebe des Gewerbes als Schauspielunternehmer, sowie das Gesuch der Ella Porta genannt Alexander aus Schönberg um Erlaubnis zum Betriebe des Gewerbes als Schauspielunternehmerin und ein gleiches Gesuch des Schauspielers Johann Dietrich genannt Schwarzer in Chemnitz. Als stellvertretendes dritteljähriges Mitglied der verstärkten Ertragkommission wird Stadtrat Hecker gewählt. Zwischen dem Stadtorordneten und dem Stadtrat von Grimma sind Meinungsverschiedenheiten über die etwa 280000 Mk. betragende Karl-Friedrich-Kabe-Stiftung in Grimma entstanden. Der Testamentsvollstrecker hatte unter Zustimmung des Stadtrats vorgeschlagen, ein Drittel der Zinsen von je 130000 Mk. solange zum Kapital zu schlagen, bis dieses auf je 1000000 Mk. angewachsen sei. Die übrigen zwei Drittel der Zinsen sollten nach den Bestimmungen des Testaments im Interesse der Gemeinde und der Armenkasse verwendet werden. Die Stadtorordneten haben der Ausführung der Zinsen widersprochen, weil etwa 180 Jahre gebraucht werden, bevor das Kapital auf diese Weise von 130000 Mk. auf 1000000 Mk. angewachsen ist. Der Kreisaußschuß entschied im Sinne des Stadtrats. — Die Stadt Leipzig will zur Errichtung eines Bades ein Darlehn in Höhe von 1250000 Mk. bei der Landesversicherungsanstalt Rönitzsch Sachsen aufnehmen. Der Kreisaußschuß hatte keine Bedenken dagegen zu erheben. Die Auffstellung eines Elektromotors und einer Bandsäge durch den Baumelster Oswald Wachs in Roswein und das Gesuch des Theaterdirektors Anatol Kember aus Berlin um Erlaubnis zum Betriebe des Gewerbes als Schauspielunternehmer wurden genehmigt. Die Gesuche der Gastwirte Hanns und Mihlberg in Großbothen um Genehmigung weiterer Tanztage im Sommerhalbjahr jedes Jahres werden abgelehnt. Dem Antrag des Stadtrats zu W r z e n, auf weitere Ausdehnung der in § 4 der Verordnung vom 8. Dezember 1910 festgesetzten regelmäßigen Tanztage, stimmt der Kreisaußschuß aus prinzipiellen Bedenken nicht zu. Es folgte eine geheime Sitzung.

Und in den Armen liegen sich beide — Sie haben sich geübt und gefunden, die Herren Limanleben mit seinen Nachbarn und die Schornalisten des Herrn Kürsten. Gesucht und gefunden zu dem edlen Zweck des gemeinsamen Schmorrens. Gemeinschaftlich werden diese Herrschaften nun fürderhin den Beutezug auf die Taschen derjenigen unternehmen, die nicht alle werden. Noch bis vor wenigen Tagen standen sich die jetzt Vereinten als feindselige Brüder gegenüber. Der Verleger des Tagesblatts versendete an alle Wohlgeborenen und Hochwohlgeborenen ein Zirkular, in dem zu lesen war, daß die Kriegsluftfahrzeuge Leipzig I und Leipzig II „nur von der von den Lesern des Leipziger Tagesblattes gesammelten Spende gekauft werden“. Das war am 11. April. Da wurde den Angeschornorten noch erzählt, daß „die hohe Begeisterung der nationalen Leser des Leipziger Tagesblattes in Wort und Bild“ festgehalten werden sollte. In einem Gedekbuch sollten Abbildungen der Luftfahrzeuge nebst ihrer Beschreibung vermerkt werden und die Namen der Spender handschriftlich eingetragen werden, um dann an Wilhelm II., Friedrich August und den Rat der Stadt Leipzig weiterzugeben zu werden. Limanleben aber sprach davon, daß nur von der von den Lesern der Nachrichten gesammelten Spende die Luftfahrzeuge gekauft würden. Zum Gaudium der Uninteressierten und kühl beiseite setzenden. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, haben sie sich nun vereinigt. Zerfallen ist damit der Traum von der in Wort und Bild festgehaltenen „hohen Begeisterung der nationalen Leser des Tagesblattes“. Diese müssen nun ihre nationale Begeisterung gemeinsam zum Ausdruck bringen mit den Spendern von der Nachrichtenseite. Das wird ein Bild zum Schreiben. Im Hintergrunde Limanleben, die Hände segnend über Herfurth und Kürsten haltend, davor die nationale Meute, und unten ist zu lesen: Gesucht und gefunden. Und nun noch einen Rat. Um dem geplagten Kriegsministerium weiteres Nachdenken zu ersparen, schlagen wir vor, die drei ersten Luftfahrzeuge zu kaufen: 1. Limanleben,

2. Herfurthleben, 3. Kürstenleben. Sobald das Geld für das vierte Luftschiff zusammen ist, werden wir uns erlauben, noch einen gleichwertigen Vorschlag zu machen.

Der Zukunftsstaat. Zu unserer gestrigen Notiz über den Literaturschmuck haben wir nachzutragen, daß der Titel des ebenen Nachwerks von Barth nicht Literaturschmuck, sondern Zukunftsstaat heißt. Die Leser mögen dies doch berücksichtigen.

Ein Bureaufrauenthücheln! Man schreibt uns: Letzten Dienstag Mittag 12 Uhr stürzte im Johannaapart an der Lutherstraße, ein Bäckerelehrling mit seinem Rade und erlitt einen Unterarmbruch. Als Anwesende war ich einer der ersten zur Stelle und hob den Verunglückten auf. Kurz darauf erschien ein Schuttmann. Ich schlug diesem vor, den Verunglückten doch in die 2 Minuten entfernte Klinik von Dr. Buchbinder (Weststr.) zu schaffen, was dieser mit den Worten ablehnte: „Er muß erst auf die Wache.“ Gesagt, getan! Der verunglückte Mensch mußte den Weg zur Wache bis an die Ecke Hauptmann- und Plagwitz Straße zurücklegen. 12,20 Uhr kam er dort an. Offenbar wurde von der Polizeiwache die Sanitätswache antelephoniert, denn nach einer Viertelstunde betrat ein Sanitätsgehilfe die Wache und legte dem Verunglückten einen Notverband an. 1/4 Uhr betrat dann der Verunglückte und der Gehilfe die Straße. Auf meine Frage: Wo es nun hingehet, sagte man mir: zu Dr. Schmidt, Weststr. Also nach Plagwitz (Dr. Schmidt, Plagwitz bis 1 Uhr, Dr. Schmidt, Weststr., bis 1/2 Uhr Sprechzeit), denn es wurde die Wegrichtung Plagwitz eingeschlagen. Weil dem Schwächezustand des Verunglückten wäre sicher eine halbe Stunde vergangen. Ich machte darum wieder den Vorschlag, ihn doch zu Dr. Buchbinder zu schaffen (von 11—1 Uhr Sprechzeit). Mein Vorschlag wurde vom Sanitätsgehilfen, der sehr verständig war, angenommen. Also jetzt war eine Stunde vergangen und der arme Mensch wurde nun doch noch zu Dr. Buchbinder geschafft. Hätte man ihn gleich hingeschafft, so wäre er um 12 Uhr dort gewesen und es wäre eine Stunde Zeit gewonnen worden, es muß aber nach den Vorschriften gehen, auch wenn die Verunglückten darunter leiden.

Anzulässiger Schuß vor Arbeiterunfällen. Am 20. Juli v. J. war in der Zuckerraffinerie der Gebrüder Knaus & Co. in Leipzig die Arbeiterin Emma L. in einen Kessel mit siedendem Zucker gestürzt. Sie zog sich dadurch schwere Brandwunden an den Händen und einem Arm zu. Das Landgericht Leipzig hat daraufhin am 20. Dezember v. J. die Inhaber der Raffinerie Max Theodor und Alfred Emil K. wegen fahrlässiger Körperverletzung zu je 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die K. war nämlich aus dem Keller, wo sie arbeitete, in die Kessel gekommen, um Trinkwasser für eine Kollegin zu holen. Auf dem Wege zur Wasserleitung mußte sie zwischen zwei ganz tiefliegenden Kesselstufen vorbei. Infolge ihrer Kurzsichtigkeit stürzte sie in den einen Kessel hinein. Jedoch ist den beiden Inhabern die Hauptschuld an dem Unglück zugeschrieben worden, da diese es unterlassen hatten, die Kessel zu gedeckeln oder ein festes Geländer anzubringen. Deshalb ist ihnen ein Vergehen gegen § 112 des Unfallversicherungsgesetzes und namentlich gegen § 11 der Unfallverhütungsvorschriften der Nahrungsmittelindustrie-Versicherungsgesellschaft zur Last gelegt. Gegen dieses Urteil hatten beide Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht verurteilt jedoch die Revision beider als unbegründet. Daraus, daß nach dem Unglück die Kessel besser abgedeckt worden sind, geht doch klar hervor, daß ein besseres Abdecken wohl vereinbar war mit der Arbeitsweise.

Der Militarismus überm Herrgott. Die gestrigen Leipziger Neuesten enthalten folgende Notiz:

Der Soldat Karl Hach, der bei einem Württembergischen Infanterieregiment steht, hat schon wiederholt den Passendienst am Sonntag als dem Sabbat verweigert und ist bereits mit 48 Tagen Festungshaft, das zweite Mal mit drei Wochen strengem Arrest bestraft worden. Jetzt hatte er sich neuerdings vor dem Divisionsgericht wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft zu verantworten. Er erklärte, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen, und auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß in der Bibel auch stehet, daß man der von Gott eingesetzten Obrigkeit zu gehorchen verpflichtet sei, erwiderte er, Gott stehe über der Obrigkeit, und diese habe sich seinem Befehle zu fügen. Das Gericht verurteilte Hach zu vier Monaten Gefängnis.

Ob der fromme Soldat in den vier Monaten seiner Straffhaft hinter das Geheimnis kommt, warum der Militarismus überm Herrgott steht?

Die elektrische Bahn von Leipzig nach Magdeburg. Auf der Strecke Magdeburg—Halle—Leipzig sind jetzt die Arbeiten für die Elektrifizierung des Betriebes in Angriff genommen worden. Von der Eisenbahndirektion Halle sind fast alle Aufträge, die mit dem Bau zusammenhängen, bereits vergeben worden. Die Bahn verläuft genau in der Richtung der bisherigen Gleise. Während man ursprünglich die Absicht hatte, den Betrieb im Jahre 1913 zu eröffnen, zeigt sich jetzt, daß diese kaum vor 1914 möglich sein wird. — Die Strecke Magdeburg—Halle—Leipzig ist sowohl im Personennahverkehr als im Güterverkehr eine der frequentiertesten des gesamten preussisch-hessischen Staatsbahnnetzes und spielt auch im Verkehr mit Berlin eine bedeutende Rolle.

Die Eröffnung des Hauptbahnhofes. Am 1. Mai wird, wie wir schon früher mitteilten, der Preussische Thüringer Bahnhof nach Ankunft des Zuges von Saalfeld—Gera 1 Uhr nachts geschlossen. Der gesamte Personenzugverkehr nach und von Frankfurt—Erfurt—Corbetha—Leipzig und Nürnberg—Saalfeld—Gera—Leipzig erfolgt von diesem Tage ab vom Neuen Hauptbahnhofe.

Anzulässiger Heilmittelanpreisung. Das Verbandshaus Minerva in Deutzen D.-S. empfiehlt in einer hiesigen Zeitung Frauen bei Erkrankungen sein ärztlich begutachtetes Mittel und verpricht bei dessen Gebrauch gute Wirkung schon nach Stunden. Weiter wird in einer hiesigen Zeitung Apotheker W. Ulrichs Valerianwein angepriesen und behauptet, daß Schlaflosigkeit, Nervosität und Magenkrämpfe beim regelmäßigen Gebrauch dieses Mittels fernbleiben. Nach Sachverständigen-Urteilen ist das Mittel nicht geeignet, das Auftreten der genannten Leiden zu verhindern. Die beiden Anzeigen verstoßen somit gegen die sächsischen Ministerialbekanntmachung vom 14. Juli 1903.

Johnston's Unterergang. Das sehr rührige Unternehmen, Hugo Haase Aktien-Gesellschaft, das auf dem Westplatz schon mit einer Elektr.-S-Bahn, Berg- und Talbahn usw. vertreten ist, ist gestern abend mit einer neuen Schwindelnummer vor das die Messe besuchende Publikum getreten. Johnston's Unterergang betitelt sich das neuingerichtete Theater, das durch elektrische Szenerie eine getreue Wiedergabe des gewaltigen Unglücks bringt, durch das die amerikanische Industriestadt Johnston, das „amerikanische Essen“, am 21. Mai 1880 zerstört wurde. Ein Wunder der Technik ist bei der Eröffnung diese neue Schaustellung genannt worden, und es ist damit nicht zuviel gesagt worden. Jedenfalls kann der Besuch dieses neuen Unternehmens warm empfohlen werden.

Für schulentlassene Mädchen, besonders solche, die schon berufstätig sind, veranlaßt der Leipziger Lehrerinnenverein Fortbildungskurse. Ein Inserat in der heutigen Nummer gibt über das Nähere Auskunft.

Ins Wasser gefallen. Beim Gondelfahren auf der Pflaue kippen gestern zwei junge Mädchen, die die Plätze wechseln wollten, um und stelen in das Wasser. Doch haben sie sich beide selber aus dem Wasser herausarbeiten können.

Reichstag.

41. Sitzung. Freitag, 19. April, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Visco.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident Kämpf mit, der englische Botschafter Goschen habe ihn gebeten, dem Reichstag den Dank Englands für den Ausdruck des Mitgeföhls bei dem Unglück der Titanic zu übermitteln.

Hierauf wird die zweite Lesung des Etats des Reichsjustizamts fortgesetzt.

Abg. Deine (Soz.): Zunächst will ich im Auftrage meiner Fraktion zu den vorliegenden Resolutionen Stellung nehmen, zuerst zu der von den Konservativen eingebrachten über den Schutz der Jugend gegen die Schmutz- und Schundliteratur. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß dem verderblichen Einfluß einer schmutzigen Literatur und „Kunst“ durch nichts besser vorgebeugt und entgegengetreten wird, als durch diejenigen Bestrebungen, die der Jugend die Möglichkeit geben, ihren Geist beizeiten auf ernste und verständliche Dinge zu richten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf diesem Gebiete hat die Sozialdemokratie das ihrige geleistet. Sozialdemokraten haben Jugendbildungsvereine ins Leben gerufen und der Jugend Gelegenheiten gegeben, sich durch sachliche Schriften zu bilden. (Zuruf rechts: Der Wahre Jakob.) Das ist keine Jugendzeitung, mein verehrter Herr. (Große Heiterkeit.) Wir haben genügend getan, um die Jugend wirklich auf gute Wege zu leiten. (Lachen rechts.) Seien Sie bitte, was der konservative Schriftsteller von Grotthuß in seinem Fährer und der sehr mäßig liberale Avenarius in seinem Kunstwart darüber sagt, und dann halten Sie die Zunge im Mund. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir haben bewiesen, daß es uns ernst ist auf diesem Gebiete, und mit dem Ergebnis, daß die Herren von der Rechten, die Polizei und die ganzen Staatsbehörden mobil gemacht sind, um die Jugend dem Einfluß einer jugendlichen Bildungsmöglichkeit zu entziehen und vor die Schranken zu treiben, wo sie schmutzige Bilder sehen, und sie wieder zu der Schundliteratur zu bewegen, die auf allen Eisenbahnhöfen erlaubt ist, wo der Vorwärts verboten ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir wissen auch, daß unter dem Mantel der Schulprediger der Sittlichkeit der Verdruss der Gegenwart gegen wirkliche Freiheit in Kunst und Literatur verborgen ist; von der Bekämpfung des Schmutzes reden Sie, und die geistige Freiheit meinen Sie. Darum stimmen wir gegen die Resolution. Der Resolution der Polen über die Tagesgelder für Schöffen und Geschworene stimmen wir selbstverständlich zu. Was die Resolution anbetrifft, die eine Aufsicht über die Kinetographen-Theater verlangt, so sind wir grundsätzlich überhaupt keine Freunde einer weitgehenden Polizeiaufsicht, aber da die Aufsicht einmal über die Theater besteht, so sollten denn auch die sehr viel geringwertigeren Kinetographen-Theater von ihr nicht ausgenommen werden. Wir stimmen daher der Resolution zu. Dagegen lehnen wir die Resolution über die Zulassungsbedingungen zum Rechtskonsulentengewerbe und die Gebührenordnung für die Rechtskonsulenten ab, weil wir nicht wünschen, daß wieder ein neues Gewerbe einer Polizeiaufsicht und einem Konzessionsverfahren unterstellt werde, und vor allem weil wir befürchten, daß die Zulassungsbedingungen dann auch angewandt werden würden auf die Arbeitersekretariate. Trotzdem Graf Polodowsky seinerzeit die feierliche Versicherung abgegeben hat, daß die Arbeitersekretariate nicht als gewerbsmäßige Rechtsauskunftstellen angesehen werden sollten, ist es doch in einer Reihe von Fällen von den Behörden geschehen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Ich wende mich dann zu den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs, zu den Äußerungen der Rechtsanwälte und ihre Gebühren. Was ich über die Gebühren sage, sage ich aber lediglich auf Grund meiner Erfahrungen als Anwalt, ohne meine Praktikanten, mit denen ich darüber noch nicht gesprochen habe, damit zu finden. Gestern ist hier auch über die Zusammenhänge zwischen Richtern und Rechtsanwälten gesprochen worden, und sie sind auf die Sensationsjustiz und das Rellamebedürfnis von Rechtsanwälten zurückzuführen. Zweifellos ist mancher Rechtsanwalt zu weit gegangen, aber ebenso ist auch vom Richterlich zu weit gegangen, in der Art, wie dort die Ansprüche an Autorität vertreten sind. Das ganze Verhältnis würde sich besser regulieren, wenn die Vorstehenden nicht die Befugnis zur Verhängung von Ordnungstrafen gegen Anwälte hätten. Durch den Knüttel der Ordnungstrafen bringt man die Anwälte nicht zu einer besseren Stellung gegenüber den Richtern. Einem Vorstehenden, der so ungeschick und ungeschickt ist, einem einen Puff zwischen die Rippen zu rennen (Heiterkeit), ist es schwer, zu antworten, ohne daß man dabei beleidigt.

Der Staatssekretär hat uns gesagt, das neue Strafgesetzbuch werde erst vor den neuen Reichstag kommen. Als dieser Reichstag mit 110 Sozialdemokraten hier hereinmarschierte, haben wir ja erwartet, daß man uns nicht ein Strafgesetzbuch bringen würde, das ein Attentat auf die politische Freiheit und das Koalitionsrecht enthält. Man hofft offenbar, das nächste Mal einen liberalen Reichstag zu haben. Soweit der Entwurf bekannt geworden ist, können wir darin nur ein verkapptes Jugendgesetz sehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Den Entwurf über die Konturrenzenlaufs kennen wir noch nicht, aber von dem, was bis jetzt bekannt geworden ist, sind die Angelegten nicht befriedigt. Vollständig ausgeschwiegen hat sich der Staatssekretär über die von Stadthagen angeführte Maßregelung eines nationalliberalen Richters. Verneint der Fall auf Wahrheit, so liegt darin ein ganz gefährlicher Eingriff in die Freiheit, die politische Ehre und die politischen Rechte eines Richters, und die Herren Nationalliberalen sollten sich doch regen und ihrem Freunde helfen. Aber so ist es jetzt, wir Sozialdemokraten müssen auch für die Rechte unserer politischen Gegner eintreten, sie selber wagen es nicht mehr. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Sehr beredt hat sich der Staatssekretär auch ausgeschwiegen über die Äußerung Stadthagens über den Duellverbot. Ich bin gewiß kein Fanatiker der Geseßlichkeit; was aber bei dem Duell unser Rechtgefühl so verletzt, ist die systematische Gesetzesverletzung von Behörden und Beamten, die berufen sind, die Geseze zu wahren. (Lebhafte sehr richtig! bei den Soz.) Die Zugehörigkeit zu einer schlagenden Verbindung ist heute die Voraussetzung einer besseren Karriere. Ein sehr ernstes Gesicht hat die Sache in der Krone. Die sämtlichen Ehrenräte sind Vereine mit einem Zweck, der den Strafgesetzen zuwiderläuft, und § 129 des Strafgesetzbuches muß auf sie angewendet werden, denn sie sind Verbindungen, zu deren Zweck und Beschäftigung es gehört, die Vollziehung von Gesezen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern. Ich bin gespannt, was der Staatssekretär zu dieser Auslegung sagt. (Zuruf bei den Soz.: War nichts!)

Der Staatssekretär hat dann über den Fall Herrmann gesprochen und gesagt, die Staatsanwaltschaft hat sich einige Tage nach dem Vorfall in Bewegung gesetzt, um die Schuldigen zu ermitteln. Es fragt sich nur, wie! Sie hat zwei Leute gehört, welche die Nummern der beiden Schuldigen angeblich zu kennen glaubten, und sich dann bei der Polizei nach diesen erkundigt, und auf die Antwort, der eine sei im Bagarett, der andre anderswohin kommandiert, die Akten beiseite gelegt. Was ist das für ein Verfahren, wenn man die Solidarität dieser Unterbeamten kennt. (Sehr wahr! bei den Soz.) In einer gegen die Polizei gerichteten Strafsache die Ermittlungen der Polizei amertzen, heißt denn doch, den Volk zum Wärtner machen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Man hätte sie nur durch einen älteren erfahrenen Staatsanwalt und einen Richter vornehmen lassen sollen. Als nachher in dem Prozesse durch die Zeugenaussagen sehr anschaulich bewiesen wurde,

wie ernst die Sache war, und daß kein Zweifel an der rechtsmüßigen Lösung Herrmanns durch Beamte vorliegen konnte, hat die Staatsanwaltschaft, gedrängt durch uns Verteidiger, die Ermittlungen wieder aufgenommen. Es sind 200 oder 300 Schuldige vernommen worden. Ebenso gut hätte man 3000 vernahmen können. Das war alles nur für die Katz, alles nur ein Mittel, um sich nun zu erkundigen: man habe alles getan. Es kommt darauf an, daß man so etwas im richtigen Moment und in der richtigen Weise tut. Nebenbei bemerkt, gehört die Polizei als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft sozusagen auch zu den Organen der Rechtspflege, und die Kritik, die wir gegen diese Hilfsorgane richten, richtet sich in erster Linie auch gegen diese Hilfsorgane dieser Rechtspflege, wenn es möglich ist, daß auf offener Straße am hellen Tage ein Mann durch uniformierte Schulente niedergeschlagen, wenn man Duende von Leuten weiß, von Beamten, die zu der bestimmten Zeit in der Gegend gewesen sind, wenn man die ganzen Listen von den Beamten hat, die da beschäftigt waren. Ich verweise darauf, so bald wir als Verteidiger einen Zeugen benannt, der an dieser oder jener Stelle etwas beobachtet hatte, war die Polizei sofort imstande ein halbes Duzend Schulente anzugeben, die angeblich an derselben Stelle gewesen waren (Hört, hört! bei den Soz.), die auf die Minute beschworen, an dieser Stelle gewesen zu sein, und von der Sache nichts gesehen zu haben. (Lachen bei den Soz.) Also die Polizei war informiert, an welchen Stellen ihre Leute gewesen waren, und trotzdem ist es ihr nicht gelungen, die beiden dort beschäftigten Schulente herauszufinden. Das ist der Bankrott der Justiz. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz., Zuruf: Der Polizeipräsident!) Ah, der Polizeipräsident hat ja schon auf Vorschlag erklärt, es wäre alles in Ordnung, und hat verblüdet, das Ehrenschild der Polizei wäre rein, als er den Fall Herrmann bereits kannte. (Hört, hört! bei den Soz.) Mit diesem Herrn setze ich mich nicht mehr auseinander. (Bravo! bei den Soz.)

Gestern haben sich hier zwei Richter, die zugleich Abgeordnete sind, hingestellt und sich und ihren Kollegen das Vertrauen ausgesprochen. (Heiterkeit bei den Soz.) Das ist ja sehr schön, wirkt aber nicht sehr überzeugend. Der eine, Herr Dr. Belzer, beschloß seine Rede damit, daß er die Unbefähigkeit der deutschen Richter rühmte. Wäre ich Richter, so würde ich mir darauf nicht viel einbilden, hierüber sollte man doch im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nicht noch Worte machen. Wir stehen doch alle nicht mehr. Soll man sich dessen noch besonders rühmen. (Heiterkeit.) Dr. Belzer sprach auch von der Vorbildung der Juristen. Wenn es sich um die Kenntnisse von Gesez und Jurisprudenz handelt, habe ich gar nicht das Bedürfnis nach größerer Gelehrsamkeit der Richter. Der Fehler liegt ganz wo anders, er liegt in dem, wovon so viel gesprochen wird unter dem Namen der Befähigung der Richter. Das liegt an der ganzen Entwicklung unserer Lebensverhältnisse. Die Richter rekrutieren sich mehr und mehr aus den Kreisen der Besitzenden und Beamten, und die Kluft zwischen den einzelnen Kreisen der Bevölkerung ist immer tiefer geworden. Es ist keine böswillige Absonderung der einzelnen Bevölkerungsschichten vorhanden, sondern sie ist in den wirtschaftlichen Tatsachen begründet, und dies ist der Grund dessen, was man als Klassenjustiz bezeichnet. Der Abg. Dr. von Calker hat zweimal betont, er glaube nicht an Klassenjustiz und glaube nicht, daß ein Richter wider besseres Wissen das Recht beugt. Er hat von seinem theoretischen Standpunkt ohne Kenntnis dessen gesprochen, was man in der Volkstut unter Klassenjustiz versteht. In dem Handbuch für sozialdemokratische Wähler vom Jahre 1911 ist in aller Entschiedenheit hervorgehoben, daß die Behauptung der Klassenjustiz nicht belegt, der betreffende Richter beuge wissenschaftlich das Recht; dagegen ist es namentlich in Fällen, die die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe berühren, sehr häufig, daß die Richter nicht das zu einer richtigen Abwägung notwendige Verständnis für die Interessen der arbeitenden Klassen aufbringen. Selbst der Abg. Dr. Deine hat hier im Februar 1908 erklärt, die Klagen über Klassenjustiz entbehren nicht immer der Berechtigung. Die Richter stehen eben den bestehenden Klassen gesellschaftlich nahe und bekommen daher in einseitig gefärbter Weise von den Dingen Kenntnis. Der Richter sagt sich nicht, der eine ist reich, der andre ist arm, und ich vertrete die Interessen des Reichen — so ehrlich sind die Menschen selten gegen sich selbst. Der Richter unterliegt vielmehr der Suggestion, daß ein Beamter mehr Glauben verdient, als ein nichtbeamteter Mensch (Sehr richtig! bei den Soz.), wozu der Gedanke kommt, daß Arbeiter, die gegen ihren Arbeitgeber vorgehen, sich gegen die Autorität auflehnen. Typisch ist die Verhörung eines Richters in einem der Vorkamer Prozesse, die Arbeitswilligen müssen mit allen Mitteln geschätzt werden, deshalb sind die Höchststrafen am Plage. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist ein eklatanter Beweis, daß dieser Richter wissenschaftlich oder unwissenschaftlich ein Instrument der Klassenjustiz ist. Das Klasseninteresse der Grundbesitzer, welche ganz Westfalen regieren, hat hier vielleicht unbewußt mitgewirkt. Das Richter immer und immer wieder fragen, warum denn Arbeiter sich an ihren Verband wenden, und warum denn Verbandsbeamte sich in die Angelegenheiten mischen, beweist, wie frei sie von jedem Verständnis von solchen Dingen sind. (Widerpruch rechts.) Oder sollten solche Fragen böswillig sein, und der Interrogand dahinter denken, jeder Gewerkschaftsbeamte sei ein Kumpfleger, und jeder streikende Arbeiter ein Aufrührer, der sich gegen den Arbeitgeber auflehnt. Dieser Standpunkt eines wenig fortgeschrittenen Unternehmertums, den viele Unternehmer längst überwunden haben, macht sich an Richtertage immer wieder geltend. Eine Art Autoritätskoller erfährt die Richter, wenn sie hören, es lehnt sich jemand gegen die gottgewollte Abhängigkeit eines Fabrikdirektors oder eines Fabrikinspektors auf. So werden denn auch enorm hohe Strafen verhängt. Wenn das in hundert von Fällen geschieht, so beweist das, daß die Justiz unter dem Einfluß des Klassenkampfes steht. In Luna verurteilte das Schöffengericht einen Streikbrecher, der mit einem Revolver geschossen hatte, nicht auf Streikende, dann wäre er überhaupt nicht angeklagt worden, sondern auf das geistliche Militär, zu zwei Wochen Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe. Es war ja ein Streikbrecher, ein Streikender wäre ja sicherlich wegen Mordversuchs auf fünf Jahre ins Zuchthaus gekommen. Dasselbe Schöffengericht verurteilte eine Frau, die jemandem „Streikbrecher“ zugerufen hatte, weßler der Amtsanwalt drei Tage Gefängnis beantragt hatte, zu drei Wochen Gefängnis. (Hört, hört! bei den Soz. und Zuruf!)

Die Abklärung der Ladungs- und Einlassungsfragen ist zwar vom Reichsgericht für zulässig erklärt. Aber der systematische Zwang zum Verzicht gegen die Untersuchungsgefangenen ist ein Verstoß gegen den Geist des Gesezes, für den es kein genügend scharfes Wort gibt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Ebenso steht es mit der systematischen Verweisung von Lagatsachen an die Strafkammern statt an die Schöffengerichte, um den Angelegten die Wöst auf einer zweiten Instanz zu entziehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Jeder große Streik beweist uns von neuem, daß die Richter die Vorurteile und ihrer Umgebung nicht überwinden können. Es fehlt es auch an dem guten Willen dazu. Manche Richter schweben förmlich darin mit beleidigenden Ausdrücken gegen die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften um sich zu werfen. Das beweist, daß in dem ganzen Stande nicht so viel Selbstzucht vorhanden ist, um solche Richter zur Erkenntnis der richterlichen Würde zu bringen, und es ist schlimm, daß solche Richter, wie Herr Rumbur in Breslau, noch immer im Amte sind. Da sollte man mit Disziplinaranklagen vorgehen, denn eine Beleidigung gegen wehrlose Angelegte anzuschließen, ist ein Mißbrauch des Amtes. (Lebh. sehr richtig! bei den Soz.) Die Wahl der Richter durch das Volk ist das einzige Mittel, um mit der Herrschaft der Vorurteile einer Klasse aufzuräumen. Aber sie liegt in der Zukunft, und wir haben uns mit der Gegenwart zu befassen, und da möge der Staatssekretär bei den Bundesräten seine gewichtige Stimme — oder sollte die Stimme des Reiches

nicht gerührt sein — in die Wagschale legen gegen die Klassenjustiz. Er könnte das schon tun, wenn er hier erklärte: Ja, es gibt eine Klassenjustiz, wir können das aber leider nicht ändern. Dies erlösende Wort verlange ich vom Staatssekretär. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Weisser (Zentr.): Unsere Richter sind sicherlich nabe flechtlich; aber häufig muß man doch den Kopf schütteln über die Verschiedenheit von Urteilen. Die von dem Abg. Dr. von Calker (oben) eingebrachte Resolution, die eine einheitliche Regelung der akademischen Vorbildung der Juristen verlangt, ist uns sehr sympathisch. Doch muß auch die Examenpraxis vieler Professoren eine andere werden. Die Resolutionen, betreffend die Kinetographentheater, unterstützen wir. So wertvoll die Kinos für die Darstellung wissenschaftlicher Objekte sind, so verärgern wir sie durch sensationelle Dinge. Man sollte die Zensur einheitlich für das Reich regeln und eine Zentralinstanz dafür schaffen. Auch sollte man die Programme für Kinder und Erwachsene trennen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Rühlhosen (nat.-lib.) begründet eine Resolution seiner Partei, die Zulassungsbedingungen zum Rechtskonsulentengewerbe zu regeln und eine Gebührenordnung für sie festzustellen und wünscht eine strengere Befragung ausländischer Spione, vor allem nicht durch Festungshaft. Durch ein schnelleres Justizverfahren würde die Klassenjustiz kaum gestärkt werden. Die Wahl der Richter würde diese von Majoritäten abhängig machen. Das wäre schlimmer, als ihre Abhängigkeit von Klassenvorurteilen. (Sehr richtig! rechts.) Sollte der Fall des Amtrichters Haverstein so liegen, wie die Zeitungsnachrichten besagen, so wäre das doch sehr merkwürdig. Im Abgeordnetenhaus werden wir uns näher danach erkundigen. Zur Vermeidung etwaiger Klassenjustiz müssen unsere Richter vor allem jede Weltfremdheit abstreifen. Die praktische Seite der Ausbildung unserer jungen Juristen ist leider recht mangelhaft. (Zustimmung bei den Nat.-Lib.)

Staatssekretär Dr. Vides bittet, die Resolution bezüglich der Rechtskonsulenten abzulehnen. Diese würden nur zugelassen, wo Rechtsanwälte fehlen. Ergänzungen und Verschärfungen des Spionageseszes werden von der Strafrechtskommission erwogen. Von militärischer Seite ist dies noch nicht angefragt worden. Dem Abg. Deine bemerke ich, daß die Ausschließung der Reform des Strafprozesses wirklich nichts mit der Tatsache zu tun hat, daß seine Freunde hier im Reichstag zu stark vertreten sind.

Abg. Dr. Abloh (Sp.) fragt, wie weit es mit der Schaffung eines Geldwechselrechts sei und tritt für die Beteiligung des Laienelements an den Strafgerichten erster und zweiter Instanz ein. Um die absolute Unabhängigkeit der Richter sicherzustellen, wäre es sehr angebracht, wenn die deutschen Richter auf alle Titel und Orden verzichteten und allein Befriedigung in der Würde ihres Amtes finden würden. Ebenso wie die Richter müßten auch die Anwälte vor unberechtigten Angriffen geschützt werden. Das Palladium des Anwaltsstandes sei die freie Advokatur. Von unlästeren Elementen sich fernzuhalten, daran habe der Anwaltsstand selbst ein Interesse. Die fortwährenden Zusammenstöße zwischen Anwälten und Richtern müßten auf den Laien auswirken, und nach Beendigung des Schornmoderprozesses sei es an der Zeit, diesen würdlosen Treiben nachzugehen und Wiederholungen unter allen Umständen zu verhindern. Die Wiedergabe von Landgerichtsurteilen durch die Presse habe das Reichsgericht als unzulässig erklärt; nur Reichsgerichtsurteile dürften publiziert werden, weil sie befreiend wirken. (Hört, hört! links.) Das sei ein unhaltbarer Zustand. § 168 müsse dahin ausgebaut werden, daß ungläubige Behauptungen auch in der Presse straflos bleiben, wenn sie im öffentlichen Interesse aufgestellt werden. Das Polizeiverordnungsweesen müsse einheitlich geregelt und bestimmt werden, daß jede Polizeiverordnung nach 30 Jahren verfallt. (Sehr gut! links.) Der Kieler Professor Niepmann, der im Auftrage des Juristenkongresses ein Gutachten über die Todesstrafe ausgearbeitet, habe daraufhin bei sämtlichen deutschen Einzelstaaten angefragt, wieviel Todesurteile verhängt und in wieviel Fällen Vergnadigungen eingetreten sind. Sämtliche Justizverwaltungen hätten Auskunft erteilt, nur der preussische Justizminister habe die Antwort ohne weiteres abgelehnt. Aus welchem Grunde? (Zuruf bei den Soz.: Aus Scham!) Vielleicht fürchtete er, daß die Art der Ausübung des Vergnadigungsrechtes nicht in allen Kreisen Verständnis finden würde. Richter hat den Eindruck, daß im Ruhrrevier teilweise exorbitant hohe Strafen verhängt worden sind. Der deutsche Richterstand sollte sich bewußt sein, daß er sich sein Orakel selber grabe, wenn auch nur der Anschein erweckt werde, als ob Richter in einem großen Augenblick für oder gegen eine Partei Stellung genommen hätte. (Bravo! links.)

Abg. Dombek (Vole) kritisiert einzelne Urteile gegen polnische Medakture und die Herausziehung von Dolmetschern vor Gericht, die nicht genügend die polnische Sprache beherrschten.

Abg. Volk (Zentr.) betont die Notwendigkeit der rechtlichen Regelung des Tarifvertragswesens.

Abg. Siehr (Sp.) tritt für die von der nationalliberalen und der Volkspartei eingebrachte Resolution ein.

Abg. Warming (b. L. Z.) sucht es zu rechtfertigen, daß bei den Streikprozessen die Angelegten zum Verzicht auf die Ladungs- und Einlassungsfragen veranlaßt worden sind.

Damit schließt die Diskussion. Die vorliegenden Resolutionen werden angenommen, abgelehnt wird nur die auf Erlass von Zulassungsbedingungen zum Rechtskonsulentengewerbe.

Der Titel wird bewilligt und debattellos der Rest des Etats.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr (schleuniger Antrag der Reichspartei betreffs der Sicherheitsmaßnahmen auf deutschen Gesezschiffen, Antrag Wetstein (Zentr.) betreffs Aenderung des Strafgesetzbuches, Etat der Reichseisenbahnen).

Vom Parteihaushalt.

Im Monat März gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein: Am 2. Bez. Oberlangensleben, 6. Kreis 2. Du. (Reichsbad-Neurode 347.80; Glad-Habelschwerdt 11.20; Waidenburg 460.44; Striegau-Schweidnitz 415.05; Landesgut-Fauer 184.10; Striegau-Schönewald 100.82) Sa. 1579.47; Bezirk Wafen 12. Kreis 1. u. 2. Du. Posen 48.80; Samter-Obornik 19.47; Wefery-Bomst 3.20; Sud.-Koslen 1.41; Rawitz-Gostyn 10.07; Krotoschin 16.52; Ostrowo-Abelna 12.—; Kolmar-Älschne 62.54; Wlitz-Schubin 18.52; Bromberg 47.00; Hohensalza-Strelno 1.34; Gnesen 1.40; Diverse 4.47) Sa. 341.20; Posen Wahlzsch. zurückerzahl 93.—; Zichow-Marienber 1. u. 2. Du. 645.20; Ofenburz-Kehl 2. Du. 87.78; Halle u. Saalkreis 2. Du. 1391.52; Höchst-Hungen 2. Du. 500.—; Mittal. d. U.-Dr., Friedebau 2.10; Dessau-Jerbst 4. Du. 1910 11 u. 1. u. 2. Du. 11/12 1934.40. 4. 3. Schlesw.-holst. Kr. 2. Du. 213.58. 5. Hamm-Sock 2. Du. 315.54; Vörrach i. V. 30.80; Hanau-Gelnhausen 1. u. 2. Du. 3534.05; Berlin, Erfag für Todesanzeige 10.—; Berlin, Witte 5.—; Adm.-Reg. W. 20.—. 6. Kiel, 7. Schlesw.-holst. Kr. 2. Du. 3148.50; Oberlangensleben, Wahlzsch. zurückerzahl 384.40; Strafe für Bereschen 0.20; St. Lönies 58.17; Berlin T. W. 50 12.—; 9. Schlesw.-holst. Kr. 2. Du. 104.74; Jülligau-Krossen 2. Du. 131.20; Saarbücken 2. Du. 111.20; Rastatt, 8. bad. Kreis 48.80; Straßburg-Land 4. Du. 1910 11, 1. und 2. Du. 1911/12 295.20; Reuß 1. 2. u. Konte erstes Halbjahr 1911/12 1500.—; Karlsruhe-Brunsfal 2. Du. 373.19; Kottbus-Spremden 2. Du. 377.08. 9. Sonneberg-Saalfeld 2. Du. 360.99; Brandenburg-Westhavelland 2. Du. 792.76; Sorau-Jorbst 429.94. 11. Freiburg i. V., 3. bad. Kreis 2. Du. 148.—; Ostum, 4. Schlesw.-holst. Kreis 2. Du. 60.02; Falkenberg D.S. A. 2.

3.— 13. Dresden-Nußstadt a Konto 2500.—; Offenburg-Rechl Aest 2. Du. —.00; Gau Südbagern, 19. Kreis 2. Du. (Widach 132.10, Ingoßdorf 4.14, Daffelburg 5.34, Weillheim 112.54, Rosenheim 140.64, Traunstein 11.16, Landshut 84.86, Pfarrkirchen 10.86, München I und II 3596.92, Deggendorf 18.68, Donaumüth 24.—, Dillingen 7.02, Mittern 24.20, Mansbach 31.86, Immenstadt 21.48, Regensburg 102.10) Sa. 4926.20. 15. Welle-Diepholz 67.85. 16. Wienburg, 7. hann. Kreis 224.33; Neutlingen-Tübingen 1. Du. 123.97. 17. Bochum-Gelsenkirchen 2. Du. 1180.25; Berlin, Refr. Dr. Weinberg 10.—. 19. Bez. Breslau 2. Du. (Kleinig-Goldberg 348.78, Gühran-Steltau 5.72, Müllisch-Trebnitz 33.08, Dels 23.58, Breslau-Land 421.98, Ohlau 96.50, Pries-Namslau 100.88, Neustadt D. S. 28.52, Falkenberg-Großtau 8.54, Meisse 11.20, Glogau 25.10) Sa. 1098.88. 20. Meiningen-Gildburgaun 2. Du. 92.78; Heidelberg f. 3. Kreis 2. Du. (Heidelberg 191.52; Bretten-Eppingen 48.66; Adelsheim-Buchen 22.20) Sa. 262.38; Berlin Dr. E. A. 100.—; P. Jählen, Front. Mexiko 26.—. 21. Fahr, 6. bad. Kr. 2. Du. 60.06; Wilhelm-Wipperfürth 300.—. 22. Bezirk Nordbagern f. 20. Kr. 2. Du. (Amberg 30.52; Neumarkt 1. D. 12.48; Neustadt a. W. R. 60.78; Hof 1. B. 365.52; Bayreuth 125.28; Forchheim 125.10; Neunburg a. W. 11.10; Kronach-Eichtels 107.06; Bamberg 179.10; Nürnberg 3075.68; Erlangen-Fürth 977.44; Ansbach-Schwabach 308.44; Eichstätt 30.84; Dinkelsbühl 50.30; Rothburg a. T. 31.86; Regensburg 37.68; Schweinfurt 215.06; Würzburg 375.46; Kitzingen 157.08; Lohr 17.70) Sa. 7204.14; Hamburg I, 2. Du. 5000.—; Hamburg II, 2. Du. 4000.—; Hamburg III, 2. Du. 15 000.—. 23. Berlin, d. d. Kasseler Neutölln 18.10; Münch-Goesfeld, 2. Du. 33.42; Bern, P. E. 50.—; Berlin, Ueberschuh v. Märkt. d. vrg. Arb. d. Schultheiß-Brancere Uebersch. 23.15; Bezirk Götting f. 6. Kr. 2. Du. (Götting-Laubau 544.78; Hohenburg-Domerswerda 151.68; Sagan-Sprottau 118.22; Schwaberg 21.78; Bunzlau-Lüben 112.14; Grünberg-Freistadt 116.00) Sa. 1003.50. 24. Alenburg S. R., Bahnschuh zurück 5000.—; Berlin, J. R., Steinstr. 1.—. 25. Steinfurt-Zeckenburg, 2. Du. 18.30; Crailsheim, 12. württ. Kr. 10.02; Wauchen, 3. lösch. Kr. 1. Halb-jahr 545.—; Berlin, Kranzüberf. v. d. Koll. d. H. E. G., Abt. Ruhn 18.—. 27. Oberbarnim, 2. Du. 134.96; Bez. Pfalz f. 6. Kr. 2. Du. (Speyer-Ludwigshafen 220.06; Neustadt 200.84; Gernersheim 57.46; Pirmasens 200.96; Pomburg 42.88; Kaiserslautern 175.55) Sa. 1072.28. 29. Breslau f. Binnenhäufiger 20.20; Weimar I, 1. 2. u. 3. Du. 450.52. 30. Vandeschuh-Jauer, Bahnschuh zurück 300.—; Jansch-Lundenwalde, 1. u. 2. Du. 716.65; Berlin: H. E. 50.—; P. E. 50.—; Monteur der Berl. Priv.-Telef.-Ges. f. d. Sch. 15.—; P. E. 2. Du. 215.85 (darunter Kattowitj-Zabuz 81.11; Beuthen-Tarnowitz 35.70; Pleß-Kybnitz 0.27); 4. württ. Kreis 355.45; 11. württ. Kreis 2. Du. 93.10; Weste-Schlachtensee 10.—; Frankfurt-Lebus 1. und 2. Du. 608.80; Berlin, anstatt eines Märzkranzes C. W. 15.—; Berlin, Knabe 3.—; Pennig, Argentinien 5.—; Gr.-Berlin a Konto seiner 8 Kreise 12000.—. Darunter: v. d. Vadiereu der Fa. Zwetusch u. Co., Charlottenburg 10.—; Weber u. Gampel 27.40; v. Penner-Vall G. F. II d. Vap Karl 5.—; Kup d. Karte 10.—; Ruben Vogel 10.—; d. Gen. Rath 5.—; H. A. Ritter 1.—; Höppner 2.—; v. d. Koll. d. Fa. Senf, Prenzlauer Allee 28, 7.65; Möbelfabrik v. Weise 10.—; Arb. v. J. E. Pfaff 15.—; Dökar 2.50; Weier 1.—; Pfaff v. Venedig 1.40; M. H. 1.—; Arbeiter Babof 8.—; Betrieb C. M. 30.—; Besenband 28. Abt. 10.—; Kranz-überschuh Anilinfabrik 1.45. Arb. d. Fa. Mittag d. Prill 20.—; Schief 3.—; Taschenwerkstelle v. Demuth 10.—; Gutenberg 27.90; Fabian d. Buchh. Gornwärtz 15.—; Henri 5.—; Kapstadt M. J. 14.28; Ueberschuh v. Märzkranz d. Genossenschaftsbrauerei Friedrichshagen 3.—; Ueberschuh v. Märzkranz Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Charlottenburg 337.30.

Berlin, den 13. April 1912.

Für den Parteivorstand:
J. B. Otto Braun, Lindenstr. 3.

Wir haben unter Nr. 7018, A. Gerlich, J. Ebert, D. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem

Postfachalter Beträge bis 10000 Mk. portofrei für uns eingekassiert werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Aus der Partei.

Gegen Sozialdemokraten ist alles erlaubt.

Das mecklenburgische Gesamtministerium zu Schwerin hat auf die gegen den Beschluß des Rates der Stadt Wismar gerichtete Beschwerde des Bürgerausschusses zu Wismar entschieden, daß der Rat nicht verpflichtet sei, den vom Bürgerausschuß in den Gewerbeschulvorstand gewählten Dyckermeister Reinke in sein Amt einzuführen, weil Reinke Sozialdemokrat ist.

Die Beschwerde des Bürgerausschusses stützte sich darauf, daß für die Weigerung des Magistrats nicht die geringste gesetzliche Unterlage besteht. Aber das macht nichts. Der Mann ist Sozialdemokrat, das genügt dem Ministerium vollkommen.

Ferri Austritt aus der Partei.

Endlich hat sich Enrico Ferri entschlossen, aus der italienischen Partei auszutreten. In dem Schreiben, in dem er diesen Entschluß der römischen Parteifraktion mitteilt, heißt es, daß er dies aus Protest gegen die fanatische und persönliche Kampfmethode der leitenden Parteiorgane tue. Diese Worte richten sich wohl hauptsächlich gegen das Verhalten des Quanti, der Ferri in sehr gehässiger Weise angegriffen hat. Uebrigens schwebte gegen den Ausgetretenen ein Ausschlussverfahren, das sicher mit seiner Ausstoßung aus der Partei geendet hätte, sowohl wegen seines Votums für das Annullationsdekret, als deshalb, weil er sein Parlamentsmandat nicht als Parteikandidat errungen hat. Der freiwillige Austritt Ferris erspart der Kommission die Formulierung des Ausschlussbeschlusses.

Das Ende einer Staatsaktion.

Genosse Rinkel in Göttingen (Wirttemberg), der Vorsitzende unserer dortigen Parteiorganisation und Mitglied des württembergischen Landtags, erstreckt sich seit Jahren des grimmigsten Hasses der Gegner unserer Partei. Neuerdings glaubte man ihm aus seiner Tätigkeit als Kontrolleur der Ortskrankenkasse Göttingen einen haltbaren Strich drehen zu können. In der bürgerlichen Presse Göttingens und Stuttgartis wie im ganzen Reich wurde Genosse Rinkel der „Urkundenfälschung“ und sonstiger grauer Verbrechen angeklagt. Die Staatsanwaltschaft wurde scharf gemacht, die dem auch das Verfahren einleitete, wie jubelnd aller Welt verkündet wurde. Recht ist das Verfahren wieder eingestellt worden. Die Göttinger Freie Volkszeitung bemerkt dazu: „Es ist dies das vierte staatsanwaltliche Verfahren gegen den Genossen Rinkel, die alle wieder eingestellt werden mußten, zum sehr großen Verdruß seiner guten Freunde und dem bürgerlichen Lager und außerhalb.“

Eingelassene Schriften.

Neue Fesseln für das Proletariat durch die Strafgesetzbuch. Vortrag von Dr. Hugo Deinemann, gehalten in der Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Genosse Heinemann, anerkanntermaßen einer der besten Kenner der in die Formen des gemeinen Rechts gekleideten Klassenjustiz, hat in diesem kleinen Schriftchen kurz das zusammengedrängt, was zu der bevorstehenden „Reform“ der Strafprozessordnung und des Strafgesetzbuches vom proletarischen Standpunkte aus zu sagen ist. Diese sogenannte Reform geht bekanntlich auf nichts Geringeres aus als auf die Erdrosselung der sozialistischen Arbeiterbewegung mit Hilfe der Strafgesetzbuchparagrafen. Was auf dem Wege der direkten Ausnahmegebung nicht gelang, soll auf dem Umwege über das sogenannte gemeine, scheinbar für alle Staatsbürger ohne Unterschied geltende Recht erreicht werden. Die Vorentwürfe für

das neue Strafgesetzbuch und die im letzten Reichstage verarbeitete, aber nicht erledigte Strafprozessordnung bieten eine solche Fülle heimtückischer Schlingen und Fußfallen, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht nur alle Ursache, sondern die verdammte Pflicht hat, sich um diese Treiberen der Reaktion zu kümmern. Die Aufklärung der Massen, damit sie klar erkennen, was für sie auf dem Spiele steht, ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit, und diesem Zwecke soll auch die kleine Schrift des Genossen Heinemann dienen, die wir jedem Genossen zum Nachlesen empfehlen. Sie ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen und durch jeden Parteifolporteur sowie durch die Parteibuchhandlung zu beziehen.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 20. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Ehrentag. — Die neuen Wehrvorlagen. Von Paul Leusch. — Paul Frouse und er Possibilismus. Von Ch. Kappoport (Paris). — Die Kreditanspannung in Deutschland. Von Speltator. — Die Streiklust im Ruhrgebiet. Von Paul Wolf (Hochum). — Berücksichtigung und Ergänzung. Von A. Hebel. — Literarische Rundschau: Joh. Liebler, Vöhring oder Lohnarbeiter? Von E. Seyler. Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands, Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung. Von J. Simon. — Notizen: Zur Erklärung. Von Hendrik de Man. — Zeitschriftenchau. Von G. E.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal zum Preise von 25 Mark pro Quartal. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg.

Die diesjährige Nummern des Wahren Jacob ist soeben reich illustriert im Umfang von 16 Seiten zum Preis von 10 Pfg. erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Zeichnungen: Serenitätsmüß am 1. Mai. Von S. G. Jungs. — Das erleichterte Zentrum. Von Erich Schilling. — Des Deutschen Reichs Malbaum. — Die apokalyptischen Reiter. (Nach Cornelius.) — Pestmüssen. Von P. Frauenstein. — Anzügliches von Korfu. Von Erich Schilling.

Zeit: Zum ersten Mal! Von Tobias. — Der Mat ist gekommen. — Der Kampf um die Jugend. — Blaues Magelich. Von Lehmann. — Steuerpolitik. Von Tobias. — Rüstungskoller. Von Kl. — Der Schuh in Oserode. — Der Kaplan Sassen. Von Waldwin. — Raifcier. — Gesammelte Reden des Hauptmanns von Krachwitz an seine Kompagnie. I. (Illustriert.)

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist und soeben Nr. 15 des 22. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: „Entbehrungslehre“ der Textildünge. Von Hermann Hädel. — Preussische Jugendpflege. Von M. W. — Hausanitation. Von Luise Riez. — Die Kinder von Lawrence. Von Meta E. Stern. — Wädchenhandel. Von M. K., sowie die Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen, und: Für unsre Kinder.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Montag:

Speisenkarte I (Hauptmahlzeit 9): Rübchen mit Rindfleisch.
Speisenkarte II (Zwischenmahlzeit 12): Weine Erdbeeren mit Semmelkuch.
Speisenkarte III (Mittagsmahlzeit 24): Rübchen mit Rindfleisch.
Speisenkarte IV (Mittagsmahlzeit): Rübchen Erdbeeren mit Semmelkuch.
Speisenkarte V (Zwischenmahlzeit 36): Rübchen mit Rindfleisch.
Speisenkarte VI (Mittagsmahlzeit 48): Rübchen Erdbeeren mit Semmelkuch.
Speisenkarte VII (Zwischenmahlzeit 60): Rübchen mit Semmelkuch.
Speisenkarte VIII (Zwischenmahlzeit 72): Rübchen mit Rindfleisch.

Gegen Mundgeruch

„Chlorodont“ zerlegt alle schmutzigen Krümel, zerlegt die Zähne und zwischen den Zähnen und blickt mildernde Zähne blendend weiß, ohne dem Schmelz zu schaden. Herrlich erfrischend, schmeckt angenehm für Erwachsene und Kinder, 4-6 Wochen anzuwenden, 1 „A.“ Probetube 50 „A.“ In der Internat. Hygiene-Ausstellung Dresden alleorts bewundert. Man verlange Preis- und Probenkarte direkt vom Laboratorium „Deo“, Dresden 3 oder in den Apotheken, Drogerien, Friseur- und Parfümeriegeschäften.

Die Frühjahrs-Neuheiten in Teppichen, Gardinen, Möbel- stoffen, Tisch- u. Diwandecken

sind in überreicher Auswahl eingetroffen
und stehen zu besonders billigen Preisen
:: zum Verkauf ::

G. H. Schrödter

Neumarkt 31/33 :: Ecke Magazingasse

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

74. Sitzung vom 19. April, vormittags 11 1/2 Uhr.

Am Regierungstische: Blythum, Dr. Ved.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Präsident Dr. Bogel das Wort: Die ganze zivilisierte Welt steht unter dem Eindruck der furchtbaren Katastrophe der Titanic. Ueber 2000 Menschen sind, wie es scheint, in einer furchtbaren Nacht von den Wellen verschlungen worden. Schwer klagen Tausende von Hinterlassenen über den unerfährlichen Verlust der ihnen geworden ist. Auch wir nehmen an dem Unglück der Bedauernswerten innigsten Anteil, und Sie haben diesem durch Erheben von Ihren Plagen Ausdruck gegeben. (Die Abgeordneten haben sich sämtlich von ihren Plagen erhoben.)

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt Kapitel 70 des ordentlichen Etats

Landesankosten.

(Einnahmen 3 095 000 M., Ausgaben 11 778 450 M.)

Sekretär Fleißner (Soz.) verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht.

Abg. Koch (Sp.) wünscht einige Verbesserungen für das Pflgepersonal in den Anstalten Hubertusburg und Hochweißchen. Abg. Sandermann (Soz.): Am allgemeinen Besoldungssetz erscheinen auch die Ausgaben für einen Oberpfarrer und 38 Geistliche, in Höhe von zusammen 154 200 M. Unsere Stellung zu diesen Fragen ist oh hinlänglich bekannt. Würden die Ausgaben in den einzelnen Titeln in Erscheinung treten, würden wir dagegen stimmen. Das ist nicht der Fall, immerhin wollen wir nochmals erklären, daß wir uns gegen diese Ausgaben wenden.

Abg. Wiener (Ref.) behauptete unter Bezugnahme auf Vor-Kommission bei der Anstalt Altenhof, daß die Interessen des gewerblichen Mittelstands bei Vergabung und Lieferung von Arbeits- und Waren nicht in genügender Weise gewahrt werden. Die Regierung sollte auch die Chemnitzer Wäckermeister zur Protokollführung für die Landesanstalt Altenhof zulassen.

Abg. Wittig (Konf.) wendet sich dagegen, daß den Anstaltspflegerinnen der Radfahrort zugestanden wird.

Sekretär Fleißner (Soz.) ist der Meinung, daß das Pflgepersonal in seiner persönlichen Freiheit nicht beschränkt werden soll. Der Radfahren für gesund halte, sollte es betreiben dürfen. Wenn der Abg. Wiener verlangt hat, daß die Regierung bei Vergabung von Staatsaufträgen auf einen angemessenen Preis zu kommen soll, so ist demgegenüber zu bemerken, daß es sehr schwerhalten wird, einen angemessenen Preis zu finden, der allen als ein solcher erscheint. Im übrigen hat die Regierung die Pflicht, in den Landesanstalten so rationell wie möglich zu wirtschaften. Darauf wird das Kapitel genehmigt.

Es folgt die Schlußberatung über Kapitel 101

allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben

im Geschäftsbericht des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts (175 500 M.). In Verbindung damit steht die allgemeine Vorberatung über den Antrag Mangler und Genossen (Konf.), betreffend die

Ueberwachung der Jugendorganisationen und die vaterländische Erziehung der Fortbildungsschüler.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Kammer wolle beschließen: die Königlich Staatsregierung zu ersuchen: 1. in verstärkter Weise über die Jugendorganisationen zu wachen, damit diese der Einwirkung vaterländisch-selbstlicher Bestrebungen entzogen werden; 2. zu erwägen, in welcher Weise auf dem Wege der Landesgesetzgebung die vaterländische Erziehung der Fortbildungsschüler besser als bisher sicher gestellt werden könne.

Abg. Schwager (Sp.) erstattet über Kapitel 101 ausführlichen Bericht und bemerkt u. a., daß zu Zwecken der Jugendfürsorge erstmalig 100 000 M. eingestellt worden sind. In der Deputation sei es hierüber zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Während die Sozialdemokraten die Summe ablehnten, sei von anderer Seite sogar deren Erhöhung beantragt worden, die man nötig gehalten habe, um die Jugend vor schlimmen Verirrungen zu bewahren. Persönlich fügt der Berichtsteller noch hinzu, daß mit der Industrialisierung Deutschlands und dem Anwachsen der Großstädte sich die Verhältnisse völlig geändert haben. Das Familienband ist lockerer geworden. (Zuruf rechts: Leider!) Die Kinderarbeit ist so gut wie verboten. Viele Kinder sind jetzt infolge dessen ohne Aufsicht und sich selbst überlassen. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb sollte der Landesauswahls für Jugendpflege sich auch der schulpflichtigen Kinder annehmen. Daß die bürgerlichen Parteien die Jugend nicht mehr der einseitigen sozialdemokratischen Bearbeitung überlassen können, ist freilich auch klar. Die Sozialdemokratie ist eine politische Partei (große Heiterkeit), der Charakter der Einseitigkeit hängt ihr ohne weiteres an. Die Jugendpflege soll aber ein neutraler Boden sein, wo für politische und konfessionelle Dinge kein Raum ist. Die Polizei aber sollte, wie es anscheinend der Antrag Mangler will, sich nicht in die Jugendpflege hineinmischen. Vom Standpunkt des wirklichen Erreichbaren würde dies entschieden zu mißbilligen sein.

Abg. Dr. Mangler (Konf.) begründet seinen Antrag. Die Erziehung der Jugend zu vaterländischen Männern (Wasgen bei den Soz.) ist das, was wir mit unserm Antrage bezwecken; der letztere

behandelt vor allem die negative Seite, es handelt sich darum, was man tun muß, um zu verhindern, daß die Jugend den sozialdemokratischen Jugendorganisationen anheim fällt. Die Arbeiterjugendorganisationen sind nichts anderes als die Rekrutenschulen für die internationale revolutionäre Sozialdemokratie. (Fortgesetzte Zwischenrufe bei den Soz.) Der Staat hat in erster Linie die Pflicht, in dieser Beziehung viel mehr als bisher zu tun. Die bürgerlichen Parteien sollten in dieser Frage einig sein; denn sie stehen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung. In den Arbeiterjugendorganisationen wird aber der Glaube an Gott systematisch untergraben und dafür der reinste Materialismus gepredigt. Man wirft dort mit schönen Nebensarten um sich, mit denen aber nichts anzufangen ist. (Zuruf: Aber mit Freuen!) Man reißt der Jugend die Weltanschauung aus dem Herzen und bekämpft das Christentum systematisch. Wenn sich die Referenten in den Arbeiterjugendorganisationen von gegnerischer Seite beobachtet glauben, sollten sie sich allerdings, mit ihrer wahren Absicht herauszurücken. Die sozialdemokratischen Jugendorganisationen begnügen sich aber nicht nur damit, die Jugend im Gegensatz zum Christentum zu erziehen, sondern man verjagt auch, ihr die Freude an militärischen Schauspielen und patriotischen Festen zu verwehren. Leider finden solche Verwehungen bei der Bevölkerung noch immer dankbaren Boden. (Abg. Fleißner: Glücklicherweise!) Der uneingeschränkte Gaiß gegen den Militarismus und das Christentum klingt (zur äußersten Linken gemeldet) aus allen Ihren Erklärungen heraus. Nebner bringt eine Menge Blate aus der sozialdemokratischen Presse und aus Reden sozialdemokratischer Führer zur Verlesung, die die Nichtigkeit seiner Behauptungen beweisen sollen. Die Sozialdemokratie ist die sozial- und vaterlandesfeindliche, antimonarchistische, republikanische und antichristliche Partei. Die proletarischen Jugendorganisationen sollen vorbereiten für den Klassenkampf der Sozialdemokratie. Nebner ermahnt die Regierung, über die Jugend in verstärkter Weise zu wachen und die scharfe Anweisung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen, die dort nur Vorbildungen zur Revolution machen. Es ist nicht zu begreifen, warum die Regierung die Jugendorganisationen nicht so ausbreiten läßt. Sie sollte alle proletarischen Organisationen in unerschöpflicher Weise ausfüllen, mögen sie sich nur Arbeiterturn-, -wander-, -spiel- oder -sportvereine nennen. (Lachen bei den Soz. Aufse: Scharfmacher!) Jeder Verein ist Mitglied der Organisation, die den Geist des Sozialismus verbreiten will. Die Auflösung einzelner Vereine würde natürlich nur ein Schlag ins Wasser sein. Es ist ein Irrtum der äußersten Linken, wenn sie glaubt, auf anderem Wege ihr Ziel erreichen zu können. Auch mit der geistigen Bildung der Jugend usw. verfolgen Sie nur politische Zwecke! (Gelächter bei den Soz.) Die proletarischen Organisationen sind also wohl mit Erfolg zu bekämpfen, es gehört nur Mut und eine eiserne Faust dazu. Probieren Sie es nur, Herr Minister! (Sittmische Zwischenrufe bei den Soz.: Ja, ja! und: Also, nun los!) Die Verhältnisse liegen bei und durchaus nicht anders als im Reich. Durch die Bildungsbestrebungen der Arbeiterjugendorganisationen, die nur Nebenwerk sind, darf man sich nicht einlassen lassen, die Einführung in die Wissenschaft ist nur Mittel zum Zweck: Stärkung des Klassenkampfes! Wir sind in der Verteidigungsstellung; so wie bisher kann es nicht weiter gehen. Was soll nun geschehen? Zurzeit sind wir noch in der glücklichen Lage, uns mit den bestehenden Gesetzen helfen zu können. Es kann den Fortbildungsschülern der Besuch öffentlicher Versammlungen verboten werden. Aber das genügt nicht. Es bleiben die nichtöffentlichen Versammlungen übrig, diese sind es aber gerade, in denen der Jugend das Gift des Sozialismus eingemöpft wird. Es wird deshalb nötig sein, daß die außerordentliche Schuldeputation bei Beratung des neuen Volksschulgesetzes Mittel und Wege ausfindig macht, daß auch der Zweck unser Antrages unter 2 erreicht wird. Vor allem sollte man sich auch vor Augen halten, woher wir unsern Nachwuchs an Lehrern hernehmen sollen. Nebner schließt nach zweistündiger Rede unter ironischer Bravourrede der äußersten Linken.

Kultusminister Dr. Ved.: Die vorliegende Angelegenheit ist eine der wichtigsten und ernstesten Fragen der Gegenwart. (Lebhaftes, sehr richtig! rechts.) Die Versuche, auf die Fortbildungsschüler Jugend politisch einzuwirken, sind schon längere Zeit der Gegenstand eingehendster Beobachtung. Es sind auch schon Maßnahmen der verschiedensten Art getroffen worden, um diesen Bestrebungen mit Erfolg entgegenzutreten. So ist die Teilnahme der Fortbildungsschüler an Vereinen usw. in jedem einzelnen Falle von der Genehmigung der vorgehenden Schulbehörde oder der Bezirksinspektion abhängig. Ueberhaupt unterliegt das Verhalten des Fortbildungsschülers außerhalb der Schule der Schuldisziplin. Noch wichtiger als diese Abwehrmaßnahmen ist die staatsbürgerliche Erziehung der heranwachsenden Jugend, die die Fortbildungsschule vermittelt. Hochachtung ist es, daß sich zahlreiche Vereine, zum Teil unter Anlehnung an die Fortbildungsschule, gebildet haben, die sich die Ueberwachung der Jugend bis zum Eintritt in das Heer zur Aufgabe gestellt haben. Diese Vereine haben sich nun zu einem Landesauswahls zusammengeschlossen, der die Jugendpflege in vaterländischem Sinne über das ganze Land einheitlich organisieren will. Eine wirksame Durchführung der Jugendpflege im vaterländischen Sinne erfordert natürlich bedeutende Mittel und deshalb bittet auch das Kultusministerium, die hierfür einzustellenden Mittel zu bewilligen. Die sämtlichen Ordnungsparteien sollten hier Schüler an Schülern an der Seite der Regierung stehen.

Minister des Innern Graf Blythum: Inwiefern gegen die Jugendorganisationen eingeschritten werden kann, richtet sich nach

dem Reichsvereinsgesetz. Die Ueberwachung der politischen Vereine ist danach ausgeschlossen. Aufschluß können nur die Vereine werden, die den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen. Unter 18 Jahre alte Personen dürfen überhaupt keinen politischen Vereinen angehören. Eine Auflösung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen ist auch in Preußen nicht in Aussicht und wegen erfolglos, vielmehr ist an die Polizeibehörden nur die Anweisung ergangen, von Fall zu Fall zu prüfen, ob die Voraussetzungen zur Auflösung dieser Organisationen vorliegen. In Sachsen ist an sich auch ein polizeiliches Einschreiten gegen die Jugendorganisationen möglich, zumal nach der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts, das einen Jugendverein als selbständigen politischen Verein erklärt hat. Ich verkenne durchaus nicht, daß in der systematischen politischen Beeinflussung der heranwachsenden Jugend durch die Sozialdemokratie eine große Gefahr liegt, und ich muß auch wünschen, daß die Polizeibehörden einschreiten, wenn diese Organisationen die gesetzlichen Vorschriften überschreiten. Dementsprechend ist auch an die Polizeibehörden Instruktion ergangen. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Mittstadt ist denn auch gegen die Vorstehenden des Jugendvereins zu Deuben eingeschritten, und das Oberlandesgericht hat diesen Verein als einen selbständigen politischen Verein erklärt. Die Entschließung bezüglich seiner Auflösung erledigte sich dadurch, daß sich der Verein freiwillig auflöste. Im übrigen ist ein Einschreiten gegen die Arbeiterjugendorganisationen ziemlich schwierig, weil eben ihre Ueberwachung nach dem Reichsvereinsgesetz ausgeschlossen ist. Der vom Antragsteller erhobene Vorwurf, daß die Regierung die Arbeiterjugendorganisationen allzu glimpflich behandelt hat, muß also zurückgewiesen werden. Inzwischen hat auch die Sozialdemokratie gemerkt, wie sie ihr Ziel erreichen kann, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Ich will hier aber nicht weiter darauf eingehen, um nicht noch der Sozialdemokratie gute Ratschläge zu geben. (Heiterkeit bei den Soz.) Von einem lediglich polizeilichen Einschreiten gegen die Arbeiterjugendorganisationen kann ich eine wirklich durchgreifende Besserung der Verhältnisse nicht erwarten. (Sehr richtig! bei den Nat.-lib.) Man darf nicht vergessen, daß die Jugend der politischen Beeinflussung in den Werkstätten und Fabriken dauernd ausgesetzt ist. Es wird vielmehr der größte Wert auf die Schulzeit zu legen sein. (Sehr gut! links und in der Mitte.) Mit einer polizeilichen Reglementierung wird der guten Sache nichts genützt, sondern nur geschadet. (Lebhafte Zustimmung bei den Nat.-lib.) Der Staat muß sich jeder direkten Einwirkung auf die Jugend enthalten, das Feld vielmehr der gemeinnützigen Tätigkeit überlassen und soll diese nur durch seine Organe unterstützen. Der Minister hat zu der Tätigkeit des Landesauswahls volles Vertrauen, und hofft, daß es gelingen wird, wenigstens einen Teil der Jugend dem staatsverhaltenden Gedanken wieder zuzuführen. (Bravorufe.)

Abg. Doppel (nat.-lib.) erklärt namens seiner politischen Freunde, daß sie dem Kapitel 101 und insbesondere der Einstellung von 100 000 Mark für die Jugendpflege gern und dankbar ihre Zustimmung geben müssen. Was den Antrag Mangler anbetrifft, so könnte man ihm an sich sympathisch gegenüberstehen, aber nach der Verdrängung und den Ausführungen des Antragstellers muß ich so vorsichtig sein, mich nicht darüber auszulassen. Unsere Fraktion behält sich ihre Stellungnahme zu diesem Antrage ausdrücklich vor. Wir haben auch nicht den Eindruck, daß die Regierung in dieser Angelegenheit Fehler begangen hat. Die ganze Sache verdient, in der Deputation gründlich behandelt zu werden. Man soll uns aber nicht mißverstehen, es mag ausdrücklich betont sein, daß auch wir besonderen Wert darauf legen, daß die patriotische Bekämpfung der Jugend neu gestärkt und neu belebt werden muß. Jede Einseitigkeit in der Jugendpflege muß aber vermieden werden, mit Wanderungen und Kriegsspielen allein ist nichts zu erreichen, vielmehr muß die Jugend zur geistigen Beschäftigung herangezogen werden.

Abg. Reimling (Soz.): Die heutige Rede des Kollegen Mangler, richtiger Vorklesung, war ein drastischer Beweis dafür, welche Wirkung die rote Farbe auf gewisse Leute ausübt. Nach seinen Ausführungen soll jede gegnerische Bewegung einfach mit dem Polizeiknüppel torgeschlagen werden. Es war eine typische konservative Scharfmacherrede. Dr. Mangler war es auch, der kürzlich der Regierung zurief: Sei nicht allzu gerecht und nicht allzu weise, auf daß Du nicht verderbest! Und wie ein roter Faden zog sich durch die heutige Rede des Kollegen Mangler die Aufforderung an die Regierung: Sei nicht allzu gerecht, wenn es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der proletarischen Jugendbewegung handelt! Dasselbe leitet auch heute unsere Justiz, wenn man es von ihr verlangt. (Oho-Rufe!)

Präsident Dr. Bogel (den Nebner unterbrechend) bemerkt, nicht annehmen zu wollen, daß Nebner damit nicht die Richter persönlich gemeint hat, andernfalls er sonst einschreiten müßte.

Abg. Reimling (fortsetzend): Der Begriff der Klassenjustiz ist von uns stets definiert worden, daß die Richter herauszuwachsen aus der bürgerlichen Gesellschaft und beeinflusst werden von dem Milieu, in dem sie aufgewachsen sind und in dem sie täglich leben. Unter Berücksichtigung dieser Momente sind wir weit entfernt, den Richtern aus ihren Urteilen gegen die moderne Arbeiterbewegung einen Vorwurf zu machen. Andererseits bestätigen zahlreiche gegen die Arbeiterbewegung und in neuerer Zeit auch gegen die proletarische Jugendbewegung gefällte Urteile die Auffassung, daß die Richter in

Ury's 95 Pfg.-Tage



Gebrüder

Leipzig Königsplatz 15

Ury's 95 Pfg.-Tage bedeuten stets eine Sensation für Leipzig

Ury's 95 Pfg.-Tage sind seit Monaten gründlich vorbereitet

Ury's 95 Pfg.-Tage bieten in allen Abteilungen ganz aussergewöhnliche Vorteile



Gebrüder

L.-Plagwitz Zschochersche Strasse 26

der Verteilung gewisser Fragen von ihrem Klassenstandpunkt einseitig ausgehen. Wenn die Rede des Kollegen Mangler nicht zu lang wäre, würde den Parteiständen zu raten sein, die Rede in Druck zu geben, um sie agitatorisch auszunutzen, indessen werden wir auch die Rede gründlich ausnutzen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Regierung wird sich wohl heute im stillen sagen: Gott behüte mich vor meinen Freunden! Einen Erfolg werden Sie mit Ihren Vorforderungen sicher nicht haben. Wären Sie unsere Jugendorganisationen auf, gut, auch darauf sind wir gewappnet, wir werden Ihnen den Beweis erbringen, daß die Jugend der Arbeiterbewegung, und besonders der industriellen, letzten Endes doch der Sozialdemokratie gehört. Es kommen hier ganz andere Faktoren in Betracht, die darauf hinwirken, daß die Jugend der Sozialdemokratie doch anheimfällt. In erster Linie sind es wirtschaftliche Ursachen, die veranlassen, daß die Bevölkerung immer mehr proletarisiert wird.

Nach den Ausführungen des Dr. Mangler mußte es den Anschein erwecken, als wenn die Regierung ihre Pflicht gegen die Arbeiter-Jugendorganisationen verkannt hätte. Was es damit auf sich hat, hat bereits die Rede des Kultusministers gezeigt, wonach bezüglich der Zugehörigkeit von Fortbildungsschülern zu Vereinen die Bezirkschulinspektionen bereits im November 1911 die Schulbehörden zur Aufstellung entsprechender Nachträge zu den Sozialkatalogen aufgefordert hat. Die Auffassung, daß die Arbeiter-Turnvereine sich mit politischen Dingen beschäftigen, ist durchaus falsch. Selbst höhere Polizeibeamte haben dies unumwunden zugeben müssen. Gegen die fortgesetzte Verfolgung der Arbeiter-Turnvereine müssen wir den stärksten Protest erheben. Bereits gibt es 20 Orte, in denen den Arbeiter-Turnvereinen verboten worden ist, Jünglingsabteilungen zu bilden. Die Bezirkschulinspektionen schließt bei dem Erlaß an die Schulverwaltungen sogar auf den vorgeschriebenen Nachweis verweist, daß die Vereinszugehörigkeit nachteilig auf den Fortbildungsschulbesuch einwirkt. Dagegen ist verfügt worden, daß die Fortbildungsschüler dem Deutschen Turnverein beizutreten haben. Die Versäumnis der Turnstunden wird sogar wie der Nichtbesuch des Fortbildungsschulunterrichts bestraft. Auf der einen Seite zwingt man also die Fortbildungsschüler, in die Deutschen Turnvereine einzutreten, während man den Arbeiter-Turnvereinen die Bildung von Jünglingsabteilungen verbietet. In ähnlicher Weise wird mit den Schulkindern unter 14 Jahren verfahren. Auch das Reichsvereinsgesetz hat man einschneidendermaßen schon nach Kräften gegen die Jugendorganisationen angewendet. Der Redner behandelt ausführlich den Fall mit dem Deutschen Jugendverein. Wollten wir die bürgerlichen Jugendvereine ebenso behandeln, wie es von Gegenseite mit unsern Jugendorganisationen geschieht, es würde nicht viele geben, die nicht ebenfalls der Auflösung verfielen. Man denke doch nur an den Bund der Landwirte, die Kriegervereine, den Flottenverein, den neugegründeten Deutschen Reichsverein usw. Gegen mehrere Lehrer in Dresden-Gotta ist man eingeschritten, weil sie es abgelehnt haben, auf den Elternabend der Sozialdemokratie zu besprechen. Das alles beweist, daß die Regierung kein Mittel unversucht gelassen hat, der Arbeiter-Jugendbewegung entgegenzuwirken.

Welche Zwecke verfolgt man denn nun mit der nationalen Jugendpflege? Man befreit, daß man damit politische Zwecke verfolgt. Jedenfalls kann aber nicht in Abrede gestellt werden, daß die nationale Jugendpflege der Auslösung der Angst vor der Arbeiterjugendorganisation ist. In der im vorigen Jahre im Mini-

sterium abgehaltenen vertraulichen Besprechung über die Organisation der Jugendpflege hat die Regierung seitens der Regierung gerade den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann mit dem einleitenden Referat beiratet. Wenn wir auch wissen, daß Herr Dr. Stresemann auf allen Seiten beschlagen ist, so will es doch nicht recht einleuchten, daß er gerade auf dem Gebiete der Jugendpflege besonders reiche Erfahrungen besitzt. Bezeichnenderweise hat dabei Dr. Stresemann als Hauptaufgabe der nationalen Jugendpflege bezeichnet, der sozialdemokratischen Jugendbewegung entgegenzutreten. Man hat dies also gewissermaßen als Programm der nationalen Jugendpflege hingestellt. Daraus sieht man deutlich, daß man nicht bloß das Wohl der Jugend im Auge hat, sondern, daß man damit Nebenwege verfolgt, die man uns sonst unterzuschieben beliebt. Es ist auch recht bezeichnend, daß in der bürgerlichen Jugendbewegung noch nicht ein einzigesmal die Frage des Jugendstudiums gestreift worden ist, obgleich es doch die erste Aufgabe einer Jugendpflege sein muß, dafür zu sorgen, daß die Jugend anständig wohnen und sich anständig ernähren und kleiden kann usw. Die Annahme der Zügellosigkeit, der Frauenarbeit im Erwerbseleben, der Kriminalität der Jugend und dergleichen mehr, das sind die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise auf die Bevölkerung. Angesichts dieser Tatsachen sollte sich die Regierung die Frage vorlegen, ob hier nicht zugegriffen werden muß, um dieser Entwicklung der Verhältnisse vorzubeugen. Man sollte erst anfangen, die soziale Lage der Bevölkerung zu heben, ehe man damit beginnt, die Jugendpflege in ihrem Sinne zu betreiben. Sorgen Sie für ausreichende Ernährung der Bevölkerung und für ausreichenden Jugendschutz, führen Sie das allgemeine Verbot der Kinderarbeit durch, dann treiben Sie wahrhaft Jugendpflege! Als wir Ihnen kürzlich mit unserm Antrage auf Anstellung eines Landesgewerbebezugs Gelegenheit gaben, praktische Jugendpflege zu treiben, haben Sie den Antrag bekämpft. Sorgen Sie deshalb dafür, daß auf diesem Gebiete etwas geschieht, dann werden Sie uns an Ihrer Seite haben.

Nun wird Ihnen also Ihre nationale Jugendpflege nicht. Wir protestieren aber dagegen mit aller Entschiedenheit, daß staatliche Mittel zu Zwecken bewilligt werden, die sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung richten. (Lebhaftes: Sehr richtig! bei den Soz.) Und in Sachsen gehört die Mehrheit der Bevölkerung zur Sozialdemokratie!

Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Redner noch volle Parität bei der Gewährung staatlicher Beihilfen an Vereine, Anstalten usw.

Minister des Innern Graf Bismarck bemerkt, daß bei den Verhandlungen über die Organisation der Jugendpflege Dr. Stresemann wohl zugegen gewesen sei und auch gesprochen, aber nicht das einschneidende Referat gehalten habe.

Hg. Lange (Soz.) fordert Einhellung erhöhter Mittel in den Etat für das Museum für Völkervunde in Leipzig, da es sich hier um Erfüllung einer wichtigen Kulturfrage handelt. Die Regierung sollte auch erwägen, ob sich nicht durch Gefes oder Verordnung ermöglichen läßt, daß vorgeschickliche Funde Staatsbesitz werden, daß neue wertvolle Funde aus grauer Vorzeit bei der zuständigen Stelle angemeldet werden müssen usw.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf, obgleich noch circa ein Duzend Redner gemeldet sind, mit großer Mehrheit angenommen.

In seinem Schlußwort spricht der Abg. Dr. Mangler seine Unzufriedenheit mit den Ausführungen der Minister und seine Bewunderung über die heutige Haltung der Nationalliberalen aus und kritisiert daran die Hoffnung, daß sie sich noch in der Deputation bessern werden. (Schalende Heiterkeit.)

Kapitel 101 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt; ferner wird, ebenfalls gegen die Stimmen der äußersten Linken, beschlossen, den ersten Teil des Antrags Mangler zur Weiterbehandlung an die Gesetzgebungsdeputation zu verweisen, den zweiten Teil aber an die Deputation für das neue Schulgesetz.

Nächste Sitzung: Montag, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Änderung des Fürstengesetzes, Etatkapitel, Petitionen usw.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Ausrätgers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unrichtige Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Ausrätgers mit angeben. Die Expedition.

Was ist Greno?

Greno - Nährstoffkaffee-Ersatz ist ein auf Grund wissenschaftlicher Erfahrungen hergestelltes, garantiert reines Naturprodukt.

Greno enthält außer anderen der Gesundheit zuträglichen Stoffen eine entsprechende Menge Nährstoffe, deren hygienischer Wert sehr geschätzt wird.

Sein aromatischer kaffeeähnlicher Geschmack macht **Greno** zu einem Kaffee-Ersatzmittel allerersten Ranges für Gesunde, Kranke und Konvaleszenten, namentlich auch Kindern ist er ein willkommenes, gelundes Getränk.

Greno ist sehr ausgiebig; ein Liter dieses wohlschmeckenden Kaffee-Ersatzes kostet nur ca. 8 Pfg.

Greno ist erhältlich in 1/2 Pfund-Paketten zu 50 Pfg. und 1/4 Pfund-Paketten zu 25 Pfg. Verlangen Sie Kostproben gratis bei Ihrem Kaufmann.

Sächsische Malzkaffee-Fabrik und Nahrungsmittel-Industrie
Carl Müller, Altenburg S.-A.

5% Rabatt
auf alle Waren mit Ausnahme von wenigen Marken u. Nettoartikeln.

Billige Messpreise

5% Rabatt
auf alle Waren mit Ausnahme von wenigen Marken u. Nettoartikeln.

Wie alljährlich, so veranstalten wir auch in diesem Jahre während der Messe eine billige Verkaufswoche. Diese Veranstaltung bietet wieder einmal eine ganz hervorragende Einkaufsgelegenheit und gewährt nur während der Messstage trotz der aussergewöhnlich billigen Preise dennoch auf fast alle Waren einen Rabatt von 5 Prozent, welcher nach Wunsch in bar oder in Rabatt-Marken zur Auszahlung gelangt.

Es kann nur ein kleiner Teil der zum Verkauf gelangenden Artikel aufgeführt werden und bitten wir um Berücksichtigung der Schaufenster- und innen-Auslagen.

Damen-Wäsche Damen-Bomden mit Stickerei . . . 1.95 Damen-Bomden mit Stickerei-Passe . . . 1.95 Knio-Beinkleid mit Stickerei . . . 1.25 Knio-Beinkleid mit Fältchen u. Stickerei . . . 1.95 Knio-Beinkleid mit breiter Stickerei . . . 2.65 Untertaille mit Stickerei . . . 95	Strümpfe Kinderstrümpfe, schwarz GröÙe 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 22 25 28 32 36 40 46 50 56 62	Taschentücher Herren-Batisttücher mit bunter Kante, 8 Stück 95 Weisses Linontücher gute Qualität 6 Stück 95 Damen-Stickertücher mit Langnetze 3 Stück 95	Handschuhe Damen-Handschuhe couliert Paar 38 Damen-Handschuhe mit Druckknöpfen Paar 55 Damen-Handschuhe halblang Paar 98 65	Lederwaren 1 Posten sehr preisw. Handtaschen Stück 95 1 Posten Rucksacktaschen Stück 1.75 bis 95 Rucksäcke Stück 4.25 3.25 2.25 bis 58
Seidene Bänder — Gürtel Samt-Gummigürtel, schwarz Stück 1.90 95 38 Damen-Ledergürtel in schöner Ausführung Stück 1.25 95 Taillotband in allen Farben, ca. 8 cm breit 4 Meter 95 Aeroplan-Damenschleifen, St. 95 60 38 1/2 Pfd. echte Vigogne, alle Farben . 50	Konfektion Eleg. Kostüme aus Stoffen engl. Art, in versch. Farb., teilweise auf Seide 17.— 13.75 Mod. Paletots aus Stoffen engl. Art, mit Tuch-Paspel u. Revers 18.60 10.80 7.50 5.75 Batist-Blusen mit reich. Valencienn-Garn u. Klippel-Einsätzen . . . 3.50 2.25 1.45 85			Schreibwaren 6 Rollen Klotztpapier, Repp . . . 95 6 Pakete Butterbrotpapier . . . 95 1 Briefordner G. J. L. und 200 Kuverts 95
Herren-Artikel besonders preiswert Bunte Oberhemden, durchgemustert, aus reinem Zephyr . . . 2.90 Kragen, Is, 4fach, die neuesten Fassons 48 32 Servietten, weiss und bunt, in weich und steif . . . 48 33 Krawatten in fertig sowie Bindern, die neuesten Dessins . . . 1.15 95 78 48 Hosenträger, Ersatz für Endwell, besonders preiswert . . . 95 Herrenwesten, bunt Serie II 2.65 Serie I 1.85 Herrenhüte, die neuesten Fassons in steif und weich . . . 1.90	Kleider-Stoffe Schell-Cheviots, reine Wolle, viele Farben, ca. 110 cm breit . . . Meter 95 Well-Batiste, ca. 110 cm breit, viele Frühjahrsfarben regulärer Preis 2.—, Meter 1.25 Damenuche, 180 cm breit, regulärer Preis Meter 7.50, Meter 3.90 Roste in reicher Auswahl, für Blusen, Wert bis 1.50, jeder Rost 95			Schreibwaren 6 Pakete Waschwasser . . . 95 1 elegante Rasiergarnitur . . . 95 1 Flasche bestes Haarwasser . . . 95
Steingut Waschbecken, bunt 1.25 95 78 Wasserkrüge, bunt 1.25 95 85 Nachtgeschirre, weiss 43 38 28 Speiseteller, bunt 10 8 6 Speiseteller, Zwiebelmuster 12 10 Blumen-Ampeln 75 60 45 Heringskasten, gross, weiss, 1.65 Terrinen, weiss, gross 75 55 Leuchter, bunt, 35, weiss 25 Küchengeräte, 22 teilig 7.90 Essekumpen . . . 25 15 12	Putz Engl. garn. Hüte in Bast, Rosehaar 2.25 1.85 Panama-imit., Manilla u. Florentiner, in mod. Formen, sehr elegant 7.90 5.50 3.90 2.40 Toques u. Frauenhüte in jed. Ausführung aus Borde od. Strobbstoff mit Flügel 6.50 4.25 Schicker Damenhut, grosse flotte Formen mit Band, Flügel oder Röhrengarnitur 5.65			Schreibwaren 1 Flasche Malglöckchen, Eau de Cologne 95 2 Flaschen feinste Blütenöle, verschiedene Gerüche . . . 95
Wirtschafts-Artikel Zitronenpressen . . . 8 Starzflaschen mit Glas 45 35 18 Bierbecher . . . 15 12 8 Weingläser . . . 24 18 10 Glasstoller . . . 10 8 6 Kompottschüssel . . . 15 10 8 Wassergläser . . . 8 6 Bierseidel, Pilsner . . . 24 20 Salz- und Pfeffermengen 8 5 Wasserflaschen . . . 95 85 45 Schnapsgläser . . . 12 10 8	Wirtschafts-Artikel Briefkasten 78 60 45 Kaffee- u. Zuckerbüchse 40 28 23 Tassen mit Haarboden 12 10 6 Siebkannen . . . 95 65 48 Blumengitter . . . 75 55 45 Kaffeemühlen . . . 1.10 95 85 Brotkapsel, dekoriert 1.95 1.35 Verzinkte Eimer . . . 1.15 95 85 Wasserleitungsregler . . . 15 8 6 Hühnerwagen . . . 2.90 2.45 1.95 Reibmaschinen . . . 1.65 1.45 1.25			Schreibwaren Kleiderbügel . . . 8 5 3 Wäscheklammern . . . 22 18 9 Quirle . . . 8 6 4 Wäscheleinen . . . 1.75 95 55 Marknetze, gross . . . 75 55 48 Schonerbürsten . . . 30 25 20 Schrubber mit Stiel . . . 45 38 30 Handwaschbürsten . . . 15 10 8 Wischbürsten . . . 55 45 38 Handfeger, grau . . . 55 45 38 Kehrbesen, grau . . . 95 85 65
Porzellan Kaffeeservice, Stl. dek. 4.25 3.45 1.95 Dejoniers, Stl., dek. 1.95 1.45 95 Kaffeekannen, gross, bunt 1.25 95 Kaffeekannen mit Deckelschutz . . . 68 48 38 Gemüselonnen, bunt dekoriert 35 Gewürztonnen, bunt dekoriert 18 Terrinen, bunt, gross . . . 95 Speiseteller, feston, tief u. flach 20 Satz Milchtopfe, 6 Stück, bunt 1.65 1.35 95	Porzellan Korsetts, lange Fasson . . . 1.95 Korsetts, lange Fasson . . . 2.75 Korsetts, elegante Form . . . 4.90			

Kaufhaus Gebr. Joske Leipzig

Windmühlenstr. 4-12.

11. Verbandstag der Dachdecker.

k. Nürnberg, 18. April.

Der heutige vierle Verhandlungstag brachte eine eingehende Aussprache über den Bauarbeiterstreik. Diese Frage ist ja im Dachdeckerberuf von besonderer Wichtigkeit. Die Redner beschränkten sich, daß in den letzten zehn Jahren der Bauarbeiterstreik durchgehend schlechter geworden ist. Bei den Bauten nimmt das Ueber-die-Hand-Mauern immer mehr zu, und damit werden die Gerüste immer schlechter. Das wirkt auf die Gerüste der Dachdecker zurück. Uebliche Klagen führte Schreiner-Dresden gegen die sächsische und die badische Regierung, die hier vollständig versagen. V. Reichenberger-Dresden als Vertreter der Asphaltarbeiter weist auf den schlechten Schutz der Straßenarbeiter hin, die ohne jeden Schutz gegen Wind und Wetter sind. Als Folge davon werden die Groschen der Arbeiter in die Wirtschaften getragen. Einke-Berlin geht in seinen Ausführungen zum Schluß auf die vorgetragenen Beschwerden ein und empfiehlt die Einbringung einer Interpellation an den preussischen Landtag. Die Dachdeckerzeitung werde gut tun, wenn sie in Zukunft die vorkommenden Unfälle statisch zu verarbeiten sucht, um sortgerechtes Material zu sammeln. An die Kollegen, die bei Aufstellung und Abschluß von Lohnverträgen beteiligt sind, richtet der Verbandstag die Bitte, daß sie in den Tarifen den Bauarbeiterstreik mehr berücksichtigen.

Dann folgte der Hauptpunkt des Verbandstages: Die zu treffenden Maßnahmen für die Kämpfe der Zukunft. Darüber berichtete Kollege Diehl-Frankfurt. Er erinnerte eingangs an die letzte Aussprache 1910 und zeigte, was die Dachdecker im nächsten Jahre zu erwarten haben. Der Blick auf die Zukunft bedinge eine Reform unserer Finanzen, denn es sei wohl anzunehmen, daß die Gelber auch bei den nächsten Kämpfen keine kleine Rolle spielen werden. Die Kollegen im Lande sind bei ihren Vorschlägen erwerbslosweise der Situation schon gerecht geworden und haben Vorschläge gemacht, die weit über das hinausgehen, was der Zentralvorstand vorgeschlagen hat. Die Zeiten sind jetzt vorüber, wo man sich bei Lohnkämpfen auf die Hilfe der Allgemeinheit verlassen konnte; heute haben sich die Gewerkschaften mehr als früher auf die eigene Hilfe zu stützen. Was jetzt hat der Verband bei einer Reform der Beiträge noch immer gewonnen. Das war die Folge davon, daß der Verband seinen Mitgliedern auch etwas leisten konnte.

Nach Braunschweig berichtet dann, daß die Kommission die eingereichten Anträge geprüft und folgende Vorschläge zu machen habe:

Table with 4 columns: Beitragsklasse, Betrag, Mehr, Erhöht auf. Rows 1-8 showing contribution levels and increases.

Die Erhöhung obiger Sätze beträgt durchschnittlich 50 Prozent. Die Stala II ergibt eine Erhöhung von durchschnittlich 30 bis 35 Prozent. Diese Sätze sollen auf die Dauer von 25 Wochen gegolten werden, und zwar vom 2. Mai bis 28. Oktober. In einer sehr sachlichen Diskussion erklärten sich die Redner für den Kommissionsvorschlag, einige Gaus, wie Bayern, Hessen-Nassau, Hamburg und andere, wollten mit Rücksicht auf die Gesamtlage noch höher hinaus. Der Vorschlag der Kommission wird hierauf mit 37 Stimmen angenommen. Gleichzeitig wird eine Reform der Streikunterstützung vorgenommen auf Grund folgender Vorschläge:

Die Unterstützung beträgt für Mitglieder, die dem Verband bei Streiks

Table with 4 columns: über 2 Jahre angehören, in der 1. Beitragsklasse, 2. Klasse, 3. Klasse, 4. Klasse, 5. Klasse, 6. Klasse, 7. Klasse, 8. Klasse. Rows 1-8 showing support amounts for different membership classes.

Die Diskussion vollzieht sich nicht so glatt wie bei der Beitragsfrage, da eine große Reihe von Einzelwünschen vorgetragen wird; schließlich gelangt der Kommissionsvorschlag zur Annahme. Durch die neue Fassung werden besonders die älteren Mitglieder in der Streikunterstützung besser gestellt. Weiter werden eine ganze Reihe Bestimmungen des Streikreglements geändert und Normen geschaffen für den Fall, daß die Dachdecker durch Aussperrungen in anderen Berufen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Dann folgte ein Referat des Kollegen Wagner-Nürnberg über: Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Er erklärte sich

als ein Freund dieser Unterstützung mit Rücksicht auf die ganze wirtschaftliche Lage und insbesondere mit Rücksicht auf den sich immer mehr verbreitenden Gedanken der kommunalen Arbeitslosenunterstützung und Ueberweisung von Zuschüssen an die Gewerkschaften. Doch warnte er davor, die Unterstützung schon auf diesem Verbandstage einzuführen; derartige Fragen fordern eine Vorbereitung, deshalb möge sich der Verbandstag diesmal mit folgender Resolution begnügen:

Der Verbandstag stimmt im Prinzip der Einführung der Arbeits- und Erwerbslosenunterstützung in unserm Verbandsgebiet zu, er beauftragt den Zentralvorstand, die nötigen statistischen Erhebungen zu reorganisieren und auf Grund dieser Erhebungen eine Vorlage anzubereiten, welche dem nächsten Verbandstage zur Beratung zu unterbreiten ist. Die Resolution wurde angenommen.

Vierter Verbandstag des Deutschen Kürschnerverbandes.

k. Leipzig, 20. April.

Zum viertenmal kommen nächsten Montag die Vertreter des Kürschnerverbandes im hiesigen Volkshaus zusammen, um Rückblick und Ausblick über die Verbandstätigkeit zu halten. Der Vorstand des Verbandes hat über die drei letzten Jahre — 1909 bis 1911 — Rechnung abzugeben, drei Jahre, in denen die Konjunktur dem Berufe nicht besonders günstig war und die große Kämpfe für die Organisation brachte. Mit Schluß dieser Geschäftsperiode steht der Verband auf ein zehnjähriges Bestehen zurück: am 1. Januar 1902 hat er seine Tätigkeit begonnen. Bei seiner Gründung traten dem Verbands gleich 1153 Mitglieder bei, Ende 1911 zählte er deren rund 4000. In den zehn Jahren hat der Verband manch harte Kämpfe für die Verbesserung der Verhältnisse der Kollegen geführt und manche Vorteile für die Mitglieder errungen. Die tägliche Arbeitszeit wurde seit Bestehen des Verbandes im Bereiche um mindestens eine Stunde verkürzt und mit der Arbeitszeitverkürzung war auch fast überall ein Steigen der Löhne zu verzeichnen. In sieben Geschäftsjahren, über die eine Zusammenstellung vorliegt, wurde für 2710 Personen eine Lohnerhöhung von 8055 Mk. pro Woche erzielt.

Die Agitation wurde in der Berichtsjahre rege betrieben. Daß sie erfolgreich war, zeigt die hohe Zahl der Aufgenommenen: 4800. Von diesen Neueingetretenen blieben aber nur 24 Prozent als Mitglieder erhalten, ein Zeichen starker Fluktuation. In Bezug der Geschäftsperiode zählte der Verband 2811 Mitglieder (2051 männliche und 760 weibliche) und an ihrem Ende 3095 Mitglieder (2051 männliche und 1044 weibliche). Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg um 27 Prozent, die der weiblichen Mitglieder aber um 87 Prozent; der gesamte Zuwachs betrug 1142 = 42 Prozent. Die Zahl der Verbandsfilialen stieg von 44 auf 40.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen fanden in der Berichtsjahre 47 statt, an denen 4728 Personen beteiligt waren. Im Mittelpunkt dieser Bewegungen steht die große Aussperrung in der Juristenbranche, die vom 1. Januar bis 31. März 1911 dauerte. An dieser Aussperrung, die durch den Ausschluß dreier Verbandsmitglieder durch die Justizstelle Mitha — mit dem der Verbandsvorstand aber nicht einverstanden war — hervorgerufen wurde, waren 1287 Mitglieder beteiligt. Die Kosten hierfür betragen 187 400 Mk. Von den 47 Bewegungen verliefen 38 erfolgreich, 15 mit teilweisem Erfolg und 4 mit negativem Resultat. Erreicht wurde für die 4728 Beteiligten eine Arbeitszeitverkürzung um 3004 Stunden wöchentlich und eine Lohnerhöhung um 6321 Mk. pro Woche. Abgemehrt wurden eine Arbeitszeitverlängerung um 45 Stunden und eine Lohnkürzung um 512 Mk. Tarifverträge kamen 22 zum Abschluß. Die Ausgaben für die Streiks und Aussperrungen betragen 1909: 4324 Mk., 1910: 10 327 Mk., 1911: 170 924 Mk.

Die Unterstützungsleistungen des Verbandes wurden durch Beschluß des letzten Verbandstages ganz bedeutend erweitert. Am 3. Oktober 1910 traten die Arbeitslosen, die Reisende und die Umzugsunterstützung in Kraft. Für die Zwecke der Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtsjahre 37 201 Mk. angewendet. Und zwar für Arbeitslosigkeit am Orte 9700 Mk., Reiseunterstützung 301 Mk., Krankheitsunterstützung 23 497 Mk. und für Wöchnerinnenunterstützung 550 Mk. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betragen in den drei Jahren 553 023 Mk., die Ausgaben 552 650 Mk. Die Mehreinnahme ist also ganz gering, sie beträgt nur 370 Mk. Das Vermögen des Verbandes belief sich Ende 1909 auf 53 138 Mk., Ende 1911 auf 53 508 Mk.

Auf der Tagesordnung des Verbandstages stehen neben den Geschäftsberichten nur die Punkte Statutenberatung, Stellung zur internationalen Kürschnerkonferenz und Beratung der übrigen Anträge. Der Verbandsvorstand unterbreitet dem Verbandstag einen Statutenentwurf, der eine Beitragserhöhung um 6, 10 und 15 Pfa. vorseht. Gleichzeitig wird eine entsprechende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorgeschlagen. Die Streikunterstützung soll in den drei ersten Klassen etwas ermäßigt werden. Wichtig ist ferner der Vorstandsvorschlag auf Einsetzung eines Vertrats, wie ihn andere Organisationen haben. Der Vorstand hat weiter ein neues Streikreglement ausgearbeitet, das ihm bei Bewegungen größere Rechte zusichern würde. Nach diesem Reglement müssen sämtliche Streiks nicht nur die Zustimmung des Verbandsvorstandes haben — das war auch bisher so —, sondern dem Vorstand steht auch das Recht der Leitung bei allen Streiks zu. Auch soll er das Recht haben — und das ist wohl die wichtigste Frage —, einen Streik als beendet zu erklären, wenn keine Aussicht auf Erfolg vorhanden ist.

Diese Vorschläge des Vorstands wurden zweifellos durch die Beispiele bei der großen Aussperrung der Juristenbranche diktiert. Die Anschauungen des Vorstands und der Ortsverwaltung Mitha standen sich nicht gegenüber. Die Redaktion des Verbandsorgans hat gegen die Vorschläge Stellung genommen. Sie steht in ihnen eine Beschränkung der Rechte der Ortsverwaltungen und lehnt sie aus Gründen der Demokratie ab. Die Filiale Berlin verweist in einem Antrage zum Verbandstage die Vorstandsentscheidungen „wegen des darin enthaltenen autoritären Charakters“. Gegen diese Ansicht wendet sich der Verbandsvorstand in der Verbandsorgans. „Nicht Verordnungsorgane“ seien die Verwaltungen für die neuen Vorschläge gewesen, sondern die Ueberzeugung, daß unter den jetzigen Verhältnissen eine stärkere Fassung notwendig sei.“

Diese gegenteiligen Ansichten lassen auf lebhaften Auseinandersetzungen auf dem Verbandstage schließen.

Soziale Rundschau.

Unfruchtbarkeit.

Mit eindeutigen Ziffernreihen schreibt die preussische Statistik die Geschichte der fortschreitenden Unfruchtbarkeit unseres Volkes. Die Angaben des Jahrbuchs für 1910 lassen auf ein Tempo des Geburtenrückgangs schließen, wie man es noch vor kurzem nicht erwartet hat. Selbst absolut genommen ist die preussische Geburtenzahl des Jahres 1910 die niedrigste seit mehr als einem Jahrzehnt. Auf tausend der Bevölkerung gerechnet, fiel die Quote von 37,1 im Jahre 1890 auf 31,5 im Jahre 1910. Jedes weitere Jahr bringt eine Verminderung der Geburtenquote um wenigstens 0,6 vom Tausend der Bevölkerung. Dieser Rückgang ist allen Regierungsbezirken der Monarchie gemeinsam; allerdings weisen die Zahlen ganz gewaltige Unterschiede auf. Während die Sterblichkeit nur um 6 vom Tausend der Bevölkerung schwankt, nämlich zwischen 14,4 (Düsseldorf) und 20,5 (Straßburg), divergiert die Geburtenzahl um nicht weniger als 10; nämlich 22,2 (Berlin) und 12,2 (Münster). Der westfälische Regierungsbezirk hat also nahezu doppelt soviel Geburten, wie der Stadtkreis Berlin. Dabei sei erwähnt, daß diese heute enorm hohe Geburtenzahl des münsterischen Landes nur dem deutschen Durchschnitt vor 35 Jahren entspricht. Der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen beträgt für Münster 24 (auf 1000 der Bevölkerung), für Berlin 6,8. Es würde also, auf sich selbst angewiesen, zur Verdoppelung seiner Volkszahl der Regierungsbezirk Münster nur 20 Jahre, Berlin mehr als ein Jahrhundert brauchen.

Was bedeuten nun diese Ziffern für die Fruchtbarkeit der Nation? Im preussischen Gesamtstaat ist die Zahl der Geburten heute rund doppelt so groß, wie die Zahl der ehe-schließenden Personen; vor 12 Jahren noch 2/3 mal so groß. Das heißt, es entstammen in Preußen einer Ehe durchschnittlich noch 4 Kinder; Berlin mit 11 Eheschließungen und 31 Lebendgeburten ist genau beim Zweifelhundertsystem angelangt, auf tausend weibliche Personen im Alter von 15 bis 45 Jahren entfallen vor einem Rentenafter noch 175 Geburten jährlich; in den 90er Jahren waren es 164, zwischen 1901 und 1905: 155, im letzten Jahrstump nur noch 144. Kie! schneller aber ist der Rückgang, wenn man die Städte für sich allein betrachtet. Noch Ende der 70er Jahre war der Abstand zwischen Stadt und Land erheblich geringer als heute: 161 gegen 153. Im letzten Jahrzehnt ist die Quote für das Land auf 109, für die Städte auf kaum 119 zurückgegangen. Es ging also in den Städten der Abstieg dreimal so schnell vor sich wie auf dem Lande. In wenigen Jahren werden die Städte die Verhältniszahl 100 erreicht haben. Für Berlin beträgt sie nach der vorliegenden Statistik nur noch 82, im gegenwärtigen Augenblick kaum mehr als 75. Wie, ah! hiefen von der lokalen Verschwendung, die einzelnen Volksteile am Geburtenrückgang beteiligt sind, läßt sich nur indirekt erschließen. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß bei den wohlhabenderen Städten, wenigstens der Städte, die Quote noch mehr niedriger ist als bei der übrigen Bevölkerung. Das ein dringlichste Beispiel dafür liefert das Preussentum. Von der Statistik wird es natürlich nur als konfessionelle Einheit erfasst; bekannte Tatsachen bringen es aber mit sich, daß diese Gruppe auch wirtschaftlich, lokal (Zusammenfluß in den Städten) und beruflich aus der Gesamtheit herausgehoben ist. Da ergibt nun die Statistik des letzten Jahres, daß in dieser vergleichsweise wohlhabenden Bevölkerungsschicht die Geburtenquote den beispiellos niedrigen Stand von kaum 15 auf 1000 erreicht. Das ist fast soviel wie im Volksdurchschnitt und auf die Dauer ein Aussterbeetat. Wer sich über die Einzelheiten dieser Vorgänge unterrichten will, lese das Buch des Arztes Dr. Felix Theilhaber: Der Untergang der deutschen Juden. Hier ist dieses Unfruchtbarkeitsmal der jüdischen Bevölkerung nur erwähnt, weil es in andern wirtschaftlich ähnlichen Kreisen des Volkes unzweifelhaft seine Analoga hat.

SULIMA Matrapas. Feinste Qualitäts-Cigarette zu 2 1/2 bis 5 Pfg. per Stück. Includes illustration of a man's face.

Frühjahrs-Neuheiten Tausende von Blusen von seltener Preiswürdigkeit. Marie Kramer Hainstrasse 7, Nahe am Markt. Includes list of clothing items and prices, and an illustration of a woman in a dress.

Morgen Sonntag, nachm. 4 Uhr
**Weihmann-Sänger
 und Messball.**

Flotter Betrieb. — ff. Küche und Keller.

**Dresdner
 Straße 20**

Telephon 14270.

Pantheon

**Dresdner
 Straße 20**

Inh.: G. Wenzel.

Jeden Freitag bis nachts 1 Uhr
Feiner intimer BALL

Nur erstklassige Ballmusik.

Angenehmer Verkehr.

Westend-Hallen Leipzig-
 Plagwitz

Grösstes und elegantestes
 Etablissement des Westens

Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr
Grosser Elite-Ball.

Guter bürgerlicher Verkehr.
 Beste Speisen u. Getränke.
 Ergebenst ladet ein
 8817] **Gustav Büttner.**

Paunsdorf - Neuer Gasthof.

Morgen Sonntag, von nachmittags 4 Uhr an
Grosser Elite-Ball.
 Schneidige Ballmusik. 8 Uhr: Kontor. Hochachtung Fr. Müller.

Drei Lilien

L.-Raudnitz
 Kohlgrabenstrasse
 und Bergstrasse
 Haltest. beid. Strassenab.



Morgen Sonntag, nachmittags 1/4 4 Uhr

Erstes grosses Frühlingsfest

in den dazu schön geschmückten Festsälen unter Mitwirkung des
 beliebten **Lipsia-Ensemble.**

Von 6 Uhr an **Grosser Frühlingsball.**

Nächsten Dienstag

Zweites grosses Frühlingsfest

unter Mitwirkung des bekannten **Waldow-Ensemble.**

Sierauf **Frühlingsball.**

Hauskarten gültig
 Bei sämtlichen In-
 strumental-Konzerten für Kinder
 :: freier Zutritt ::
 :: Besitzer ::
Bruno Röske.

[8780]

VOLKSHAUS

Zeitzer Strasse 32.

Jeden Sonntag, in den Restaurations-Lokalitäten
 Unterhaltungs- u. Künstler-Konzerte

Grosses Ballfest

Nachmittags von 4 Uhr ab im Festsaal
 Vorzügl. Biere. Hochf. Küche bei kleinen Preisen.
 Angenehmer Verkehr. Freundliche Lokalitäten.
 Empfehlen 3 ff. Carambolage-Billards.
 Ganz besonders machen wir auf unsere erweiterten,
 vollständig renovierten Restaurationslokale auf-
 merksam und bitten um fleissige Benutzung.
 DIE VERWALTUNG.

Mittwochs: Grosse Schlachtfeste.

Schützenhaus S.

Grösstes, vornehmstes Ball-Etablissement.
 Morgen **Gr. Elite-Messball.**
 Neueste Tänze. Stille Ueberraschungen.

Kronen-Quell

Leipzig-Neuschönfeld
 Adelsheidstr. 18.
 3000 Personen fassend.
 Morgen **Grosser öffentl. Ball.** Jed. Sonnabend
 Sonntag **Speckkuchen**
 Feinster Familienverkehr in meinem neu renovierten Lokal
 Ergebenst ladet ein **O. Kirchhof.**

Grüne Schänke

LEIPZIG-ANGER :: Tel. Nr. 3945

Morgen Sonntag
 von nachm. 4 Uhr an
Fest-Ball



Schönster Verkehr u.
 Treffpunkt des Ostens
 Für Freunde d. Ober-
 hausen liegen versch.
 Fachschriften aus:

Hochachtungsvoll **Franz Schütze.** [8282]

Albertgarten

Grösstes u. schönstes Vergnügungs-Etablissement.

Sonntag, nachmittags 1/4 4 Uhr **Seidel-Sänger.**
 Montag, abend: **Apollo-Sänger und Ball.**



Paunsdorf, Alter Gasthof

5 Minuten von der Endstation der Strassenbahn. Besitzer: Artur Scholler.
 Morgen **Grand Elite-Ball.** Erstklassiges Ball-Orchester.
 Sonntag **Frühlingsball.** Nur neuste Tänze.
 In den Restaurations-Räumen: Angenehmer Familien-Aufenthalt.
 Anerkannt vorzügliche Küche. [8886] Selbstgebackenen Kuchen.

Neuer Gasthof, Mockau.

Konzert- und Ball-Etablissement, Hauptstr. 52. Tel. 14938.

Allen Freunden, Nachbarn und Bekannten die ergebene Mitteilung,
 dass wir obiges Etablissement übernommen haben.
 Durch tadellose Bedienung, nur beste Speisen und Getränke werden
 wir auf das eifrigste bemüht sein, uns das Vertrauen des geehrten Publi-
 kums zu erwerben.

Halten gleichzeitig unseren schönen Festsaal, schönen schattigen
 Garten mit Kolonnaden und Veranden zur Abhaltung von Festlichkeiten
 aller Art bestens empfohlen.

NB. Zum Ausschank gelangen die beliebten **Naumann-Biere.**
 Einer gütigen Unterstützung entgegengehend zeichnen
 mit Hochachtung **Karl Müldner und Frau.**

Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr Grosser öffentlicher Ball.

Schneidige Ballmusik. — Neueste Tänze. — Haltest. der roten Strassenb. I.

Munkels Konzert- und Ballhaus, Eutritzsch

früher Gosenschlösschen.

Morgen Sonntag: **Grosser Elite-Ball.** Anfang 4 Uhr.

Montag: **Humoristisches Konzert** der beliebten
Lewrig-Preil-Sänger. Anfang 8 Uhr.

Nachdem **Feiner Ball.**
 Hochfein! **Döllnitzer Bittergutsosc.** Hochfein!
 Es ladet freundlichst ein [8852] **Julius Munkel.**

Hotel Deutsches Haus

Telephon 3934

Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr
Oeffentliches Ballfest.

Montag, abends 8 Uhr

Gr. humorist. Konzert u. Ball
 5281] à la Ronacher.



Lindenau
 Markt Nr. 21

Zur Linde Oetzsch

Tel. 19448.

Inh.: G. Klipping.

Gute Bahn- u. Aussehb.-Verb.

Grösstes und schönstes Vergnügungs-Etablissement
 im Süden Leipzigs und Umgebung. [8287] Erb. 1911

Gute Bahn- u. Aussehb.-Verb., — Auf herrl. Wald- u. Wiesenwegen bequem zu erreich.

Morgen Sonntag, nachm. 4 Uhr, **Grosses Ballfest.**
 Neueste Operetten-Tänze. Linden-Walzer. Erstklassige Bewirtung.

Tivoli.

Morgen Sonntag und Montag [8297]

Grosser Mess-Ball

Anfang 5 Uhr. — Kapelle Günther Coblenz. — Neueste Tänze. — Flotter Betrieb.

Sanssouci

Elsterstr. 12 Leipzig Elsterstr. 12

Morgen Sonntag, von nachmittags 4 Uhr ab

Grosser BALL

ausgeführt von 2. Musikchören.

Montag: **Günther Coblenz-Konzert u. Ball.**

Donnerstag: **Krystallpalast-Sänger u. Ball.**

Schlosskeller

Dresdner Str. 56. Inh.: Franz Strubo. Tel. 1088.

Morgen Sonntag, nachm. 4 Uhr [8724]

Buntes Theater.

Hierauf: **Mess-Ball.**

Im Restaurant: Die beliebten Unterländer.

Reichshallen

L.-Vo., Elisabethstrasse Nr. 3-7.

Treffp. d. Landsmannschaft v. Limbach u. U.

Morgen Sonntag, nachm. 1/4 4 Uhr

Lewrig-Preil-Sänger

Hierauf: **Meß-Ball**

mit großem Blumen-Arrangement.

Achtung! **Junghähnel kommt!**

Thüringer Hof

Volkmarisdorf, Elisabethstr. 13. Tel. 14559.

Jeden Sonntag und Montag [8528]

Grosser Ball.

Neues Wiener Ball-Orchester. — Neueste Tänze.
 Achtung! Die neuen Saal-Maschinen vom Arbeiter-
 Radfahrerverein sind bis abends 6 Uhr ausgestellt.

Gasthof Neustadt.

L.-Neustadt, Kirchstr. 99. — Tel. 5999. — Inh.: M. Beer.

Morgen Sonntag, nachm. 1/4 4 Uhr [8208]

Meysel-Sänger

und **MESS-BALL.**

Angenehmer Familien-Verkehr ::

Gasthof Thonberg

Sonntag **Grosses Ballfest.**
 Neueste Tänze.
 ff. Speisen und Getränke.
Karl Richter.
 Ergebenst ladet ein [4710]

Drei Mohren.

Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr

Amüsanter Frühlings-Ball.

Montag, abends prägsige 8 1/2 Uhr [8803]

Das berühmte Bunte Theater und Feiner Ball.

Sonntag, den 21. und 28. April, Donnerstag,
 den 2. Mai, und Sonntag, den 5. Mai

PREIS-SKAT-TURNIER.

Papiermühle Stötteritz

Haltestelle der Elektrischen Nr. 2, 6, 7.

Neue Bewirtschaftung!

Morgen Sonntag, **Grosser Mess-Ball.**

den 21. April: Anerkannt vorzügliche Küche. Bestgepflegte Biere.

[8741] Hochachtungsvoll

Hermann Walther u. Frau, früher Albertstrasse 6.

KONZERT- und BALL-ETABLISSEMENT Löwen-Park

Strassenbahn 2, 6, 7 L.-Stötteritz Telephon 14 709

Jeden Sonntag Grosses Ball-Fest.

Erstklass. Aufmachung :: Flotter Betrieb u. Verkehr.

Freundlichst ladet ein **Robert Schlegel.**

Fiedlers Gasthof in Bachau

ladet zu gütigem Besuch freundlichst ein und bietet jedem
 gemüthlichen Aufenthalt. **Marie verw. Fiedler.**

Morgen Sonntag: **Ballmusik.**

PARK MEUSDORF

LEIPZIGER LUNAPARK · BES.: J. GUTHARDT

Eintrittsgeld 10 Pfennig

Heute Sonntag von nachmittags 4 Uhr ab:

Günther Coblenz selbst

Das gesamte Tonkünstlerorchester

Zwei große historische Konzerte

Altdeutsche und Militär-Musik

KAVALIER-BALL

Das Lunaparkorchester, 38 Künstler, Alfred Röth

Bürgerball / Buntes Theater

Kinderspiel- und Sportplatz

Die eigene Konditorei und Bäckerei

verwendet nur feinste Naturbutter

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Rausam um die Ede fahren! Wegen fahrlässiger Fötung hat das Landgericht Stettin am 2. Februar d. J. den Kutscher Paul Meiler zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte ist bereits seit zwei Jahren in dem Kohlengeschäft seiner Mutter tätig. Am Abend des 18. Dezember v. J. fuhr er mit seinem einspännigen Wagen, der mit 25 Zentnern Blei beladen war, in scharfem Tempo von der Seilgeiststraße in die grüne Schanze ein. Hier, dicht an der Ede, befindet sich eine Gasse der elektrischen Straßenbahn. Gerade waren der Bahnhofsleiter G. und dessen 72 Jahre alte Frau im Begriff, den Fahrdamm zu überschreiten, um in eine 'Elektrische' zu steigen, als der Angeklagte dahersafahren kam. Er trat wieder auf den Bürgersteig zurück und rief nur noch seiner Frau einzig: 'warne die Worte zu, als diese auch schon von dem Wagen des Angeklagten erfasst und zu Boden gerissen wurde und so schwere Verletzungen erlitt, daß sie an deren Folgen kurz darauf verstarb. Dem Angeklagten ist insofern ein fahrlässiges Verschulden an dem Tode der Frau zur Last gelegt worden, als er an der Bewegung zu schnell gefahren war, trotzdem er wußte und sich sagen mußte, daß dort ein reger Verkehr zu herrschen pflegt, zumal in der grünen Schanze die elektrische Straßenbahn zweigleisig fährt. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. In dieser führte er aus: ihm sei zu Unrecht Fahrlässigkeit nachgesagt worden. Das Unglück sei durch verschiedene Umstände, für die er nicht haftbar gemacht werden könne, herbeigeföhrt worden. So einmal durch die Unachtsamkeit der Heiliggeiststraße an jener Stelle. Wegen dieser Unachtsamkeit hätten die Kohlen, die ungewöhnlich aufgeladen waren, einen zu großen Druck nach vorne ausgeübt. Deshalb habe er auch zu bremsen versucht, die Bremse aber habe versagt. Auch wäre das Unglück nicht passiert, wenn G. seine Frau nicht zurückgerufen hätte. Und schließlich rügte M. prozessual die Ablehnung des Antrages auf Vornahme eines richterlichen Augenscheins an Ort und Stelle. Das Reichsgericht verwarf am Donnerstag die Revision als un begründet.

Wegen Festhaltens unzüchtiger Ansichtspostkarten ist am 18. Januar vom Landgericht Frankfurt a. M. der Kaufmann Salomon Mayer zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Von den bei ihm beschlagnahmten Ansichtspostkarten sind lediglich sechs, die eine Serie von Liebesjüngern darstellen, als unzüchtig erachtet worden. Das Gericht hat angenommen, daß die beiden auf den Karten zu sehenden Personen nicht miteinander verheiratet sind (!) und immer weiter fortschreitende Vorbereitungen zum Verschlag treffen. Obwohl alles nur im Vorbereitungsstadium bleibt, hat das Gericht darin eine Darstellung erblickt, die das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung gröblich verletzt. In den andern intrinsischeren Karten hat das Gericht etwas Strafbares nicht finden können, da sie zwar nackte Frauenpersonen darstellen, aber als Bildwerke von künstlerischem Wert anzusehen sind. — Die Revision der Staatsanwaltschaft, soweit sie sich gegen die Freisprechung des Angeklagten wegen der letzterwähnten Bilder richtete, wurde am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen. Im übrigen aber erkannte das Reichsgericht, dem Antrage der Staatsanwaltschaft entsprechend, auf Unbrauchbarmachung der eingezogenen unzüchtigen Karten.

Landgericht.

Friedliche Hausgenossen. Die Frau des Buchdruckers R. in der Mittelstraße hatte am 20. September v. J. die 15jährige Tochter einer Hausgenossin in unzüchtiger Weise beschimpft, worüber sie von der Mutter zur Rede gestellt wurde. Nach diesem Streit bewaffnete sich abends ihr Mann mit einem Knüttel, stellte sich vor die Korridor tür der feindlichen Partei und bedrohte sie. Der Vater des beleidigten Mädchens ließ sich trotzdem verleiten hinauszugehen, er wurde aber sofort gestochen und mit dem Knüttel geschlagen. Gleich darauf war die Frau zur Polizei gegangen, um Anzeige zu machen. Als sie zurückkam, wurde sie auf dem dunkeln Hof von Kerner überfallen, zu Boden geworfen und mit einem Gegenstand an den Kopf geschlagen, so daß die Frau mehrere Wunden davontrug. Für diese Missetat wurde R. vom Schöffengericht mit 14 Tagen Gefängnis bestraft. Das Landgericht bestätigte das Urteil.

Wegen Beleidigung eines nationalen Arbeitersekretärs war der verantwortliche Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Genosse Müller, am 1. März vom hiesigen Schöffengericht zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Müller hatte eine Notiz ausgenommen, nach der der nationale Arbeitersekretär Franke aus Eisenburg nach seiner Frau geschlagen haben sollte. Der Vorgang war von Eisenburg aus auf dem Abdruck eingezogene Erklärungen ausdrücklich bestätigt worden. In der Hauptverhandlung wurde dann aber festgestellt, daß die Redaktion diszipliniert worden war. Die Zeugen, die vorher den Vorgang auf eine Anfrage bestätigt hatten, waren durch ein Mißverständnis zu ihren Angaben gekommen. Müller hatte gegen die Höhe der Strafe Berufung eingelegt und ging in der gerichtlichen Verhandlung vor dem Landgericht auf einen angeregten Vergleich ein, wonach er sich verpflichtet, in der in Betracht kommenden Presse zu erklären, daß er die in der Notiz behaupteten Tatsachen nicht aufrecht erhalte und zurücknehme, und zugunsten der Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter 100 Mark zu zahlen.

Eine Hyäne des Schlachtfelds. Während des Steindruckerausstands erließ der Steindrucker Anton Jakob in Berlin von der Organisation die Weisung nach München und dampfte ab. Er kam aber bloß nach Leipzig und stellte sich so, als wenn er im Betriebe von Dr. Drenker u. Co. in Arbeit treten wollte. Die Streikwachen bewogen ihn jedoch, sich im Volksbause im Bureau der Steindrucker zu melden. Dies aber hatte J. gerade beabsichtigt. In Unkenntnis der Sachlage wurden ihm hier abermals Fahrkarte und Zehrgeld bis München ausgeschrieben. J. unterschrieb die Quittung mit dem falschen Namen Ulrich. J. ist schon mehrmals bestraft worden und nur die Annahme mildernder Umstände konnte ihn vor dem Zuchthaus retten. Er wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Erpresser. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhandelt gegen den Heinfahrer Johannes Franz Bogumil und den Schloffer Max Richard Schneider. Sie waren angeklagt, von einem Mädchen in Rodau 100 Mk. erpreßt und versucht zu haben, noch weitere Summen von ihr zu erpressen unter der Drohung, sie würde sonst wegen Abtreibung angezeigt werden. Das Urteil gegen die Beschuldigten lautete auf je 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Nach seiner Verurteilung in Haft genommen wurde der Dachdeckermeister Hugo Paul Emisch in Leubitz, der wegen gewinnlühiger Klundenschleichung zu acht Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden war. Emisch hatte in Brandis einen Bau ausgeführt und den Zimmermeister S. mit der Ausführung der Zimmerarbeiten betraut. Wegen einer Differenz hört S. mit seiner Arbeit auf, während der Angeklagte das Werkzeug S. innebehält. S. klagte auf Herausgabe; in diesem Termin zeigte nun der Angeklagte eine Quittung S. vor, auf der vermerkt war, daß S. 45 Mark für das Werkzeug erhalten habe. Aber es wurde festgestellt, daß in Wahrheit ursprünglich an Stelle dieses Betrages beschlagnahmt worden war, daß die 45 Mark für geleistete Arbeit gezahlt waren. Der Angeklagte hatte diesen ursprünglichen Vermerk wegradiert und den gefälschten hingeschrieben, um die Zivildichter zu täuschen und sich dadurch in den Besitz des Werk-

zeugs zu setzen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu der oben genannten Strafe. Wie mitgeteilt wurde, schweben gegen ihn noch mehrere dazugehörige Verfahren.

Beleidigung eines Lehrers. Ein als zuverlässig bekannter Genosse in Lobstädt bei Borna hatte der Volkszeitung für das Muldental eine Notiz gesandt, in der behauptet wurde, der Kantor Simon sei, mit einem Aluminiumtopf ausgerüstet, von Klasse zu Klasse gegangen und habe die Kinder aufgefordert, solche Töpfe, die nur bei dem Klempnermeister Börner in Lobstädt, der Gemeinderatsmitglied und Steuerzahler ist, zu haben seien, zu kaufen und ihren Eltern zu schenken. Selbstverständlich war dieses angebliche Vorkommis kritisiert und als mit den Zwecken der Schule nicht vereinbar erklärt worden. In Wirklichkeit aber hat sich der Vorgang so abgepielt: Im Dezember v. J. erläuterte der genannte Lehrer seinen Schülerinnen die Eigenschaften des Aluminiums; hierzu benutzte er einen Aluminiumtopf aus seinem eigenen Haushalt und bemerkte, er habe den Topf in Dresden gekauft, aber auch bereits in dem nahe gelegenen Borna könne man Aluminiumgeschirr haben. Hierauf hat eine der Schülerinnen bemerkt, sie habe auch im Schaufenster bei Klempnermeister Börner in Lobstädt selbst solche Sachen gesehen, worauf der Lehrer den Kindern sagte, denn könnten sie ja auch zu Börner gehen. In einer späteren Notiz hielt der Lobstädter Korrespondent der Volkszeitung für das Muldental seine Angaben aufrecht; er schränkte sie lediglich dadurch ein, daß er zugab, daß der Lehrer nicht von Klasse zu Klasse gegangen sei. Im Vertrauen hierauf setzte auch der Redakteur, Genosse Bahrdt, in eine Verächtung Zweifel, die ihm im Auftrage des Lehrers durch einen Rechtsanwalt zugegangen war.

Gegen Genossen Bahrdt war ein Ofsakverfahren eingeleitet worden. Er mußte aber bekennen, daß er leider durch die Fälschlichkeit seines Gewährsmannes irreföhrt worden sei. Das Landgericht Leipzig verurteilte Genossen Bahrdt zu 300 Mark Geldstrafe.

Durch Schundliteratur verdorben. Am 23. März v. J. wurde der Rechtsanwalt R. in seinem Bureau durch seinen 16jährigen Schreiber Hermann Kurt Stock von hinten überfallen. Der junge Mensch, der eine Unterschlagung begangen hatte, wußte, daß sich 500 Mk. in der Kasse befanden. Er stoh von hinten auf seinen Chef und schrie: Hund, gib Geld her! Der Rechtsanwalt packte den Pusch und dieser wurde mit Hilfe hinzugekommener überwältigt. Es stellte sich heraus, daß der junge Mensch nur mit einer Scheintopfstufe geschossen hatte. In seinem Pult befand sich eine große Zahl Schundbrofschüren. Stock ist in verschiedenen Anstalten beobachtet und für unzurechnungsfähig erklärt worden. Er wurde daher freigesprochen.

Folgen der Bauarbeiterausperrung. Weil sie ihr Baubuch nicht vorchriftsmäßig geführt haben, waren die Bauunternehmer Ernst Bruno Mügely und Albin Kurt Gerhard angeklagt. Sie haben mehrere Grundstücke in Wädern und Gohlis besessen. Sie erklären, sie hätten bei der Bauarbeiterausperrung 1000 nicht die ihnen versprochene Unterstützung erhalten. Dazu kam noch ein Einbruch, der ihnen einen Schaden von 8000 Mk. verursachte. Es wurde über das Vermögen beider im Februar 1911 der Konkurs verhängt und die Grundstücke versteigert. Sie waren aber derartig überschuldet, daß nicht nur circa 50 000 Mk. Forderungen ausfielen, sondern daß selbst die bevorrechtigten Forderungen kaum bedient werden konnten. Nach Ausbruch des Konkurses stellte sich heraus, daß die Angeklagten nicht ihr Baubuch vorchriftsmäßig geführt hatten und daß insbesondere die Spezialsteuerungen unterlassen worden waren. Durch das vom Geleg seit kurzem vorgeschriebene Baubuch sollten vor allem die Bauhandwerker vor Schaden geschützt werden. Für diese Unterlassung erhielten die Angeklagten je sechs Mark Strafe. Es wurde den Angeklagten zugute gehalten, daß sie keine Verdunkelung damit beabsichtigt hätten, aber der Zweck des Baubuchs sei infolgedessen nicht erreicht worden.

Abermals Taschendiebe. Der Markthelfer Otto Albrecht und der Arbeiter Leo Strieck, beide erst 10 und 20 Jahre alt, benutzten den Kuffel während eines Feuers im Innern der Stadt, um im Gedränge Taschendiebstähle zu begehen, wobei A. die Diebstähle ausführte und St. ihn deckte. Es fielen ihnen zwei Portemonnaies in die Hände, die einer Kaufmannstochter und einer Schlofferfrau entwendet wurden und die 70 und 93 Pfg. enthielten. Beim Teilen der Beute wurden die Urheben jedoch schon erwischt. Albrecht erhielt vier Monate, Strieck zwei Monate Gefängnis.

Erpressungsversuch. Der Kaufmann Oswald Michael Mann wandte sich mit einem Briefe an seinen früheren Chef und forderte von ihm 70 Mk. Weihnachtsgeld, widrigenfalls er ihn wegen Steuerhinterziehung anzeigen werde. Außerdem enthielt der Brief noch Beleidigungen. Der Erpresser wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Beitrag bei einer Hypothekvermittlung. Der Rechtskonsulent Ludwig Hermann Schreyer in Schleusig, der schuldig befunden wurde, eine Frau R. bei der Vermittlung einer Hypothek durch falsche Angaben um 7000 Mk. geschädigt zu haben, wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.

Arbeitsunfälle an den Händen. In dem Verfahren zur Feststellung der Unfallfolgen dient den Ärzten neben dem Messen der Muskelatur die Beobachtung der Arbeitsfähigkeiten an den Händen. Das sind in einzelnen Fällen ziemlich sichere Merkmale, denn bei einem Körperteile, der wegen der vorhandenen Unfallfolgen geschont wird, magert in der Regel die Muskelatur ab und es nachdem die Hand bei der Arbeit gebraucht wird, lassen sich Spuren davon erkennen. Häufig werden nun Herabsetzungen oder Einstellungen der Renten von den Berufsgenossenschaften mit dem Hinweis auf die Ergebnisse dieser Untersuchungen begründet. Da aber die Rentenbezüge so außerordentlich niedrig sind, müssen die Rentenempfänger von vornherein sich die Hände regen, wenn sie sich mit 10 oder auch mit 50 Prozent Rente durchs Leben schlagen sollen. Darum ist es ein Unfug, bei der Feststellung von Renten in der jetzt üblichen Form auf die Arbeitsunfälle an den Händen hinzuweisen. Auch dem 1884 geborenen Stanger J. wurde seine Rente mit der erwähnten Begründung von 40 auf 30 Prozent herabgesetzt. Es handelt sich bei J. um schwere Verletzungen an der rechten Hand, die er 1905 erlitten hat; nur der Daumen und der kleine Finger sind unversehrt geblieben. Er kann jetzt noch 12 Mk. wöchentlich verdienen, das die Berufsgenossenschaft ermittelt hat und sie benutzt, die Rente herabzusetzen. Auch der gerichtliche Sachverständige erkannte an, daß im Zustand des Verletzten eine gewisse Besserung gegen früher vorhanden sei, doch könne mit Rücksicht auf die Schwere der Verletzung von einer Gewöhnung an die Unfallfolgen nicht geredet werden. Darum wurde die Berufsgenossenschaft verurteilt, dem Verletzten die Rente von 40 Prozent weiter zu bezahlen.

Enge Schuhe und Unfälle. Der 1878 geborene Arbeiter B. hat im Oktober 1911 bei einem Betriebsunfall einen Bruch der linken großen Zehe erlitten. Die Berufsgenossenschaft hat die Gewährung einer Rente mit der Begründung abgelehnt, daß B. in seiner Erwerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt sei, denn es sei festgestellt, daß er genau noch so viel verdiene als früher. Gegen diesen Entschied hat B. Berufung eingelegt. In der Verhandlung vor dem Schiedsgericht erklärte B., wenn er noch so viel verdiene als früher, so verdanke er dies lediglich dem Entgegenkommen seines Chefs, er habe aber

auch keine Zulage erhalten und sei von der schweren Arbeit entbunden worden. Der Kläger wurde im Termin von dem gerichtlichen Sachverständigen untersucht, der sich jedoch dem Gutachten des Arztes der Berufsgenossenschaft anschloß und erklärte, daß entschädigungs-pflichtige Unfallfolgen nicht mehr vorhanden seien. In dem Gutachten wurde auch gesagt, die von B. angegebenen Schmerzen könnten schon deshalb nicht so heftig sein, weil B. ziemlich enge Schuhe trage. Vergleichsweise gewährte die Berufsgenossenschaft dem Kläger bis Ende April 1912 eine Schonungszente von 10 Proz.

Zum zweitenmal abgelehnt ist die Berufsgenossenschaft mit ihrem Antrag auf Einstellung einer zehnprozentigen Rente, die der Schloffer M. seit 1905 bezieht. Das erstmal hatte die Berufsgenossenschaft die Zahlung der Rente im Jahre 1908 eingestellt, das Schiedsgericht hatte aber auf Weiterzahlung der Rente erkannt. Auch jetzt erklärte der gerichtliche Sachverständige, es sei keine Veränderung in dem Zustande des Verletzten eingetreten. Auch sei nicht anzunehmen, daß M. sich in dem Maße an den Zustand gewöhnt habe, daß die Rente aufgehoben werden könne. Der Antrag auf Einstellung der Rente wurde zurückgewiesen.

Gewerbegericht.

Wegen Maßregelung eines Kollegen war eine Gruppe von Tischlern die in der Kaufmannsabrik von Franz Schneider in Leipzig einen gemeinsamen Afford übernommen hatte, mit dem Werkmeister in Differenzen geraten, die dazu führten, daß die Gruppe die Arbeit einen Tag einstellte. Die Unterbrechung der Arbeit wurde nun vom Unternehmer als eine Auflösung des alten und zur Begründung eines neuen Arbeitsverhältnisses benutzt. Daraus entstand neuer Streit, der schließlich vor dem Gewerbegericht ausgetragen wurde. Der Tischler A. verlangte, daß ihm der Lohn gezahlt werde, der ihm vor der Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses versprochen wurde. Der Werkmeister hatte den Tischlern versprochen, wenn sie bei dem übernommenen Afford nicht mehr verbleiben, als ihr garantierter Stundenlohn von 55 Pfg. anzumachen, dann sollte ihnen nach Vollendung ein Zuschlag in Höhe von 2, 3 und 5 Pfg. gewährt werden. A. war 5 Pfg. Zuschlag für jede Stunde versprochen worden. Acht Tage nach der ersten Differenz wurde A. entlassen, obwohl der Afford noch nicht ganz fertig war. Die Firma weigerte sich nun, den Zuschlag für 548 Stunden zu bezahlen, wobei sie sich auf die Vereinbarung berief, daß der Zuschlag nur zu gewähren sei, wenn die Arbeit fertig sei. A. habe aber bei der ersten Differenz die Arbeit vor Fertigstellung verlassen und damit den Anspruch auf den Zuschlag verwirkt. In dem neuen Arbeitsverhältnis sei überhaupt kein Zuschlag vereinbart worden. Hiergegen machte A. geltend, daß bei der ersten Differenz, die zur Arbeitsunterbrechung führte, der Werkmeister zu den Tischlern sagte: 'Was wollen Sie denn, Sie bekommen doch Ihr Geld!' Darunter hätten die Tischler eine Bestätigung des versprochenen Zuschlags gesehen. Der Vorsitzende versuchte dem Unternehmer klar zu machen, daß in diesem Falle die Arbeiter annehmen mußten, die Arbeit werde wieder zu den alten Bedingungen aufgenommen. Hätte er die Vereinbarung von früher nicht aufrechterhalten wollen, dann hätte er das ausdrücklich bemerken müssen. Das wollte Herr Schneider nun nicht einsehen, er wollte ein Urteil, und wenn dies für ihn ungunstig ausfalle, wolle er es seinen Verband übergeben; denn er bleibe dabei, es sei ein neues Arbeitsverhältnis zustande gekommen. Herr Schneider hob feierlichst die Finger zum Schwur und versprach, nie wieder so viel Rücksicht mit den Arbeitern zu nehmen. Vor der Verkündung des Urteils erklärte der Vorsitzende, das Gericht werde die Firma zur Zahlung der geforderten 27.15 Mark verurteilen, da das Gericht der Ansicht sei, den Arbeitern hätte ausdrücklich gesagt werden müssen, wenn sie nicht unter den alten Bedingungen weiter arbeiten konnten. Darauf zahlte die Firma die geforderte Summe.

Die Unabhängigkeit des Gewerbegerichts wurde in einer Klage bestritten, die der Bestellbote A. gegen Ernst Grütter, Direktor des Vereins für Stadtbriefbesörderung in Leipzig, anfringte. Er erklärte, der Verein sei kein wirtschaftliches Unternehmen, seine Mitglieder hätten sich nur zusammengeschlossen zur billigen Briefbesörderung bei den Mitgliedern. Nach § 2 der Satzungen dürfe der Verein keinen Gewinn erzielen. Das Gericht erachtete sich aber als unabhängig, denn trotz des § 2 sei die Rücksicht des Vereins doch auf Erzielung eines wirtschaftlichen Vorteils gerichtet. Der Bote klagte auf Zahlung von 4.80 Mark rückständigen Lohn für zwei Tage Arbeit. G. bestritt die Zahlungspflicht, da in dem Arbeitsvertrag eine Kaution in Höhe des Lohnes für zwei Tage vereinbart sei, die verwirkt sein soll, wenn der Bote seine Obliegenheiten nicht richtig erfüllt. A. habe seine Tour nicht richtig getragen, demnach werde die Kaution mit Recht zurückgehalten. G. mußte sich sagen lassen, daß sein Arbeitsvertrag gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung verstoße, die im § 116a vorschreibt, daß bei einer Lohnzahlung nicht mehr als ein Viertel des fälligen Lohnes für eine verabredete Strafe einbehalten werden darf. In Verbindung mit dem Lohnbeschlagnahmengesetz, nach dem der Lohn des Klägers unpfindbar ist, wurde G. zur Zahlung des Betrages verurteilt. Der Prozeß geht, in welcher sammervollen Lage die Bestellboten des Vereins gehalten werden. Die Geschäftszeit dauert von 1/2 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, mit einer zweifünftägigen Mittagspause. Gezahlt werden dafür 2.40 Mark täglich. Bei dieser Ausbeutung der Boten können sich die Herren Bourgeois ihre Weintrinken billig ins Haus schicken. Der arme Bote mußte noch dreimal am Gericht laufen und hatte noch eine Mark Polizeistrafe zu bezahlen, nur damit er zu seinen paar Pfennigen kam.

Kaufmannsgericht.

Kann der Minderjährige Arbeitsverträge abschließen? Nach den Bestimmungen des § 113 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist der Minderjährige dann unbeschränkt geschäftsfähig, wenn ihm sein gesetzlicher Vertreter erlaubt hat, in Dienst oder Arbeit zu treten. Alle Verträge, die der Minderjährige in solchen Dingen abschließt, sind gültig. Auf Grund dieser Bestimmung mußte das Kaufmannsgericht kürzlich den Einwand eines Klägers zurückweisen, der geltend machte, sein Vater sei mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses nicht einverstanden gewesen. Es handelte sich um folgenden Fall: Der Lagerist St. war mit 100 Mk. Monatsgehalt bei Bruno Witt, Inhaber der Firma Gustav Richter, Theaterbuchhandlung in Leipzig, beschäftigt. Häufig schon war St. der Arbeit fern geblieben und hatte sich mit Krankheit entschuldigt. Einmal will er zur Militärstellung gewesen sein, obwohl er noch nicht stellungs-pflichtig ist. Auch den 20. und 25. März blieb St. der Arbeit fern. Diesmal gab er zur Entschuldigung an, er habe sich bei einer Fisch-Lust eine Vergiftung der Verdauungsorgane zugezogen. Nun wurde dem Chef aber die Sache zu bunt, er verlangte ein ärztliches Zeugnis, und da St. dies nicht beibringen konnte, wurden von der Firma Vater und Mutter des Lageristen um Auskunft ersucht. Die Mutter war denn auch einmal im Geschäft, wobei sie herausstellte, daß St. seit je gelogen hatte. Die Tante, bei der St. sich die Vergiftung zugezogen haben wollte, hatte den Kassen schon mehrere Monate nicht mehr gesehen und wohnte auch schon längere Zeit nicht mehr in der von St. angegebenen Wohnung. Die letzte Krankheit des Lageristen bestand in einem Kater nach einer durchgeheuten Nacht. St. mußte das alles in Gegenwart von Zeugen angeben; darauf wurde er entlassen. Trotzdem er ausdrücklich mit seiner Entlassung einverstanden war, klagte er auf Zahlung des Gehalts für drei Monate. Die Klage wurde kostenpflichtig abgewiesen. Außer der Tatsache, daß St. sich mit der Entlassung einverstanden erklärt hatte und sein Vater demnach keine Einwendungen machen konnte, hatte das Gericht die Überzeugung gewonnen, daß die Firma einen Grund hatte, St. sofort zu entlassen.

Wäscht von selbst!

Billig im Gebrauch!

Persil

das selbsttätige Waschmittel

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten Henkel's Bleich-Soda.

Garantiert unschädlich!

Nur in Original-Paketen, niemals lose!

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Sparsam und Wunderbar

im Gebrauch ist in Wirkung

Immalin-Schuhcreme

mit der aparten wertvollen

Gratis-Schuhpolierbürste.

Immalin-Schuhcreme, dünn wie Hauch, aufgetragen, macht die Schuhe wasser-dicht, tiefschwarz und prächtig glänzend. Verbraucher erhalten

gratis und franko

gegen Einsendung (Drucksache) von gesammelten 12 roten oder 20 grünen Gutscheinen von darauf vermerkter Ausgabestelle eine elegante, wertvolle Schuhpolierbürste zugesandt. Bürste kann in ca. 3000 Verkaufsstellen Leipzigs besichtigt werden. Dosen ohne Gutscheine weist man ausdrücklich zurück.

Alleinige Fabrikanten: Chem. Fabrik Eisendrath, G. m. b. H., Mettmann.

1908

Poetzsch-Kaffee

gilt in allen Konsumentenkreisen als anerkannte

Qualitäts-Marke

Feinste, bewährteste Mischungen in täglich frischer Röstung zu 150 - 160 - 170 - 180 - 200 - 240 Pfg.

Erhältlich in den **eigenen Geschäften** und in den durch **Plakate kenntlichen Verkaufsstellen**



Möbelausstattungen zu allen Preisen!

Durch meinen vorjährigen großen Jahresabschluss mit meist süddeutschen erstklassigen Spezialfabriken ist es mir möglich, meiner werthen Kundschaft die größten Vorteile zu bieten.

Neu eingetroffen für die Frühjahrsaison

Ein großer Posten **Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer** Ein großer Posten

Kücheneinrichtungen in allen Holz- und Eilarten vom Einfachsten bis zum Eleganteren.

Einfache komplette Wohnungseinrichtungen von 400 M. an. [1740*

Komplette Ausstattungen sowie einzelne Möbel, Flurgarderoben und Spiegel in älteren Eilarten gebe ich besonders billig ab.

Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet. Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Carl Breitschädel Wintergartenstraße 18 **Carl Breitschädel** gegenüber Rathausplatz.

Kosmos

Goldkrone-Zigarette

bevorzugte Qualitätsmarke

10 Stück 25 Pfennig



Nicht der Kaufpreis, sondern die Reparaturkosten machen ein Fahrrad teuer. Man kaufe das solide Rad Marke "Hercules".

Nürnberger Herculeswerke A. G., Nürnberg
Vertreter: M. Basch, Fahrradfabrik, in Böhlig-Ohrenberg.



Westend-Photo-Zentrale

R. Scharschmidt

Plagwitz, Karl-Heine-Str. 59

empfehlen ein großes Lager von

Photo-Apparaten

und sämtlichen Bedarfs-Artikeln.

Karl Pinkau
Photographisches Atelier
Leipzig
Tauchaer Straße 9
Telephon 981

Beste Bedienung - Billige Preise

Aufnahmezeit: Wochentags von früh 9-7 Uhr abends. Spätnachts von 11-4 Uhr.

Teppiche
mit klein. Befehlern wegen Aufgabe des Geschäfts (posth.) zu verl. Schützenfer. 15, L.

Tretbar's automatische Wagentächer.
Julius Tretbar in Grimma bei Leipzig
Eins. Kinderwagenfabrik, welche direkt f. Private fabriziert u. direkt liefert. Verlangen Sie umsonst u. frei meinen Fabrikat in Kinderwag., Sportwag., Klappsportwag., Leiterwagen, Babybettgestellen, Kinderkörben, Puppenwagenfabrikpreislisten, Kinderkörben, Reisekörb., Rohrkorb., Kuppelkoff., Wäschekörben, Industriekörben auch allerhand Wirtschaftskörben verlange, wer hiervon braucht. Für Rohrmöbel sei meine reichh. Möbelliste empfohlen, sie enthält: Sessel, Tische, Bänke, Liegestühle, Stuhlkörbe u. A. Sagen Sie, welcher obig. Artikel, meiner Fabrikat. Sie gerade interess., ich komme Ihnen kostenlos u. ohne jede Verbindlichkeit für Sie mit reichhalt. Zeichnung u. billigt. Preisangab. näher. Sie wählen daheim ganz unbeeinflusst bei Kassakauf mit 10% Rabatt oder Teilzahl. geg. Kontrakt. Alles nach Ihren Wünschen. Schreib. Sie gefällig. an: Julius Tretbar in Grimma b. Leipzig. Aelteste, größte Kinderwagenfabrik Sachsens.

Madenwürmer werden beseitigt durch **Dr. Hagens** abführende **Wurmschokoladenpastillen** (Schachtel 60 Stk., allein echt **Salomonis-Apothek**, Grimaldische Straße 17.

J. Schneider & Co., Leipzig

Ritterstraße 19. Niederlage: L.-Neustadt, Tauchaer Str. 37. Fernruf 99 und 4525. Alleinverkauf der auf vielen Ausstellungen mit ersten Preisen gekrönten

Rositzer Briketts, Marke Rositz.

Lieferung vorzüglicher Kohlen u. Briketts für Hausbedarf und Industrie. Westfäl. Heiz-Koks und engl. Anthrazit-Kohlen.

Bestes Brikett Helene-Brikett

in Leipzig zu haben bei:

Sächsische Brikett-Verkaufsgesellschaft
Goethestraße Nr. 3/5

und deren Niederlagen:

Bayrischer Bahnhof, Bösniger Straße 13a
Stöttericher Bahnhof, Leipziger Straße 1
Gilenburger Bahnhof, Rostitzerstraße Nr. 16
Plagwitzer Bahnhof, Elisabeth-Allee Nr. 40

Benno Grimm, am Dresdner Bahnhof, Tauchaer Str. 41
Alfred Cwickla, Leutsch, Weststraße 18.

Wir verkaufen besonders billig

infolge großer gemeinschaftlicher Einkäufe

1000 Kostüme aus Stoffen englischer Art

zum Aussuchen.

Serie I Kostüm aus Stoffen englischer Art, Jacke gefüttert Mk. 15.00	Serie II Kostüm aus Stoffen englischer Art, Jacke auf Seide Mk. 19.50	Serie III Kostüm aus Stoffen englischer Art und blaue Kostüme, Jacke gefüttert Mk. 25.00	Serie IV Kostüm aus Stoffen englischer Art, Jacke auf Seide Mk. 28.50
Serie V Kostüm aus blauem Stoff und Stoffen englischer Art Mk. 32.00	Serie VI Kostüm aus blauem Stoff und Stoffen englischer Art Mk. 36.00	Serie VII Kostüm aus blauem Stoff und Stoffen englischer Art Mk. 42.00	Serie VIII Kostüm aus blauem Stoff und Stoffen englischer Art, Modell-Kopien Mk. 45.00 48.00

1500 Mäntel aus Stoffen englischer Art zum Aussuchen.

Serie I Mk. 8.50	Serie II Mk. 10.50	Serie III Mk. 12.50	Serie IV Mk. 15.00	Serie V Mk. 19.50
----------------------------	------------------------------	-------------------------------	------------------------------	-----------------------------

1000 schwarze Frauenmäntel

in allen Weiten vorrätig.

Serie I schwarz. Tuchmantel gefüttert Mk. 15.00	Serie II schwarz. Tuchmantel gefüttert Mk. 19.50	Serie III schwarz. Tuchmantel gefüttert Mk. 24.00	Serie IV schwarz. Tuchmantel gefüttert Mk. 28.50	Serie V schwarz. Tuchmantel gefüttert Mk. 36.00
--	---	--	---	--

Seidene Mäntel zum Teil Modell-Kopien zum Aussuchen.

19.50	25.00	28.50	36.00	45.00	54.00
-------	-------	-------	-------	-------	-------

1000 Röcke aus Stoffen englischer Art

besonders zum Strapazieren geeignet, zum Aussuchen.

2.50	2.75	3.25	3.50	3.75	4.50	5.25
------	------	------	------	------	------	------

Wasch-Blusen, besonders billig

Weisse Bluse ganz aus Loch-Stickerel, halsfrei 2.95	Bluse aus Wasch-Voile in allen Farben 3.75	Wasch-Voile-Bluse m. Stüfchen-Garn, u. Klöppel-Einsatz 4.75	Weisse Batist-Bluse m. Klöppel- u. Einsätzen, halsfrei 5.25
--	---	--	--

Matinees und Morgenröcke

Matinee „Eva“ aus bedrucktem Baumwoll-Musseline Mk. 1.25	Matinee „Record“ aus bedrucktem Kattun mit Kante Mk. 1.50	Taschentuch-Matinee „Hansa“ in allen Farben Mk. 1.75	Morgenröcke aus Waschstoff, mit Borten besetzt Mk. 3.25
---	--	---	--

Gebr. Hirschfeld

Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion

Petersstraße 42 Messsonntags von 11—6 Uhr geöffnet. Petersstraße 42

Réunion-Cigaretten



Spezialmarken:
Vivato 8b 2 Pfg.
Lookout 3
Flagship 4
Vivato-Crème 5

Muster u. Einzelpaare sowie Restbestände

billigst abgegeben.
H. L. Heilpern, Schuhwaren engros, gegr. 1890
Leipzig, Gerberstr. 5, Nähe Blücherplatz
3 Minuten von den Bahnhöfen.

Vorname 19429.

+ Bernhard Schädel +

Artikel zur Wochen- und Krankenpflege
Spezialität: Bruchbandagen u. Leibbinden.

Georgiring, das Belvedere



Zahnziehen schmerzlos à 1 Mk.

Wenn nicht nach Wunsch
schmerzlos dann kostenl.

Als Beweis, dass die Angst
vor dem Zahnziehen bei mir
unnötig ist, dient folgendes
Dankschreiben:

Unterzeichnete bestätigt Herrn G. Mewald gern, dass das Zahnziehen, Plombieren usw. völlig schmerzlos ist. Ich habe schon manchmal die traurige Erfahrung gemacht bei anderen Zahnärzten, so dass ich dachte, das schmerzlose Zahnziehen stünde nur auf dem Papier. Nachdem mir Herr G. M. 15 Zähne gezogen, bin ich eines anderen belehrt worden und kann die Behandlung des Herrn M. jedem Zahnkranken auf das Beste empfehlen.
Frau K. W.

Patent Reformgebiss

welches in Leipzig nur in meiner Praxis angefertigt werden darf.

Hervortreten 1 Mk.

Fast schmerzlos Plombieren von 2 Mk. an.

Reparatur zerbroch. Gebisse von 1 Mk. an

sowie Umarb. nicht passender Ersatzstücke.



Zähne

180 Mk.

ohne Platte

mit Kautschukplatte.

10 Jahre ruelle schriftliche Garantie für Haltbarkeit!
Künstlerische Ausführung, naturgetreues Aussehen und jede Garantie für Brauchbarkeit beim Kauen zugesichert.

Sprechzeit: 8—8 Uhr. Sonntags 9—2 Uhr. — Fernspr. 12534.

Auswärtige Patienten werden möglichst in 1 Tage behandelt.

Zahn-Praxis

Reform

Dorotheen-Platz
Ecke Reichelstr.

Inh.: G. Mewald.



Billige Preise

Mehrfach GARANTIE

Uhren Goldwaren
in größter Auswahl
Traurlage, Broschen etc.
Leipziger Reparaturwerkstatt



Richard Schöley
Tischlermeister
Möbel-Spez.-Haus
Gegr. 1897.
L.-Volkmarstr. 2 u. 6
Ecke Bogislavstrasse.
Seit Jahren bestens empfohlen.
Ausstellungs-Räume in 4 Etagen.
Wohnungs-Einrichtungen von 250—5000 Mk.
Möbel auch auf Teilzahl. unter Diskretion, nur Zinsvergütung.



Schmerel's

Monats-Garderobe
nur Plauensche Str. 3, 1.

Große Auswahl in eleganten, von Kavaliereu getragenen Anzügen, Paletots, Mänteln, Hosen, Jacketts, Gehrock, Frack u. Smoking-Anzügen, auch selbstw. Mäntel, Röcke u. Hosen bekannt bill.

Nur Plauensche Str. 3, 1.
Telephon 10528.

Monats-Garderoben
welche von Millionären, Studenten u. Kavaliereu sehr wenig getragen, nach Maß gearbeitet, zu ganz bedeutend billigen Preisen.

Anzüge und Paletots 12, 18, 22, 28 Mk.

Gehrock, Frack und Smoking-Anzüge werden sehr billig verkauft und auch vertieft. Damen-garderoben sehr billig.
Friedmann, Hauptstr. 9, 1.
Teleph. 14100
Sonntags u. 7 Uhr geschlossen.
Mittwoch-Sonntags geöffnet.

Jeder

Arzt

sagt Ihnen, dass die regelmäßige Zuführung von Nährsalzen für den Körper außerordentlich wichtig ist. Der hohe

Nährsalz-Gehalt

der dem beliebten SPARTANA Nährsalz-Kaffee innewohnt, macht diesen bekömmlichen, angenehm munden Kaffee-Ersatz zu einem Gesundheitsgetränk v. anerkanntem Wert

Prämiert auf der Internat. Hygiene-Ausstellung Dresden

SPARTANA
Nährsalz-G.m.b.H.
DRESDEN-A
Falkenstrasse 20

Günstiges Angebot in Fahrrädern

neu und gebraucht — grosse Auswahl.
Einige Damen-Räder neu, nur solange Vorrat reicht 75 Mk.
Heinrich Mertke, Liebertwolkwitz
Güldenossauer Straße.

Messplatz
Bratwurst-Glöckle
 Angenehmster Familienaufenthalt
 Täglich:
 Grosse Instrumental- u. Gesangskonzerte
 ausgeführt von nur erstklassigen Leipziger
 Herren-Gesellschaften.
 Vorzügliche Rostbratwürste
 Klein Paris Windmühlenstr. 11/13
 Auch während d. Messe ununterbrochen
 Konzert und Gesangsvorträge
 Um zahlreichen Besuch bittet
 August Müller.

Haupt-Restaurant
 Neuer Messplatz.
 Festwirt: Georg Zelsner. Festwirt: Georg Zelsner.

Rudy Winkler
 mit seiner Schützenkapelle — Humoristische Duette —
 der kleinste und intelligenteste Kapellmeister der Welt.
 Echt Münchner Löwenbräu.
 Schankbier — direkt vom Fass — Schankbier
 Echtes Nürnberger Rostbratwürste. Hüner am Spless.
 Morgen Sonntag wird ein Mast-Ochse
 von circa 8 Zentner Fleisch im Luxus gebraten
 1/2 Portion 75 Pfennig — 1/4 Portion 1 Mark.

Messplatz! Artur Bertrams Messplatz!
LEIPZIGER
Vereinsbier-Hallen
 sind der angenehmste und amüsanteste Aufenthalt auf
 der Ostermesse!
 Täglich: Grosse humoristische Konzerte
 der rühmlichst bekannten echten
 Bayerischen Oberländer-Kapelle.
 Direktion: Vaili Müller.

Neu! Nord-Orient-Truppe! Neu!
 Attraktion 1. Ranges.
 Hochinteressant! Amüsant! Eleganz!
 Gesang! • Tanz! • Lebende Bilder usw.
 Aufstreten 5, 7, 9, und 10 Uhr täglich!
 Jeden Sonntag:
Große Matinee.
 Flotter Betrieb! Aufmerksame Bedienung!
 3319] Vorzügliche Küche!
 Spezialität und Delikatessen:
 Die berühmten Rostbratwürste.

Messplatz! Messplatz!
 Besuchen Sie die
Festhalle Kronenbräu
 Inhaber: Emil Ketzsch
 Stadtlokal: Monarchenhof, Leipzig-Connewitz
 Täglich grosse humoristische Konzerte
 des durch seine grossartigen Leistungen berühmten
 Elite-Damen-Blas-Orchesters [3306]

Wunderwert! „Diana“ Konkurrenzlos!
 11 Personen Direktion: Oskar Iboldt
 Vorzügliche humoristische Gesangseinlagen. Die neuesten
 Schlager. Fanfarenmärsche, geblasen nur von Damen.
 10maliger eleganter dezenter Kostümwechsel.
 Noch nie dagewesener Erfolg
 jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr: Fröhschoppen-Konzert
 Schneidige Bedienung. Gute Küche, warm u. kalt.
 Vorzügliche Getränke.
 Täglich der Zeit entsprechende Spezialgerichte

Sandrock's
 Grand - Salon - Spiegel - Hippodrom
 direkt zwischen Haases Stufenbahn und Bratwurstglöckle
 Allen werten Gästen, Freunden und Bekannten zur
 gefälligen Nachricht, dass ich zur diesjährigen Frühjahrs-
 messe wieder die Bewirtschaftung obengenannten Hippo-
 droms übernommen habe. Für fröhliche Stunden und
 gutes Amüsement ist bestens gesorgt.
 Hochachtungsvoll Wilhelm Grau, [3304]
 Stadtlokal: Stadt Kassel, Werder- und Gravelotte-Str.-Ecke.

**Oster-
 Messe!**
 Ganz
 Leipzig
 spricht
 you
**Johnstowns
 Untergang.**
 *
H. Haase
 A.-G.

(Klein Text) Zur Messe. (Klein Text)
Humoristisches Velodrom.
 Großes humoristisches Velodrom auf eigentümlichen
 Bahnen verfeinerter Konstruktion.
 Amüsant für Jung und Alt.
 Die Herren Stadtführer sowie alle Freunde des Velo-
 sports u. Sports haben freundschaftlich zum Besuche dieses
 Gefährts ein Herrmann Kretschmar aus München.

Gardinen-
 Kester, 1-5 Fenster pass
 sowie Stores, Vitragen
 wegen Aufgabe des Geschäfts
 billig abzugeben [1776]
 Schützenstr. 15. I.

Gartengeräte
 Gartenmöbel, Drahtgeflechte
 Faulenzer, Hängematten
 Glaskannen, Wasser-
 schläuche, Gartenspritzen
 Petrol- u. Spiritusgaskocher.

Haus- und Küchengeräte.
Alwin Richter
 Eisenwaren - Handlung
 Dresdner Str. 36
 Fil.: L.-Anger, Breite Str. 22.

Spezialität:
Grüne Sohlen
Sofort
 Schuhmacherwerkstätte
 für alle
 Reparatur-Arbeiten
 Kapuzenstr. 14.

Weine aller Länder
 bestens erhältlich bei
Martha Dönicke
 Kolonialwaren [8700]
 L.-Neud., Bismarckstr. 2.

Zum 1. Mal! ♦♦♦ Leipziger Messe!
 In Ihrem Interesse versäumen Sie nicht, die
 Spezial-Ausstellung
Mensch, erkenne dein Schicksal
 zu besuchen. D. R.-G.-M.
Leipziger Messe
 vis-à-vis Adalbert Heinrich. [8825*]

Bavaria!
 Haupt-Café!
 Neuer Prachtbau! Feenhafte Beleuchtung!
 Täglich grosse Konzerte
 ausgeführt vom
 Philharmonischen Orchester E. Herklotz.
 Reichhaltiges Konditorei-Büfett.
 Löwen-Bräu, München. :: Pilsner Urquell.
 Stadtgeschäft: Bavaria, Nikolaistrasse.
 Grösster Ausschank in Pilsner Urquell
 3305] für Königreich Sachsen.

Messplatz
**Alles rennt nach dem
 Messpalast Fidelio**
 (früher Wahrener Schweiz)
 Täglich grosse oberbayerische
 Instrumental-Konzerte
 Jeden Wochentag
 humorist. Konzert
 der berühmten
 Lewrig-Preil-Sänger
 Originellste und beste Unterhaltung auf dem Platze
 für Jung und Alt. — Grosser Jubel und Trubel.
 Exquisite, reichhaltige Küche, warm und kalt.
 ff. Rostbratwürste, Ausschank der
 beliebten Naumann-Biere
 Um recht zahlreichen Besuch bittet
 Hermann Arndt [8824]

Viktoria-Salon
 Messplatz vis-à-vis Haupteingang.
 Täglich nachm. Grosses Variete.
 und abends:
 Täglich Auftreten von Henkelmanns Varieteo-Posson-
 Ensemble. 8 Damen. Neueste erstklass. Schlager. 5 Herren.
 Jederzeit frische Thüringer Rostbratwürste. Ausschank
 des guten Riebsbieres.
 Um gef. Besuch bittet Hermann Kretschmar.
 Zur gef. Beachtung! Das Lokal ist gut geheigt.

Ostermesse 1912.
 Kein Besucher des Messplatzes versäume den
Amerik. Vergnügungspalast
 die sensationellste Schau-
 stellung der Gegenwart
 in Augenschein zu nehmen.
 Alles jubelt! Alles lacht!
 Lachen ohne Ende.
 Tg. Fr. Lamberg.

Messplatz
 neben dem Hauptrestaurant!
Dechant's
Hippodrom-Noblesse
 :: Treffpunkt der eleganten Welt ::
 Vornehmste u. grösste Reitbahn der Jetztzeit
 Alle Freunde des Reitsports laden er-
 gebenst ein C. Dechant Ww.

Ostermesse
Haases Figur-8-Bahn
Haases Berg- und Talbahn
Haases Stufenbahn. [8817]
 In der Stufenbahn heute Sonnabend von 3-7 Uhr:
Grosses Kinderfest
 Jedes Kind erhält beim Eintritt
 ein Geschenk.

Neu! Noch nie dagewesen! Auf dem Topfmarkt! Neu!
Original
Japanisches
Lach-Haus!
 Was ist
Japanisches
Lach-Haus?
 Wie amüsiert
 man sich im
Japanischen
Lach-Haus?

Auf dem Messplatz!
 Dort hinten beim Bräustübel, wo die Poany-Fahr-
 schule ist, da steht die Konditorei
Zum Knusperhäuschen.
 Da hat man die beste Auswahl und kauft wirklich gute
 und reelle Ware zu den billigsten Preisen.
 Um gütigen Zuspruch bitten J. Klar und Frau.

Noch nie dagewesen! Sensationell! Zum Totlachen!
Die empörten Elemente
 oder
drunter und drüber.
 Wegen Mangel an Platz auf dem
Topfmarkt.
 Die Direktion.

Achtung!
 Während der Messe sind als Spezialität die berühmten
Echt Medicoschen
Eilenburger Pumpernickel
 (patentamtlich geschützt unter Nr. 110087) zu haben bei
 Stand: Messplatz
Frau Anna Lewin 4. Reihe, Mittelgang.*

Zur Ostermesse!
 Freimuths berühmte
Kunst-Glas-Bläserei
 Tiergruppen, Blumen, Kunstgläser in allen
 Stilarten werden von den Glaskünstlern ohne Form
 aus freier Hand geblasen. Glas wird gesponnen zu
 feinsten, seidenartigen, farbenprächtigen Fäden.
 10 000 Meter in der Minute.
Kunstvollste Schauausstellung der Messe.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Der Kampf innerhalb des Kalisyndikats.

Zweck des Gesetzes vom Jahre 1910, das ein Zwangssyndikat und die Kontingentierung der Produktion einführt...

Handel mit künstlichem Dünger, also auch mit Kalisalzen, an sich gerissen haben. Diese Trusts mußten von dem Syndikat kaufen...

Weiterung ihrer Beteiligungsziffer zu erreichen. Einen Beitrag dafür finden wir in dem Jahresbericht der genannten Gesellschaft Ashersleben...

Jeden Tag im Monat eine andere Suppe mit MAGGI® Suppen. Mehr als 35 Sorten wie Reis, Reis-Jullenne, Rumford, Sago, Tapioka, Sternchen, Erbs mit Schinken, Nudeln, Königin-Suppe usw.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Talsysa Gohlis, Aussero, Hallesche Str. 80. Thalsysa Plagwitz, Lauchstädter Straße 11.

Kurz- und Wollwaren Frieda Helmerding, vorm. Bernh. Salzmann, Dresdenstr. 67. Wollw., Wäsche, Herrenartikel.

C. Grohmann, Südstr. 40. Billigste Bezugsquelle.

Em. Günther, M. Reitzenh.-Str. 77. Fri. A. Heibig, Lind., Reuterstr. 32.

H. Krabe, Strumpf w., Trikotg., Art. alle in detail.

H. Kollbabe, Strumpf w., in Kolon. L. Krauß, Co., Lothringenstr. 58.

Marg. Vetterlein, Wäsche, Weißw., Emil Weddig jun., in, Reitzenh.-Str. 77.

Lederhandlungen E. Ansmuss, Neu., Rathausstr. 1.

Manufakturwaren Wäsche, Wollw., Kleiderstoffe Ida Bernmann, Ludwigstr. 97.

S. Hodes, Markt 3, P. Hodes, Co., Hall Str. 135.

Möbelmagazine Otto Bernsheim, M., Oststr. 1.

Paul Vogel, Plagwitz, Karl Heintze Str. 77.

Photographische Ateliers Paul Berg, L.-Anger, Frankstr. 9.

Putz, Modwaren H. Deier, Jahnstr. 10b.

Photo Sticht Kuppitz-Str. 11.

Molkereien Ernst Beyrich, Sidonionstr. 9.

Milchwirtschaft A. Christel, Moltkestr. 38.

Schirme, Stöcke Hahndorf, L., Kulturstr. 4.

Schneiderei Kempfer, W., Eisenbahnstr. 21.

Schneiderei-Anstalten Eduard Roedel, Idstr. 36b.

Schuhwaren, Schuhmacher G. Albrecht, Nürnberger Str. 33.

Warenhäuser M. Joske & Co., L.-Plagwitz.

Wäsch- u. Plättanstalten Alfr. Bohrend, Amerk. Wäsch- u. Plätt-Anstalt.

Dampf-Groß-Wäscherei und Plättanstalt Gewitwäsche Leihwäsche.

„Germania“ Delitzscherstr. 80. Tel. 16358.

Markthalle Ost Markt- u. Kaufhalle Ost Passage Eisenbahnstr. 74.

Musik-Instrumente Koallik, Berlin-Str. 11.

Obst, Grünwaren Clara Arnold, Nikolaistr. 18.

Speise-Häuser Westvorst. Sp.-Haus Central-Speisehaus.

Stempel Albert Otto Stempel-Baus.

Tapeten, Linoleum, Wachs. H. Berg, L. Pl. K.-Heinert.

Uhren, Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Papier- und Schreibwaren O.C. Maak, Kontorhaus.

Op. kör Curt Hegewald, Höhe Straße 2.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Kein Laden Jul. Kuhnert, Seb. Bachstr. 20.

Mosterverkauf Kein Laden.

Richter Rosenberger, P. Schneider.

Schwarzwaren-Verlag Scholze.

Speise-Häuser Westvorst. Sp.-Haus Central-Speisehaus.

Stempel Albert Otto Stempel-Baus.

Tapeten, Linoleum, Wachs. H. Berg, L. Pl. K.-Heinert.

Uhren, Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Papier- und Schreibwaren O.C. Maak, Kontorhaus.

Op. kör Curt Hegewald, Höhe Straße 2.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Uhr. Goldwa. en A. Beler, Id., Marktstr. 3.

Glitzner & Co., Läden in allen Städtchen.

F. Ritter, Paul Winkler, Kochstr. 42.

Was he, Wollwaren Gustav Fritsch, Kolonnenstr. 31.

Wasserwagen O. Bekard, Eisen- u. Holzwaren.

Werkzeuge Junge & Fröhlig, H. Kretschmar.

Weine und Liköre Arndt & Hofmann, Ranst. Steinw. 6.

Zahnärzte, Zahnkünstler Hans Barth, Grimmischer Steinweg 14.

Zoo. Handl. Aquar. u. Vogelf. R. Backhoff, Sell, Wurzer Str. 72.

Beucha Hermann Gebhardt, Möbelmagazin.

Borsdorf M. Bräuer, Weißw., Wollw., Scholze.

Brandis O. Albrecht, Haus- u. Küchengeräte.

Böhmitz-Ehrenb. Hugo Bastianer, Fleisch, Lpz. Str. 74.

Eilenburg Destillation gold. Kugel, Weinhl.

Naunhof Buchmann, E. Schlichter, u. Gastwirtsch.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Reifenberg Kaufhaus Reifengerste.

Max Wehle, inb. Bernh. Jack- u. Herm. Wilke, Knaib. Gad. Brf.-kl. Bergstr. 81.

Eythra Kaiser, G., Brot- u. Feinbäcker.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

Gautzsch Robert Busch, Bäckereimeister.

H. Tritzscher, Goldwar. O. W. Nebel, Fleischer u. Wurstf.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch.

Arbeiter, Hausfrauen! Berücksichtigt bei Euren Einkäufen unsere Inserenten und beruft Euch beim Einkauf auf die Inserate in der Leipziger Volkszeitung.

An die verehrten Hausfrauen!

Der wirklich vollkommene Butter-Ersatz ist

Aromin

(So genannt wegen seines herrlichen natürlichen Butter-Aromas.)

Woher kommt das? Weil wir dabei eine große und wichtige Erfindung verwenden!

Wir stellen gewissermaßen Naturbutter her, denn unser **Aromin** enthält die natürlichen Bestandteile der allerfeinsten Naturbutter, nur anstatt des Butterfettes das leicht verdauliche Fett der Kokosnuss.

Wichtig! Nach unserem Verfahren ist es uns möglich, auf natürlichem Wege der Vollmilch und Sahne alle die Stoffe zu entziehen, welche für die Butter von Wert sind; diese Butterstoffe verbinden wir mit dem feinen Fett, das aus den edelsten Kokosnüssen gewonnen wird.

Das kann außer uns Niemand. **Aromin** ist nicht nur ein Brotanstrich von köstlichem Wohlgeschmack, sondern gibt auch, und das ist besonders wertvoll, eine Sauce von reinstem, feinstem Buttergeschmack.

Machen Sie einen einzigen Versuch und Sie werden begeistert sein!

Da das Gesetz vorschreibt, daß alles, was nicht ausschließlich aus Milch hergestellt ist, auch wenn es noch besser ist als jede Naturbutter, Margarine genannt werden muß, so muß auch **Aromin** als Margarine bezeichnet werden, obwohl es keinen Salz, sondern außer den Bestandteilen, die der Rahm Milch entnommen sind, nur Pflanzenfett enthält. **Bitte nicht kaufen Sie aber später nur Aromin-Pflanzenbutter und lassen die Naturbutter stehen.**

Was kostet die Tafelbutter?

z. B. **1.60—1.70** per Pfd.

Was kostet Aromin?

1/2 Pfd. **50** Pfg., 1 Pfd. z. B. **1.00** Bei Mengenabnahme **95** Pfg.

Das ist bei 1 Pfund eine Ersparnis von zirka 70 Pfg.

Aromin ist in jedem besseren einschlägigen Geschäft frisch zu haben. Wer bei seinem Kaufmann **Aromin** nicht findet, bekommt gern von uns gratis und franko eine ausreichende Probe und das Verzeichnis der Geschäfte, die **Aromin** führen, zugesandt.

Zweigbureau in Leipzig:
Bosestr. 4. Tel. 20518 u. 20588.

AROMIN-WERKE, BERLIN SW 68/66 A.

Auf Kredit

3 Kleiderschrank
1 Küchenschrank
1 Bettstelle
1 Matratze
1 Kommode
6 Stühle etc.
Mark
Anzahlung an pro Stück wöchentl. **1.00**

Auf Kredit

10 1 Bettst.
1 Matratze
1 Schrank
1 Tisch
2 Stühle
1 Spiegel
Mark
Anzahlung auf alles wöchentl. **1.00**

Auf Kredit

15 auf eine Zwei-Stöben-einrichtung
Mark
Anzahlung an wöchentl. **1.50**

Auf Kredit

25 auf eine Drei-Zimmer-einrichtung
Mark
Anzahlung an wöchentl. **2.00**

Auf Kredit

3 Anzüge und Palots
Damen-Konfektion
Mark
Anzahlung an wöchentl. **1.00**

Alte Kunden ohne Anzahlung.

Kredit auch nach auswärts.

Auf Kredit:

Elegante Schlafzimmer farb. Küchen Sofas, Diwans Matratzen
Garnituren in eigener Werkstatt angefertigt.

N. FUCHS

vornehmstes Kredithaus
Kurprinzstrasse 18, Ecke Brüderstrasse, I. u. II. Etage.
Wagen ohne Firma. Sonntag geöffnet. Frei Lieferung.

Auf Kredit:

Gardinen
Teppiche
Portiären
Federbetten
Steppdecken
Schuhe, Stiefel

Sie kaufen

nur von hohen Herrschaften, Kavaliere, Studenten, Millionären sehr wenig getragene Sachen, wie neu, reine Wolle, englische Stoffe, feinste Maharbeit, teilweise auf Seide gearbeitete **Anzüge und Palots** bis 70-100 gefaltet haben, für 8, 12, 15, 18 A. Einz. Jacketts, Westen, West. u. A. an. Gesellschafts-Anzüge f. bill., a. leigw. **Mandel**
Lauhaer Str. 22, I. v. 4-7 u. der Volksbildung. Mess-Sonntags geöffnet.



So so, also Sie

waren es, die mir **Dr. Gentner's Veilchenseifenpulver „Goldperle“** empfohlen hat. Herzlichen Dank! Kaufe nur noch diese Marke, denn die den Paketen beiliegenden Geschenke sind nur praktische, reizende und brauchbare Gegenstände. Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuhcreme **„Nigrin“**.
Carl Gentner in Göppingen (Würtbg.)

Schmerels

Monats-Garderobe Hauptgeschäft nur Katharinenstr. 8, 1. Etage
alt. u. gr. Geschäft Leipzig ver. eleg. f. jed. Dig. pass. Mitler Palet., Anzüge, Hof., Jacketts, Smok., Fracks u. Gehrde zu auffallend billigen Preisen zu allen Festlich- leihweise.
Reiche Kund. in Willi.-Möden, grauen u. schwarzen Mänteln, Div., Reit- u. Stiefelhof, nur Katharinenstr. 8, I. Tel. 30027.

Schirmfabrik

Emil Böhme, Reudn.
Wurzner Str. 13, Ecke Littenstrasse
empfehlte Regen- schirme u. eig. Fabrik. v. ein. bis höchst. Neuheit. Gr. Ausw. in Spaz. Stbd. staunen billig. Reparatur. u. Bezugsverhältnisse u. billig.

Dathé Platten

Sprechmaschinen sind das Vollkommenste auf diesem Gebiete. Kein Nadelwechsel, daher größte Ersparnis. Unbegrenzte Haltbarkeit der Platten! Reichhaltiges Plattenrepertoire. Sündige Neuererscheinungen. Verlangen Sie kostenlos Katalog C.
Vertreter: Hermann Bleichschmidt
Pflaunderser Strasse 20 II. Telefon 2076.
Kein Laden, dah. zivilo Preise. Sündiges Lager in Patheplatten u. Apparaten. Reparaturen u. Umänderungen werden sachgemäß und billigst ausgeführt.

Vorsicht! Radfahrer! Vorsicht!

Das Geld ist zum Fenster hinausgeworfen, wenn Ihr **Fahrräder, Pneumatiks** sowie sämtliche **Ersatz- u. Zubehöerteile** nicht beim **Fachmann** kauft, der auch etwa nötige **Reparaturen** usw. selbst in eigener Werkstatt ausführt! Ich halte stets grosses Lager in erstklassigen Rädern, wie **Torpedo**, **Phänomen** usw., sowie auch billig. guten Maschinen. Streng reelle Preise, gute Beilegung. Verwicklung und Emailierung in eigener Werkstatt. **Westvorstadt. Fahrrad- u. Nähmaschinenhaus G. Darnstädt, Leipzig-Lindenau Aurelienstrasse 32. [17309]**

Bettfedern u. Daunen, prachtvolle neue Betten
a Gebett 12 1/2 15 1/2 24 A
Ausstattung Betten a Gebett 30, 36, 45 u. 50 A
Bettfedern, Pfd. 0.85, 1, 1.25, 1.75, 2.25, 3 u. 4 A
Halbdaunen, Pfd. 2.50, 3.25, 4.50, 5.50 b. a. d. feinst.
Daunen, Pfd. 3, 3.50, 4.50, 5.50, 7.50 b. a. d. feinst.
Gr. Ausw. in fertig genäht. federleicht. Inletten.
Fertige Federn, Bettdecken, Strohsäcke.
Ad. Kirschberg Nachf. C. Balsam, Jelt Reibstr. 39
Nähe Bism. NB. Dampf-Bettfed.-Reinigungs-Anstalt.

Man steigt nach

Rich. Arnolds Möbelhallen, Leipzig, Eisenbahnstr. 56-70
wenn man gute und billige Möbel haben will.
Verheiraten Sie sich, so können Sie wirklich nichts Besseres tun, als sich in meinen groß. Lagern von der riesigen Auswahl und den großen Vorteilen zu überzeugen, welche Ihnen geboten werden. Durch große Abschlüsse u. Masseneinkäufe sowie eigene Fabrikation biete ich jeder Konkurrenz die Spitze. Katalog N. frei. Kostenanschläge bereitwilligst. Fernspr. 1478. [*]